

Abonnements-Bedingungen:

Abonnements-Preis: vierteljährlich 3,00 RM, monatlich 1,10 RM, wöchentlich 30 Pf. frei ins Haus. Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntagsnummern mit illustrierter Sonntagsbeilage. Die Neue Welt 10 Pf. Postabonnements: 1,10 Mark pro Monat. Eingetragene in die Post-Verzeichnisse. Unter Kreuzband für Deutschland und Österreich-Ungarn 2,00 Mark für das übrige Ausland 4 Mark pro Monat. Postabonnements nehmen an: Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Norwegen, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Ersteinst. 1914.

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Die Insertions-Gebühr

Beträgt für die sechsstelligen Adressen je Zeile 30 Pf. für politische und gewerkschaftliche Vereine und Beraternungs-Anzeigen 30 Pf. „Kleine Anzeigen“: das festgedruckte Wort 30 Pf. (zweifache Zeile gebuchte Worte), jedes weitere Wort 10 Pf. Stellenangebote und Geschäftsanzeigen das erste Wort 10 Pf., jedes weitere Wort 5 Pf. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegraphisch-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 68, Lindenstraße 3. Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 151 90-151 97.

Sonntag, den 30. Januar 1916.

Expedition: SW. 68, Lindenstraße 3. Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 151 90-151 97.

Alessio und San Giovanni di Medua von den Österreichern besetzt

Wohin die Reise geht.

Das „Correspondenzblatt der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands“ antwortet in seiner Nummer vom 29. Januar auf unsere Artikel „Wohin die Reise geht“. Wenn wir den geringfügigen Ton, mit dem das „Correspondenzblatt“ seine Entgegnung einleitet, wirklich als Maßstab für die Einschätzung gelten lassen wollten, die es dem „Vorwärts“ und seinen Darlegungen entgegenbringt, so könnten wir uns am Ende selbst bemitleiden. Denn das Organ der Generalkommission sagt dem „Vorwärts“ höhnisch nach, daß er sich im Untertitel noch immer Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei nenne, trotzdem die berufenen Parteipräsentationen ihn längst abgehalftert hätten. Ein Trost nur, daß dieser bewußt verlegende Ton, den die Generalkommission uns gegenüber anzuschlagen beliebt, sich dadurch selbst als schlecht umgebundene Maske erweist, daß das „Correspondenzblatt“ es gleichwohl für nötig hält, in einem Artikel von 6 Spalten gegen uns zu polemisieren. Hätte es den „Vorwärts“ und seine Meinung wirklich für eine solche Quantität neblige, wie es der Öffentlichkeit vorzutäuschen sucht, so würde es sich doch wohl nach 14 Tagen des Besinnens kaum dazu verstanden haben, uns mit einer so ausgiebigen Entgegnung zu bedenken.

Immerhin wollen wir dem „Correspondenzblatt“ erklären, daß wir auf den Titel „Zentralorgan“ in dem Sinne, wie es das „Correspondenzblatt“ zu verstehen scheint, wirklich kein allzu großes Gewicht legen. Wir haben vor den berufenen Parteipräsentationen zwar alle mögliche Hochachtung, aber schließlich kommt es uns doch mehr darauf an, eine Politik zu vertreten, von der wir die Überzeugung hegen, daß sie zum Wohle der Partei ausschlägt und von der großen Masse der Parteigenossen zur Zeit der wiederkehrenden Selbstbesinnung und der Selbstkritik gebilligt wird, als darauf, irgendwelchen repräsentativen Parteikörpern für den Augenblick zu gefallen. Das Wohl der Gesamtpartei, des nationalen und internationalen Proletariats, die Grundsätze des Sozialismus stehen uns beträchtlich höher als Wohl- oder Uebelwohnen einzelner Körperschaften, die im Grunde genommen nichts sind und sein können, als die Vertretung der Partei und der Massen. Ob der „Vorwärts“ sich künftig als Zentralorgan der deutschen Sozialdemokratie betrachten darf, hängt von den geschichtlichen Entscheidungen und den Willensbedingungen der Millionen deutscher Proletarier ab, nicht von der Gunst oder Ungunst kleiner Repräsentativ-Körperschaften.

Unser Artikel „Wohin die Reise geht“ hatte die Erklärung des „Correspondenzblattes der Generalkommission“ zurückweisen müssen, daß die Gewerkschaften unbedingt an der Politik des 4. August 1914 festhalten müßten. Wir hatten gezeigt, daß die Berufung des „Correspondenzblattes“ auf die Mannheimer Parteitagebeschlüsse vollständig verfehlt sei, weil in Mannheim ja gerade als Vorbedingung des Zusammenarbeitens von Gewerkschaften und Partei die Durchdringung der Gewerkschaften mit sozialistischem Geiste gefordert worden war.

Wir hatten deshalb erklärt, daß zwar die Mitarbeit aller Gewerkschaften, nicht nur der Gewerkschaftsleitungen, sondern auch der gewerkschaftlich organisierten Massen, innerhalb der sozialdemokratischen Partei von höchstem Werte und gerade von der Linken der Sozialdemokratischen Partei stets gefordert worden sei, daß sich aber diese Mitarbeit selbstverständlich im Rahmen der Partei und im Geiste der sozialistischen Grundsätze und Parteitagebeschlüsse vollziehen müsse.

Das „Correspondenzblatt der Generalkommission“ vermag den Sinn des Mannheimer Parteitagebeschlusses natürlich nicht hinwegzudeuteln. Aber es beruft sich darauf, daß danach die Gewerkschaften als solche, als gewerkschaftliche Organisationen, die außerhalb des Rahmens der sozialdemokratischen Partei stehen, ein Vorkaufsrecht auf Mitbestimmung über die Parteiprinzipien und die Parteifaktik befäßen. Denn durch den Beschluß des Mannheimer Parteitages sei doch gerade ausgesprochen worden, daß sich die Zentralleitungen beider Organisationen zwecks einheitlicher Aktionen zu verständigen hätten. Damit hat der Parteitag das Schwergewicht für die Entscheidungen, das vordem ausschließlich in der Parteitag, in die paritätische Beratung der beiderseitigen Parteinstanzen gelegt. Für jeden Kenner der Parteitagebeschlüsse sei damit klar, daß die Gewerkschaften über alle wichtigen Aktionen, die die Interessen der Gewerkschaften berühren, mit zu entscheiden hätten. Das beziehe sich nicht nur auf die zur Zeit des Mannheimer Partei-

Meldung des Großen Hauptquartiers.

Amtlich. Großes Hauptquartier, den 29. Januar 1916. (W. Z. B.)

Westlicher Kriegsschauplatz.

Nordwestlich des Ghöfötes La Folie (nordöstlich von Neuville) stürmten unsere Truppen die feindlichen Gräben in 1500 Meter Ausdehnung, brachten 237 Gefangene, darunter einen Offizier, und 9 Maschinengewehre ein.

Vor der kürzlich genommenen Stellung bei Neuville brachen wiederholte französische Angriffe zusammen, jedoch gelang es dem Feinde, einen zweiten Sprengtrichter zu besetzen. Im Westteil von St. Laurent (bei Arras) wurde den Franzosen eine Häusergruppe im Sturm entziffen.

Südlich der Somme eroberten wir das Dorf Frise und etwa 1000 Meter der südlich anschließenden Stellung. Die Franzosen ließen unverwundet 12 Offiziere 927 Mann, sowie 13 Maschinengewehre und 4 Minenwerfer in unserer Hand.

Weiter südlich bei Vihons drang eine Erkundungsabteilung bis in die zweite feindliche Linie vor, machte einige Gefangene undkehrte ohne Verluste in ihre Stellung zurück.

Zu der Champagne lebhafteste Artillerie- und Minenkämpfe.

Auf der Combres-Höhe richtete eine französische Sprengung nur geringen Schaden an unserem vordersten Graben an. Unter beträchtlichen Verlusten mußte sich der Feind nach einem Versuch, den Trichter zu besetzen, zurückziehen.

Bei Apremont (östlich der Maas) wurde ein feindliches Flugzeug durch unsere Abwehrgeschütze heruntergeholt; der Führer ist tot, der Beobachter schwer verletzt.

Der Luftangriff auf Freiburg in der Nacht zum 28. Januar hat nur geringen Schaden verursacht. Ein Soldat und zwei Zivilisten sind verletzt.

Ostlicher Kriegsschauplatz.

Die Lage ist im allgemeinen unverändert. Bei Berefskany wiesen österreichisch-ungarische Vortruppen mehrfache russische Angriffe ab.

Balkan-Kriegsschauplatz.

Nichts Neues.

Oberste Seeresleitung.

Der österreichische Generalkabsbericht.

Wien, 29. Januar. (W. Z. B.) Amtlich wird veröffentlicht:

Russischer Kriegsschauplatz.

Die Brückenstraße nordwestlich von Uciezsko am Dnjestr wurde heute früh heftig angegriffen. Die tapfere Besatzung schlug den Feind zurück; das Vorfeld ist mit russischen Leichen besät. Nördlich der Strypafront erschien gestern ein feindliches Flugzeuggeschwader. Von den elf russischen Flugzeugen wurden zwei durch Artillerievolltreffer vernichtet, drei zur Notlandung hinter den feindlichen Linien gezwungen. Bei Berefskany am Strypa schlugen unsere Feldwachen Vorstöße stärkester russischer Aufklärungsabteilungen zurück.

Italienischer Kriegsschauplatz.

Keine besonderen Ereignisse.

Südöstlicher Kriegsschauplatz.

Unsere Truppen haben Alessio und den Adriaafen San Giovanni di Medua besetzt. Es wurden viele Vorräte erbeutet.

In Montenegro ist die Lage unverändert ruhig. Aus verschiedenen Orten des Landes kommt die Meldung, daß die Bevölkerung unseren einrückenden Truppen einen feierlichen Empfang bereitet hat. An Waffen wurden bis jetzt die Lovcen-Beute mit eingerechnet, bei den Hauptammunitionslagern eingebracht: dreihundertvierzehn Geschütze, über fünfzigtausend Gewehre und fünfzig Maschinengewehre. Die Zählung ist noch nicht abgeschlossen.

Der Stellvertreter des Chefs des Generalstabes: von Doerfer, Feldmarschallsleutnant.

tages in Betracht kommende Frage des politischen Klassenstreiks, sondern es handle sich generaliter um alle Aktionen, wie denn auch bisher bei anderen Fragen (Majfeier, Jugendorganisation, Lokalistenstreit, Agitationsrecht, Lebensmittelleuerung, Streiktrawalle in Noabitt, Internationale Kongresse, Pressebureau) die Gewerkschaftsleitungen stets zur Mitentscheidung herangezogen worden seien.

Da auf wesentlichen Gebieten der praktischen Politik der Partei heute von den Gewerkschaften die Hauptarbeit geleistet werde und die Gewerkschaften seit Kriegsbeginn mit der Partei in allen Fragen der Kriegsfürsorge zusammengearbeitet hätten, wobei der größte Teil der Aufgaben in finanzieller und in werktätiger Hinsicht den Gewerkschaften zugefallen sei, sei es ersichtlich, daß der „Vorwärts“ den Gewerkschaften noch immer jedes Mitsprechen über die sozialdemokratische Politik zu bestreiten wage.

Es ist gut, daß das „Correspondenzblatt der Generalkommission“ in dieser Form das vermeintliche Recht der Gewerkschaftsleitungen auf Mitbestimmung über die politischen Kernfragen, über die grundsätzliche und taktische Stellungnahme der Partei klar zum Ausdruck bringt. Wir wollen deshalb noch einmal mit ebensolcher Klarheit unsere Auffassung darlegen. Und diese geht dahin, daß die Gewerkschaften als gewerkschaftliche Institutionen, in deren Reihen parteipolitische Diskussionen wieder gepflogen worden sind, noch gepflogen werden können, selbstverständlich keine Kompetenz zu beanspruchen vermögen, über die Grundsätze und taktischen Fragen der Partei zu entscheiden.

Daran ändert die Berufung des „Correspondenzblattes“ auf die praktische Mitarbeit in politischen und parteiorganisatorischen Fragen nicht das geringste. Es ist bisher stets üblich gewesen, daß die Richtlinien der Politik und Parteipolitik lediglich auf Parteitage festgelegt worden sind. Die vorher gepflogenen Beratungen und Verständigungen zwischen Parteivorstand und Generalkommission erhoben bisher niemals den Anspruch, bereits Entscheidungen irgendwelcher Art darzustellen, sondern konnten dem Parteitag immer nur als Unterlage und Material für seine souveränen Entscheidungen dienen. Wo bliebe auch jede Möglichkeit einer selbstständigen Entscheidung sozialdemokratischer Politik durch die Sozialdemokratie, wo auch nur das kleinste Restchen demokratischer Selbstbestimmung, wo blieben die politisch organisierten Massen selbst, wenn die Gutachten und Vorschläge der Repräsentativkörper bereits als Vorwegnahme der Entscheidung zu betrachten wären! Es ist aber höchst verdienstlich, wenn das „Correspondenzblatt der Generalkommission“ jetzt das Bisher lüftet und den Parteigenossen zu erkennen gibt, daß ihre Parteitage und Parteitagebeschlüsse schließlich nichts als dekoratives Beiwerk seien, daß ihr Selbstbestimmungsrecht nur in der Einbildung bestehe, da ja, angeblich als Konsequenz des Mannheimer Parteitagebeschlusses, dem Parteivorstand und der Generalkommission die wirkliche Entscheidung über die wichtigsten Parteifragen übertragen worden sei! Die Massen der Parteigenossen werden nicht verfehlen, aus diesem interessanten Gesandnis ihre Konsequenzen zu ziehen und künftig Klarheit darüber zu schaffen, ob die Massen der politisch organisierten Genossen (einschließlich natürlich der Gewerkschaftsmitglieder, die innerhalb der Partei, sei es als einfache Parteimitglieder, sei es als Funktionäre der Partei) der entscheidende und ausschlaggebende Faktor für Parteibeschlüsse sind, oder die kleinen Instanzenkörper, die an der Spitze der Partei und Gewerkschaften stehen und sich als freundschaftliche gleichberechtigte Mächte in ihren Konferenzen über die Politik verständigen.

Wenn das Organ der Generalkommission recht hätte mit seiner Auslegung der Parteitagebeschlüsse und der Nachbefugnisse des Parteivorstandes und der Generalkommission, so würde in Wirklichkeit die Partei nicht nur eine Puppe in den Händen ihrer Instanzen sein, sondern faktisch nur noch eine Filiale und Dependence der Generalkommission. Denn was bedeuteten dann noch Parteitage? Was wären dann alle Diskussionen in der Parteipresse? Welchem Zweck dienten dann überhaupt noch alle Erörterungen in den Parteiverfammlungen vor und nach dem Parteitag? Die Parteigenossen hätten ja dann nur das zu beständige, was die Generalkommission dekretiert. Denn die Gewerkschaften, will sagen die Gewerkschaftsleitungen, befäßen dann einfach die Möglichkeit der uneingeschränkten Diktatur. Ihre Vertreter, die im Reichstag und anderen Parteinstanzen sitzen und damit einen großen Einfluß auch auf die Parteitage und die Parteibeschlüsse auszuüben vermögen, befäßen ein doppeltes Recht, einmal als Parteigenossen und Parteifunktionäre, zum andern

aber als Repräsentanten der Gewerkschaftsleitungen, die als ebenbürtiger Faktor neben der Parteileitung mit der Parteileitung die Politik der Sozialdemokratie festzulegen hätten. Das wäre ein Zustand, der jede Selbständigkeit der sozialdemokratischen Partei, jeden Einfluß der sozialdemokratischen Massen von vornherein lähmen und völlig ausschalten müßte.

In Wirklichkeit sind diese Ansprüche der Gewerkschaftsleitungen, die jetzt von dem „Correspondenzblatt der Generalkommission“ erhoben werden, niemals anerkannt worden. Natürlich hat die Generalkommission das Recht, in organisatorischen Fragen, wo es sich um ein partiielles Zusammenarbeiten von Partei und Gewerkschaften handelt, ein Wort mitzusprechen. Aber wenn es sich um die Festlegung politischer Richtlinien, um die ganze Parteitaktik handelt, haben die Gewerkschaften eben nur insoweit ihr Gewicht in die Waagschale zu werfen, als sie integrierende Bestandteile der sozialdemokratischen Partei sind: die Gewerkschaftsführer, insoweit sie Funktionäre der Partei, Reichstagsabgeordnete und dergleichen sind; die Gewerkschaftsmassen, insoweit sie den sozialdemokratischen Parteiorganisationen inkorporiert sind und an dem Leben der Partei tätigen Anteil nehmen. Was darüber hinausgeht, ist vom Uebel und jeder Einfluß der Gewerkschaftsleitungen über das hier umgrenzte Maß hinaus müßte für die Partei zum schwersten Verhängnis werden, ja das Ende jeder wirklich sozialdemokratischen Politik bedeuten!

Dah diese Feststellungen dem „Correspondenzblatt der Generalkommission“ nicht gefallen mögen, begreifen wir; aber die Generalkommission wird an diesen politischen Tatsachen wenig zu ändern vermögen. Jeder Versuch, einen größeren Einfluß auszuüben, als er ihr durch die Existenznotwendigkeiten und die ganze bisherige Geschichte der Partei eingeräumt wird, könnte ihr nur zum Schaden gereichen. Er könnte nur die energischste Opposition der Massen der sozialdemokratischen Partei heraufbeschwören. Und nicht nur diese gebotene Abwehr der organisierten Parteigenossen, sondern auch einen Proteststurm innerhalb der Gewerkschaften selbst. Denn so gut wie viele Hunderttausende von Gewerkschaftern erfreulicherweise der sozialdemokratischen Partei angehören, so gut gehören, nicht minder erfreulicherweise, auch viele Hunderttausende von Sozialdemokraten den Gewerkschaftsverbänden an. Wollte also die Generalkommission einen Kompetenzstreit heraufbeschwören, so würde dieser Streit nicht nur innerhalb der Parteiorganisationen, sondern auch im Rahmen der Gewerkschaftsorganisationen ausgefochten werden!

Auch die Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands sollte nicht vergessen, daß sie nur die Beauftragte der Massen ist. Wie die Massen über die Politik des 4. August denken und in Zukunft denken werden, ist noch keineswegs endgültig ausgemacht. Immerhin zeigt sich, daß wachsende Massen sich von dieser Politik abwenden. Durch ihren allzu großen Eifer, eine momentane politische Situation für eine endgültige Entscheidung auszugeben und an ihr mit allen Kräften festzuhalten, könnte die Generalkommission sich leicht auf schwankenden Boden begeben und selbst die Fundamente unter den Füßen verlieren, deren sie sich so sicher wähnt.

Neue Kriegsschauplätze.

Der amtlich bekanntgegebene Beschluß der italienischen Regierung, daß der Oberbefehl über alle Land- und Seetruppen in Albanien dem italienischen Kommandanten übertragen werde, der direkt dem italienischen Kriegsminister untersteht, zerstreut alle Zweifel, daß es Italien jetzt ernstlich darum zu tun ist, seine Stellung in Albanien mit größeren Mitteln als bisher zu verteidigen. Nach der Kapitulation Montenegros und dem Vordringen der Oesterreicher und Bulgaren nach Nord- und Mittelalbanien handelt es sich für die Italiener in erster Linie um die Rettung ihrer Stellung in Valona, das nach Meldungen von italienischer Seite sehr stark besetzt ist. Da nach amtlichen italienischen Meldungen die gegen Durazzo marschierende Armee General v. Ardenberg mit denen von Odriza kommenden Bulgaren zu vereinigen sucht und bereits bis zum Ismissluh, wenige Kilometer nördlich von Durazzo, vorgestoßen sein soll, ist das im „Giornale d'Italia“ verzeichnete Gerücht nicht unwahrscheinlich, daß die Italiener auf den Mat Essad Paschas, des ententefreundlichen Oberhauptes einer Anzahl albanischer Stämme, Durazzo räumen. Andererseits meint freilich der „Corriere d'Italia“, die Oesterreicher und Bulgaren würden vor Durazzo auf Widerstand stoßen wo vorgelagerte Truppen Essad Paschas unter starkem Schutz italienischer und verbündeter Schiffartillerie ständen. Welche von diesen beiden Nachrichten der Wahrheit entspricht, müssen die nächsten Tage erweisen.

Auf jeden Fall weist der Verlauf der Operationen in Albanien, diesen jetzt neu eröffneten Kriegsschauplatz, darauf hin, daß der Schwerpunkt der zu erwartenden Kriegshandlungen in Süd-Albanien, vor und um Valona, liegt. Dorthin scheinen sich denn auch sämtliche verfügbare Kräfte der Italiener wie die mit italienischer Hilfe rekonstruierten serbischen Truppenteile zu konzentrieren. Ob und inwieweit es der italienischen Heeresleitung gelingen würde, größere Verstärkungen nach Valona zu werfen, um den Beschluß des Ministerrates, Valona „bis auf den letzten Mann zu verteidigen“, durchzuführen, hängt von der Tätigkeit der österreichischen Seestreitkräfte in der Adria ab, die sich den Italienern sehr energisch bemerkbar machen und viel dazu beigetragen haben, daß Italien weder Montenegro reiten, noch die Serben in dem Maße unterstützen konnte, wie dies es erwartet hatten. Handelte es sich aber hierbei mehr um Hilfsoperationen für die verbündeten Serben und Montenegrer, so geht es für die Italiener nun um die Existenz ihrer gesamten albanischen Politik, die in untrennbarem Zusammenhang steht mit der Adriastellung Italiens überhaupt. Wüßte Albanien schon Jahre vor dem Kriege einen Jankapfel zwischen Italien und Oesterreich und war Valona, der beste Hafen an der östlichen Adria, das Ziel der Seeherrschaft der italienischen Imperialisten, bestimmt als Einfallstor nach dem Balkan zu dienen und zusammen mit Brindisi die Straße von Otranto zu beherrschen, so gilt Valona nun, nachdem die Italiener sich schon im Herbst 1914 dort festgesetzt und befestigt, als Hauptstützpunkt der italienischen Adria- und Balkanpolitik. Fügt man noch hinzu, daß nach den Plänen des Vierverbandes eine direkte Verbindung zwischen Valona und den Landungstruppen der Entente in Saloniki hergestellt werden soll, um den Armeen der Zentralmächte in geschlossener Front entgegenzutreten, so erkennt man die enorme Wichtigkeit dieses neuen Kriegsschauplatzes für den Ausgang der gesamten Balkanoperationen — allerdings nur unter der Voraussetzung, daß Valona in der

Tat sehr befestigt und die verbündeten italienisch-serbischen Truppen in Süd-Albanien in der Lage sind, durch das unwegsame Gebirgsland hindurch eine Verbindung mit der Landwegarmee der Entente in und bei Saloniki herzustellen.

Die Besetzung der Halbinsel Karaburun.

Saloniki, 29. Januar. (W. L. V.) Meldung des österreichischen Bureaus. Die Landung auf der Halbinsel Karaburun fand unter dem Schutze der Seeschiffe statt. Der griechische Kommandant protestierte. Zugleich mit der Landung der Marinesoldaten umgingelte französische Infanterie das Fort und die umliegenden Wohnungen auf der Landseite und befehli die Entfernung der Bewohner. Die Alliierten gingen so vor, daß es als unerwünscht erachtet wurde, daß das Fort sich in anderen Händen befinde als den ihrigen und weil man glaubt, daß deutsche U-Boote in der Nachbarschaft Vorräte einnehmen.

Der französische Tagesbericht.

Paris, 29. Januar. (W. L. V.) Amtlicher Kriegsbericht vom Freitag nachmittag: Im Artois liegen wir im Laufe der Nacht östlich von Neuville St. Vaast eine Duellmine sprangen. Zwei deutsche Angriffsvorläufer westlich von der Straße Arras-Lens wurden zurückgeschlagen. Zwischen Oise und Aisne langte unsere Artillerie ein Munitionslager bei Quisaline in die Luft. Von der übrigen Front ist nichts zu melden außer einigen Schüssen auf feindliche Arbeitergruppen westlich vom Prieferwald und in der Gegend von Van de Sap.

Paris, 29. Januar. (W. L. V.) Amtlicher Bericht vom Freitag abend. Im Artois war der Artilleriekampf besonders lebhaft. Der Feind richtet nach einander Angriffe auf verschiedene Punkte unserer Front. Westlich Cote 140 südlich Givenchy, gelang es dem Feinde nach einer Reihe von Minensprengungen in einem gewissen Teil unserer vorgeschobenen Schützengräben Fuß zu fassen. Ein anderer Angriff, der gleichzeitig gegen unsere Stellungen in der Nachbarschaft der Straße Neuville-La Folie gerichtet wurde, wurde vollständig zurückgeschlagen. Ein dritter Angriff, der zur selben Stunde auf unsere Werke nördlich Noelincourt vorbereitet wurde, wurde durch unser Artillerie- und Infanteriefeuer glatt angehalten. Der Feind hat aus seinen Gräben nicht herauskommen können. Ein vierter Angriff endlich auf die Straße St. Laurent — St. Nicolas nördlich Arras scheiterte vollständig. Südlich der Straße Reuville — La Folie haben wir nach lebhaftem Kampfe am Morgen einen neuen Sprengtrichter zusehrobert und heftige feindliche Gegenangriffe zurückgeschlagen. Es bestätigt sich, daß der Feind im Laufe der vorhergehenden Unternehmungen in dieser Gegend starke Verluste erlitten hat. In dem von uns zurückgewonnenen Sprengtrichter zählt man 150 deutsche Leichname. Arras und unsere Stellungen südlich dieser Stadt wurden beständig beschossen, ohne daß Infanterieangriffe erfolgten. Unsere Batterien haben energisch die feindliche Artillerie bekämpft. Zwischen Somme und Oise haben unsere Schützengrabenanlagen feindliche Werke zusammengebrochen und einen Beobachtungspunkt südlich Laigny zerstört. In den Vogesen feuerte unsere Artillerie wirksam auf Stoca und Siochweiler. Zur Vergeltung für ein Bombardement, das am 25. Januar ein Zeppelin auf die Dörfer in der Gegend von Epernay ausführte, hat in der Nacht vom 27. zum 28. eines unserer Lenkluftschiffe Freiburg (Breisgau) bombardiert. Wüßgen Bomben von 155 und 20 Bomben von 50 Zentimeter wurden auf den Bahnhof und militärische Bauten geworfen, die bedeutende Schäden erlitten.

Belgischer Bericht: Von der belgischen Front ist nichts zu melden.

Lage der serbischen Armeen: Der Rückzug der serbischen Kontingente, die in Albanien geblieben sind, wird in guter Ordnung und ohne besonderen Zwischenfall fortgesetzt. Er wird besonders begünstigt durch das besser werdende Wetter und durch den Bau von Brücken, welche ein britisches Sonderkommando über die Hauptflüsse geschlagen hat. Lebensmitteldepots waren die Rückzugstraße entlang angelegt worden, und die Munitionswagen und Munition, die die serbische Armee in San Giovanni di Medua gelassen hatte, durch französische Schuppen nach Brindisi transportiert worden. Die Einkassierung der serbischen Truppen wird regelmäßig fortgesetzt. Die Oesterreicher und Ungarn, deren Hauptkräfte Slutari und Wajna besetzt halten, schieben Vortruppen gegen San Giovanni di Medua. Im Osten (bulgarische Armee) ist die Lage seit einem Monat unverändert. Eine bulgarische Abteilung hält Dibra besetzt, eine Reservebrigade steht in Struga nördlich des Odrizosees.

Die englische Meldung.

London, 28. Januar. (W. L. V.) Amtlicher Bericht aus dem britischen Hauptquartier in Frankreich. Gestern am späten Nachmittag versuchte der Feind unter dem Schutz von heftigem Gewehr-, Maschinengewehr- und Artilleriefeuer Infanterieangriffe auf den Vorsprung in unserer Schützengrabenslinie nordöstlich von Loos zu unternehmen. In unserem Feuer brach der Angriff zusammen. Letzte Nacht war der Feind östlich von Armentières tätig, unsere Artillerie erwiderte. Die feindliche Artillerie war nördlich von Marcourt, zwischen Loos und dem La Bassée-Kanal sowie an anderen Stellen lebhaft tätig. Wir erwiderten das Feuer und beschädigten die feindlichen Laufgräben an vielen Punkten.

Der russische Heeresbericht.

Petersburg, 29. Januar. (W. L. V.) Amtlicher Bericht vom 28. Januar. Westfront: In der Gegend von Miga Artilleriekampf. Während der Bekämpfung von Schlot unterstürzten deutsche Flugzeuge durch Beobachtung das Artilleriegeschütz und warfen selbst an mehreren Stellen Bomben ab. Auf der Front Düanaburg — Platanen (8 Kilometer östlich Olat) wird erfolgreiche Tätigkeit unserer Artillerie gemeldet. Mehrere Zeppeline verbarfen die Gegend von Düanaburg mit Bomben. Unsere Artillerie zerstreute beim Swentensee eine große deutsche Abteilung; sonst im allgemeinen Ruhe. Die Deutschen feierten den Geburtstag Kaiser Wilhelms, jedoch im allgemeinen wurde in ihren Linien keine besondere Begeisterung bemerkt. An der mittleren Strypa Schormügel mit Aufklärern. In der Nacht zum 22. Januar näherte sich unser Panzer „Kute“ dem Drahtbinder bei Duzac und eröffnete das Feuer gegen Popen und eine große Zahl von Arbeitern, tötete ihnen Verluste zu und schlug sie in die Flucht. In der Gegend nördlich Wosau warfen unsere Patrouillen Handgranaten und trieben den Feind aus drei Minenrichtern, die er besetzt hatte, heraus. In derselben Gegend verlusten keine Abteilungen des Feindes die Offensive zu ergreifen, wurden jedoch durch unser Feuer zurückgeworfen. Nach dem Rückzug dieser Abteilungen wandte der Feind Gas an.

Kaukasus: In dem Kampf in der Gegend westlich Melosger vernichteten wir eine bedeutende Kolonne Türken, machten 17 Offiziere und 274 Mann zu Gefangenen und eroberten viel Waffen, Munitionswagen, einige Zehntausend Kartuschen. Die den Feind verfolgenden Abteilungen drangen in die Stadt Ghodsola, an der Straße zwischen Erzerum und Rusch (65 Kilometer südöstlich Erzerum) ein und machten Gefangene und erbeuteten große Vorräte an Munition und Lebensmitteln, mit denen die Türken ausgerüstet werden sollten. Die Türken flohen in Richtung auf Rusch.

Verstärkung: Südlich des Armaisees schlugen wir starke türkische Kräfte; während der Besetzung des sich zurückziehenden Feindes machten wir zahlreiche Kurden zu Gefangenen, erbeuteten viele Waffen, Munition, Sanitätsmaterial und einige tausend Stück Vieh. Südlich von Hamaban, in der Gegend des Kandelian-Passes, warfen wir den Feind in südlicher Richtung zurück.

Meldung der italienischen Heeresleitung.

Rom, 29. Januar. (W. L. V.) Amtlicher Bericht vom Freitag: Besonders heftige Artillerietätigkeit an einigen Abschnitten an der Adriaterrasse. Am Abend des 27. Januar versuchte der Feind mit beträchtlichen Kräften nach starker artillerischer Vorbereitung und aus den für ihn bedrohlichen Stellungen auf dem kleinen Javorcel am oberen Jonzo zu werfen. Er wurde beim ersten Versuch zurückgeschlagen, erneuerte seinen Angriff mit frischen Truppen ein zweites und drittes Mal, wurde aber immer wieder zurückgeschlagen und erlitt schwere Verluste. Endlich ergriff er die Flucht. Auf den Höhen westlich von Gdrz besetzten unsere Truppen einen Teil des Geländes wieder, das sie in der Nacht vom 24. zum 25. Januar hatten aufgeben müssen, und soßen dort festen Fuß. In diesem Abschnitt gab es gestern nur Artilleriegefechte, Maschinengewehr- und Handgranatenschüsse. Vom Fort wird ein tüchtiger Ueberfall einer unserer Abteilungen auf einen feindlichen Schützengraben südwestlich von San Martino gemeldet. Cadorna.

Meldung des türkischen Hauptquartiers.

Konstantinopel, 28. Januar. (W. L. V.) Amtlicher Bericht. An der Trassfront keine Veränderung. An der Kaukasusfront griff das Zentrum des Feindes unsere Vorpostenstellungen an, wurde aber mit Erfolg zurückgeschlagen und ließ einige Gefangene in unserer Hand. An der Dardanellenfront trafen drei von unseren Flugzeugen am 27. Januar auf einen Monitor geworfene Bomben, der erfolglos in Richtung auf Albache feuerte, die Brücke des Schiffes und riefen eine Feuerbrunst hervor. Der in Flammen stehende Monitor konnte sich mit Mühe in die Bai von Kephalos auf der Insel Imbros flüchten. Unsere Flugzeuge verfolgten ein feindliches Kriegsschiff und drei feindliche Torpedobootszerstörer, die dem Monitor zu Hilfe gekommen waren. Sie trafen dabei einmal einen Torpedobootszerstörer. Eins unserer Flugzeuge warf mehrere Bomben auf einen großen feindlichen Transport in der Bai von Kephalos.

Angriff auf ein deutsches Unterseeboot.

Amtlich. Berlin, den 29. Januar 1916. (W. L. V.) Eines unserer Unterseeboote hat am 18. Januar den englischen armierten Transportdampfer „Marere“ im Mittelmeer und am 23. Januar einen englischen Truppentransportdampfer im Golf von Saloniki vernichtet. — Am 17. Januar, 10 Uhr vormittags, hielt das Unterseeboot 150 Seemeilen östlich von Malta einen Dampfer an, der die holländische Flagge führte und am Bug den Namen „Melanie“ trug. Der Dampfer stoppte, machte Signal „Gabe Halt gemacht“ und schickte ein Boot. Als sich darauf das Unterseeboot zur Bräufung der Schiffspapiere dem Dampfer näherte, eröffnete dieser unter holländischer Flagge aus mehreren Geschützen und Maschinengewehren ein lebhaftes Feuer und versuchte das Unterseeboot zu rammen. Diesem gelang es nur durch schnelles Tauchen, sich dem völkerrechtswidrigen Angriffe zu entziehen.

Der Chef des Admiralsstabs der Marine.

Englands Verluste im Kreuzer- und U-Boot-Krieg.

Haag, 29. Januar. (W. L. V.) „Nieuwe Courant“ erzählt aus London: Das Handelsamt gibt bekannt, daß in der Zeit vom 4. August 1914 bis 31. Oktober 1915 274 britische Dampfer mit einem Gesamtinhalt von 542 648 Tonnen durch Englands Feinde zum Sinken gebracht wurden, ferner neunzehn Segelschiffe mit insgesamt 15 542 Tonnen und 227 Fischerfahrzeuge mit 14 104 Tonnen.

Amerikas Bedingungen für den U-Boot-Krieg.

New York, 29. Januar. (W. L. V.) Der Washingtoner Korrespondent der Associated Press meldet, daß Lansing Note an die kriegführenden Mächte die Annahme der folgenden Formel vorschlägt: 1. Ein Nichtkämpfer hat das Recht, an Bord eines unter der Flagge einer kriegführenden Macht fahrenden Handelsschiffes über den Ozean zu fahren und zu seinem Schutz auf die Bestimmungen des Völkerrechts und der Menschlichkeit zu reuen. 2. Ein Handelsschiff, was immer für einer Nationalität, darf nicht ohne vorherige Warnung angegriffen werden. 3. Ein Handelsschiff einer kriegführenden Macht muß dem Befehl, beizudrehen, sofort Folge leisten. 4. Auf ein Handelsschiff darf nicht gefeuert werden, außer wenn das Schiff Widerstand zu leisten versucht. Selbst in diesem Falle muß der Angriff sogleich aufhören, sobald Flucht oder Widerstand aufhören. 5. Nur wenn es unmöglich ist, das Prisen Schiff mit einer Besatzung zu versehen und es aufzubringen, ist die Verfestung gerechtfertigt, in welchem Falle die an Bord befindlichen Personen in Sicherheit gebracht werden. — Nach einer Meldung des Washingtoner Korrespondenten der Associated Press teilte Lansing den kriegführenden Mächten außerdem mit, daß bewaffneten Handelsschiffen nur wenn sie bestimmte von Amerika vorgeschlagene Bedingungen unterschreiben, der Zugang in amerikanische Häfen gestattet werden kann, andernfalls würden sie nur unter den für Kriegsschiffe geltenden Bestimmungen zugelassen werden.

Eine Diskussion über Belgien.

Die Erörterung der Kriegsziele ist bekanntlich seit langer Zeit verboten. Trotzdem zwingt ein Lebensbedürfnis die Presse aller Richtungen, sich, wenn auch in sehr verklärter Form, zu den Fragen zu äußern, die ja überall in offiziellen und privaten Kreisen erörtert werden. Für diejenige Presse, deren Leserkreis, wenigstens teilweise, die ausländische Presse im Original, d. h. ohne irgendwelche durch die Zensur gebotenen Auslassungen, verfolgt, ist es natürlich viel leichter, durch allerlei Anspielungen das deutliche zu machen, was man in nackter Form heute nicht sagen darf. So findet denn in den einflussreichen bürgerlichen Organen immerhin eine Erörterung solcher Fragen statt, und dem aufmerksamen Leser bleiben die verschiedenen Auffassungen in der Kriegszielfrage keineswegs verborgen.

Eine der interessantesten Diskussionen spielt sich seit einiger Zeit zwischen der liberalen „Frankfurter Zeitung“ und dem imperialistischen Schriftsteller Graf v. Reventlow, dem Mitarbeiter der „Deutschen Tageszeitung“, ab. Die „Frankfurter Zeitung“ hat in sehr abstrakter Form auf die staatsrechtliche Bedeutung der Neutralität Belgiens hingewiesen und daraus gewisse Folgerungen für die Beziehungen Deutschlands zu Belgien und späterhin auch der Beziehungen Deutschlands zu England gezogen. Graf Reventlow griff diese Auslassungen sofort auf und polemisierte gegen sie mit einer Hartnäckigkeit, die weniger in dem Inhalt der Frankfurter Auslassungen liegt, sondern vielmehr dadurch zu erklären ist, daß Reventlow vermutet, hinter den Artikeln des Frankfurter Blattes ständen besonders einflussreiche Kreise. Als die „Frankfurter Zeitung“ meinte, Graf Reventlow wolle durch seine Entgegnungen die Zensur auf die „Frankfurter Zeitung“ zum Zwecke eines Verbotes aufmerksam machen, wehrte Reventlow unseres Erachtens völlig ehrlich ab. Zur Erklärung seiner Polemik fügte er dabei hinzu:

„Wir, die wir wissen, eine wie große und wie gewichtige Bedeutung den auswärtig politischen Ausführungen der „Frankfurter Zeitung“ zukommt, erblicken ein öffentliches Interesse darin, für diese im Sinne allgemeiner Bekanntheit ihrer Ansichten Propaganda zu machen, und eben auf die Bedeutung hinzuweisen, welche gewisse politische und wirtschaftliche Erscheinungen Gesichtspunkte gewinnen, sobald sie in einem so wichtigen Blatte, wie der „Frankfurter Zeitung“, stehen.“

Graf Reventlow wirft der „Frankfurter Zeitung“ vor, sie habe ein zu großes Vertrauen auf Verträge. Er setzt dem entgegen, daß Verträge im Grunde genommen Machtfragen sind, ebenso wie jede Interessenfrage letzten Endes in eine Machtfrage ausläuft. Gegenüber der Forderung der „Frankfurter Zeitung“, z. B. die Freiheit der Meere durch Verträge zu sichern, behauptet Reventlow, daß eine Freiheit der Meere für Deutschland nur auf der Grundlage eigener Macht möglich sein kann:

„Unseres Erachtens muß aber durch diese deutsche Machtgrundlage sozusagen ein Gleichgewicht der Kraft auf den Meeren geschaffen werden. . . Auf der Grundlage einer solchen Macht, die erst durch geographische und andere Homöopathie hergestellt sein müßte, kann man dann ohne Schaden, ja mit Nutzen Verträge schließen, und dann auch dekorativ gerne eine bona fides (den guten Glauben) allen Räubern und Räuberinnen zubilligen.“

Die „Homöopathie“ als Ausdrucksmittel für ein heute vollkommen verpöhtes Wort ist nun wirklich eine sehr merkwürdige und beinahe scherzhafte Bereicherung politischer Diskussionsformen. Aber wir müssen den Grafen Reventlow entschuldigen. Leicht ist ihm diese Erfindung sicher nicht geworden, und sie fällt also nicht auf sein Konto, sondern auf das derjenigen Gewaltigen, die heute eine freie Aussprache hindern. In einem zweiten Artikel über „belgische Stimmungen“ wird Graf Reventlow indessen etwas klarer. Dort warnt er davor, daß belgische Verträge zu gewinnen zu können und „moralische Eroberungen“ in Belgien zu machen, die die Liebe des freien Belgiens zu gewinnen und „in ihr einen idealen Ersatz für die gerade dorthin so brennend nötigen Sicherheiten und realen Garantien zu erhalten. . . Ein belgischer Staat würde stets unter allen Umständen und Verhältnissen ein Rest des Hasses und der Ränke gegen das Deutsche Reich sein. . . Daß die Sicherheiten und realen Garantien und Voraussetzungen für Freiheit der Meere, deren Deutschland dort bedarf, in ihrem Umfange, nach ihrer Art und nach der Festigkeit ihrer Verbürgung weder durch belgische Sonderfriedenswünsche noch durch angebliche oder wirkliche Stimmungen usw. irgendwie beeinflusst werden dürften, liegt danach wohl auf der Hand.“ Noch deutlicher als Herr Reventlow können wir leider auch nicht werden. Aber nach der Erläuterung, die der Abgeordnete Spahn im Namen aller bürgerlichen Parteien dem Wort von den „realen Garantien“ gegeben hat, ist das auch nicht mehr nötig.

Ein Trustmagnat über den Frieden.

New York, 6. Januar. (Eig. Ber.)

Herr Gary, der Vorsitzende des Stahltrustes, hat eine Erklärung über die Aussichten und den Stand der Stahlindustrie veröffentlicht, in der folgender lesenswerter Absatz vorkommt: „Was wird die Zukunft bringen? Wer kann das mit einem Gefühl der Sicherheit sagen? Sie kann sehr düster und verweilt aussehen. Sie wird es in Europa sein, und wir in Amerika werden in größerem oder geringerem Maße die Wirkungen fühlen. Ich meine hier nur die wirtschaftlichen Beziehungen. Die Zerstörung von Milliarden und aber Milliarden von Eigentum in irgend einem Lande muß notwendigerweise irgendwie alle anderen Länder in Mitleidenchaft ziehen. Die wirtschaftlichen Verhältnisse in den Vereinigten Staaten mögen und sollten in der ferneren Zukunft gut sein mit den gewöhnlichen Unterbrechungen, wenn wir die sich uns bietenden Gelegenheiten voll und ganz wahrnehmen. Ich glaube, daß die europäischen Kriege nicht so lange dauern werden, wie viele, wenn nicht die meisten Menschen vorhersehen. Diese Meinung stützt sich hauptsächlich auf zwei Gründe: einmal scheint es, daß der Krieg einem der kriegsführenden Länder oder der Welt als Ganzes wenig, wenn überhaupt irgend welchen Nutzen bringen kann, es sei denn, daß ein internationaler Gerichtshof zur Schlichtung aller internationalen Streitigkeiten geschaffen wird, ein Gericht, das allgemein anerkannt und praktisch ist, dessen Beschlüsse zu erzwingen sind, das die Verlängerung der Kriege in der Zukunft verhindern wird. Das kann geschaffen werden. Wenn dem so ist, so sollten Friedensverhandlungen zur Herbeiführung derartiger Resultate sofort eröffnet und zum Abschluß gedrängt werden. Eine bessere Zeit dafür wird nie wiederkehren. Sollte die eine Partei die andere vollständig besiegen, was unmöglich erscheint, es sei denn, daß der Krieg so weit getrieben wurde, daß die überlebenden Menschen der heutigen Generation in allen kriegsführenden Nationen hilflos und hoffnungslos daständen, so würde ein internationaler Gerichtshof weder nötig sein, noch würde die Notwendigkeit, ihn zu schaffen, bestehen. Die Führer aller Nationen müssen doch diese Tatsachen erkennen und würdigen, und es ist wahrscheinlich, daß sie bald danach handeln werden. Wenn nicht, so werden die Volksmassen sie erkennen und die Entscheidung herbeiführen. Die Meere und Flotten mögen dabei sein. Sie wünschen von allen am wenigsten den Krieg. Sie kämpfen, weil es eine Pflicht ist, aber früher oder später suchen sie nach den Ursachen und Wirkungen und handeln demgemäß.“

Der andere Grund für meinen Glauben ist der, daß es jeder der kriegsführenden Nationen sowohl an Leuten wie an Geld mangelt. Sie geben es zwar nicht zu, aber die Anzeichen sind zahlreich und überzeugend. Jede Nation, die den

Krieg über die Zeit hinaus verlängert, zu der er in vernünftiger und ehrenhafter Weise beendigt werden kann, begehrt langsam, aber sicher Selbstmord. Fragen besteht weitverbreitetes Gerede, das schnell zunimmt. Fragen wie die wirtschaftliche Vorherrschaft, die militärische Beherrschung, Gebietsvergrößerung, Massenunterschiede sind im Verhältnis von geringer Wichtigkeit. Die Verantwortlichkeit für die Verlängerung des Krieges ist für die Herrschenden zu groß, als daß sie den Frieden lange aufschieben könnten. Und die Ratsschlüge und Bitten der Völker aller neutralen Nationen werden ihre Wirkung haben.

Vergessene Worte.

„Wir sind nicht neugierig — schreibt das französische Wochenblatt „Les Hommes du Jour“ — wir möchten aber doch gern wissen, weshalb die bekannten Führer der französischen sozialistischen Partei, die so oft als Beweis ihrer Treue gegen die Ideen von Jaurès seine letzten Reden zitierten, systematisch jene Rede zu zitiieren vergessen, die der größte und humanste Sozialist am 25. Juli 1914, sechs Tage vor seinem Tode in Vaise bei Lyon gehalten hat. In dieser Rede ist auch folgender Satz enthalten:

„Bürger! Sollte der Krieg ausbrechen, müssen wir Sozialisten alle unsere Kräfte aufbieten, um uns möglichst schnell von dem Verbrechen zu befreien, das die Herrschenden verübt haben.“

Es unterliegt für uns keinem Zweifel — bemerkt das zitierte Blatt — daß unsere Witzbegier unbefriedigt bleiben wird.“

A. Marmand bemerkt im „Mercur de France“ über den deutschen Imperialismus:

„Angesichts der ansteigenden Wellen der sozialistischen Demokratie hätten die herrschenden kapitalistischen Klassen alle Veranlassung, auf Mittel zu sinnen für die Erhaltung der stehenden Armeen und gegen die allgemeine Abrüstung der Völker. Hätte es keinen deutschen Imperialismus gegeben, so hätten sich Leute gefunden, die ihn erfunden hätten. Er existiert aber. Welch ein Segen!“

Die hier in einem bürgerlichen Blatte ausgesprochene Erkenntnis ist nicht neu. Sie ist aber im Laufe des Krieges gar manchem Sozialdemokraten abhanden gekommen.

Staatssozialistische Versprechungen in England.

Aus Amsterdam wird uns geschrieben: Lord Milner hat am 28. Januar in der Universität in Leeds einen Vortrag über die durch den Krieg verursachten vorübergehenden und dauernden Veränderungen gehalten. Er nannte als eine der wichtigsten das Eindringen des Sozialismus in die englische Industrie, das, wie er hoffe, nach dem Krieg nicht ganz verschwinden werde. Der Staat sei als dritter Partner neben dem Kapital und der Arbeit getreten, um die Beziehungen dieser zwei Faktoren zu kontrollieren und harmonisch zu machen. Das Recht des Staats auf einen Anteil an Ausnahmeprofiten sei zum erstenmal anerkannt worden und es sei kein Grund vorhanden, es auf Ausnahmeerträge zu beschränken. Lord Milner bezeichnete auch die Kontrolle der Kapitalanlage als sein ungeliebtes Prinzip, wenn man mitunter darin auch etwas zu weit gehen möge. Aber hier trete jedenfalls ein neues Element in das ökonomische Leben ein, das viel Gutes bewirken könnte. Am Beginn des Krieges war England von einem großen Konflikt zwischen Kapital und Arbeit bedroht. Lord Milner sieht keinen anderen Weg, ihn zu vermeiden, als die Einführung eines dritten Partners, des Staats, der über beiden steht und beide umfaßt.

Das klingt ja ganz schön, und ungefähr so sagt man es auch anderswo. Die englischen Arbeiter wissen indes ganz gut, warum sie die Danaer der herrschenden Klassen fürchten, auch wenn sie Geschenke bringen. Bei einem System der Schulpflicht und geschlossenen wirtschaftlichen Staatenverbände, wie es jetzt gepredigt wird, könnte natürlich auch für die Arbeiter der und jener Broden abfallen. Trotzdem werden sich die organisierten Arbeiter wohl überlegen, den uns äußerlich getriebenen Imperialismus um der staatssozialistischen Laune willen herunterzuschaffen. Der „dritte Partner“ zu Kapital und Arbeit wäre ganz recht, wenn er nicht — mit dem ersten gar so vertraut wäre. Und der Sozialismus, der sich in der Kritik des kapitalistischen Systems geistig entwickelt hat, hat schon in seiner Jugendzeit die Notwendigkeit gefühlt, auch den Staat zu kritisieren.

Eine Anfrage über das Schicksal Montenegros.

Der frühere Parteigenosse und jetzige wilde Sozialist Raimondo hat der italienischen Kammerpräsidentenschaft folgende Anfrage überreicht: Der Unterzeichnete wünscht den Ministerpräsidenten, den Minister des Innern, des Krieges und der Marine zu befragen: 1. ob am Zeitpunkt der Londoner Abmachung (30. November 1915) die Invasion Montenegros vorgesehen worden ist; 2. auf welche Ursachen die Untätigkeit gegenüber der Bedrohung eines verbündeten Volkes und wichtiger strategischer Stellungen zurückzuführen sei, welche Bedrohung der öffentlichen Meinung seit langer Zeit klar war; 3. ob die Regierung und das Militärkommando sich um das Schicksal Nordalbaniens gekümmert haben.

Ein Brief aus Petersburg.

In dem in Samara erscheinenden Arbeiterblatt „Kach Golos“ („Unsere Stimme“), dem einzigen zurzeit regelmäßig erscheinenden russischen Arbeiterblatt, finden wir in der Nummer vom 14. Dezember einen höchst interessanten Brief aus Petersburg, der sowohl über die politische Situation wie über die Stimmungen in den leitenden Partei- und Arbeiterkreisen unterrichtet. Nachstehend sei das wesentlichste aus diesem Brief wiedergegeben:

„In der Arbeiterklasse Petersburgs macht sich in letzter Zeit im allgemeinen eine ähnliche Stimmung bemerkbar wie in den anderen sozialen Kreisen. Man fühlt, daß das politische Leben des Landes in eine Sackgasse geraten ist, und daß vorläufig, mindestens für die breiten Massen, kein Ausweg zu sehen ist.“

An Stelle jener politischen Bewegung, die die Zeit der Einberufung und der Tätigkeit der letzten Session der Reichsduma kennzeichnete, ist ein Gefühl der Apathie und der Kraftlosigkeit getreten. Die vielleicht unbewußte, aber zweifellos vor drei Monaten weitverbreitete Erwartung, daß die Reaktion nachgäbe und mindestens ein Kompromiß schließen würde, falls sie nicht gänzlich den fortschrittlichen Elementen das Feld räumte, hat sich nicht gerechtfertigt. Mittel und Wege dagegen, dieses Ziel unabhängig von dem guten Willen der an der Erhaltung der Reaktion interessierten Kreise zu erreichen, und zwar solche Mittel und Wege, die schon jetzt einen praktischen Erfolg versprechen könnten, sind bei der allgemeinen Situation nicht zu sehen.“

In den bürgerlichen Kreisen hat diese Tatsache zur völligen Stagnation und wenn auch nicht zu einer offenen, so zu einer verborgenen Zerstückelung der erzielten Einigungen der Parteien geführt. Und wenn das Hauptorgan des Liberalismus „Nitsch“ sich noch immer den Anschein gibt, als gebe es einen fortschrittlichen Block, einen Ausschlag der gesellschaftlichen Bewegung und andere guten Dinge, so glaubt niemand — und wahrscheinlich auch das Blatt selbst nicht — diesen Erzählungen.“

In den Arbeiterkreisen ist eine solche Apathie nicht vorhanden.“

In den leitenden menschenwissenschaftlichen Kreisen (d. h. in jenen Kreisen der Partei, die etwa durch die Dumafraktion und das Organisationskomitee nach außen hin vertreten werden) hat nach der Erörterung der Stellung, die die sozialdemokratische Dumafraktion nach der Wiedereinberufung der Duma einnehmen soll, die An-

schauung gefügt, daß die Fraktion dieselbe Stellung wie bisher beibehalten und die innerpolitischen Wünsche der Sozialdemokratie bestimmter unterstreichen soll.

Ferner wurde als notwendig erachtet, endlich eine gleichlautende offizielle Stellungnahme der menschenwissenschaftlichen Richtung zu den grundlegenden Fragen der Gegenwart herbeizuführen. Es wurde eine Plattform ausgearbeitet, die sich ihrem Wesen nach zu den bekannten Petersburger und Moskauer Deklarationen (die auf dem Boden der Organisation der Landesverteidigung stehen) im Gegensatz befindet. Die Mehrzahl der hiesigen menschenwissenschaftlichen Arbeiter schlichte sich diesen Zeitsätzen an.

Die ökonomische Lage gibt auch den breiten Arbeitermassen nicht die Möglichkeit, sich mit den bestehenden Bedingungen auszuföhnen und untätig den kommenden Dingen entgegenzusehen. Die mit mörderischer Schnelligkeit zunehmende Teuerung und der Mangel an Lebensmitteln zwingen, einen Ausweg aus dieser Lage zu suchen.

Dies schafft eine gewisse Belegung in den proletarischen Kreisen, indessen ist es für den jetzigen Augenblick charakteristisch, daß die Energien sich in der Richtung des geringsten Widerstandes bewegen. Die politischen Fragen werden kein aktives Interesse der breiten Massen, obwohl das Bewußtsein, daß eben hier die Hauptursache aller Schwierigkeiten liegt, als allgemein gelten kann. Ebenso bleibt in der Praxis die Frage der Lohn- und Preiserhöhung vollkommen offen, obwohl es wiederum allen klar ist, daß eine Lohn- und Preiserhöhung eines der wirksamsten Mittel im Kampf gegen die Teuerung sein würde.

Dafür aber nimmt die Genossenschaftsbewegung in der letzten Zeit in den Arbeitermassen Petersburgs einen ungewöhnlich großen Umfang an. Diese Form der Bewegung stößt verhältnismäßig auf die geringsten politischen Hindernisse und führt zu keinem Konflikt mit den Unternehmern, die sie zuweilen sogar unterstützen. . . .

Die positive Seite dieser Erscheinung besteht darin, daß sie, ob gut oder schlecht, auf dem Wege zur Lösung der notwendigsten Aufgaben des Augenblicks: der Schaffung einer Organisation der breiten Massen des Proletariats sich bewegt. Obwohl die Ziele dieser Bewegung auf einem besonderen und engen Gebiet liegen, ist es im komplizierten Entwicklungsprozeß unseres sozialen Lebens möglich, daß diese Bewegung eine weit größere Rolle spielen wird, ganz abgesehen davon, daß sie den Massen organisatorische Übung verleiht. Nicht minder wichtig ist es auch, daß die Genossenschaftsbewegung in der Petersburger Arbeiterklasse im großen und ganzen einen streng ausgeprägten Klassencharakter trägt. Es entstehen und entwickeln sich gerade die Arbeiter-Genossenschaften, und auf der Tagesordnung steht nun die Frage ihres besonderen Zusammenschlusses.“

Militärische Vorbereitungen der Vereinigten Staaten.

Die russische Genossin Alexandra Kollontaj, die sich zurzeit auf einer Agitationsreise in den Vereinigten Staaten befindet, schildert in dem Pariser „Kach Slowo“ die zunehmenden Bemühungen einflussreicher kapitalistischer Kreise, auch die Vereinigten Staaten auf die Bahn der Rüstungsverstärkung zu drängen.

„Die Frage der militärischen Vorbereitung der Vereinigten Staaten — schreibt sie — wird den Mittelpunkt der Arbeiten der jetzigen Parlamentssession bilden. Selbstverständlich werden die 490 bürgerlichen Abgeordneten in dieser oder jener Weise ihre Regierung unterstützen. Dem einzigen Vertreter der Arbeiter, dem Genossen Meyer-London, wird nichts anderes übrig bleiben, als die Parlamentstrübsinn für eine Gegenagitation im sozialistischen Sinne auszusuchen. Diese Agitation hat Genosse Meyer-London bereits eröffnet, indem er (wie bereits in der Presse berichtet wurde) im Kongreß eine Resolution über die Bedingungen einbrachte, die von neutralen Vermittlern den kriegsführenden Staaten zur Herbeiführung eines baldigen Friedens vorgeschlagen werden könnten.“

Das Gift des Chauvinismus . . . ist leider auch über den Ozean gedrungen. Für die militärische Rüstung der Vereinigten Staaten sprechen sich nicht nur die künftigen Regierungskräfte und nicht minder künftige Diener der Kirche aus, diese Forderung wurde auch von der amerikanischen Arbeiterföderation (American Federation of Labour) auf ihrem letzten Jahreskongreß in San Francisco unterstützt. Auch einer der populärsten Führer der sozialistischen Partei, Edward J. Koffel, hat neuerdings eine Kampagne für die militärische „Vorbereitung“ eröffnet.

Zur Ehre der breiten Massen der amerikanischen Sozialisten und Arbeiter muß festgesetzt werden, daß sie die Haltung, die der Kongreß in San Francisco unter dem Druck Compers, des reaktionären aller Arbeiterführer und seiner Freunde einnahm, wie auch die Kampagne des Sozialisten Koffel scharf verurteilten. Grundsätzlich wird die Frage erwohnen, der Agitation der Sozial-Chauvinisten durch ihren Ausschluß aus der Partei schon jetzt ein Ende zu machen, bevor ihre Argumentation die Köpfe der Massen zu unnebeln vermöchte.“

Letzte Nachrichten.

Zur Besetzung Korfus.

Wien, 29. Januar. (W. T. B.) Das Wiener N. N. Tel.-Korr.-Bureau meldet: Feindliche Blätter haben den Protest der Mittelmächte gegen die Besetzung von Korfu mit dem Hinweis beantwortet, die Mittelmächte hätten diese Maßnahme notwendig gemacht, weil sie die 1864 verbürgte Neutralität Griechenlands dadurch schändeten, daß sie Korfu als Vorratsbasis für ihre Unterseeboote verwendeten. Demgegenüber wird uns von maßgebender Seite folgendes mitgeteilt: Keines der Unterseeboote der Mittelmächte hat je Korfu und die umliegenden griechischen Gewässer als Vorratsbasis benützt. Bekanntlich liegt Korfu nur 170 Seemeilen von unserem nächsten Kriegsschiffen. Es wäre betrübend, wenn unsere Hochseeboote mit ihrem Aktionsradius dort eine Vorratsstation benötigen würden. Es ist übrigens bezeichnend, daß dieselben Blätter, welche den über ein Jahr langen Aufenthalt der Entente-Flotte, speziell der französischen Flotte in den Territorialgewässern von Korfu nicht als Schändung der 1864 verbürgten Neutralität empfanden haben und immer wieder das alberne Märchen von Vorratsstationen von Unterseebooten aufjuchsen und selbst daran zu glauben sich den Schein geben.

Eine deutsche Beschwerde.

London, 28. Januar. (W. T. B.) (Neuermeldung.) Das Foreign Office veröffentlicht eine Mitteilung des amerikanischen Postchefs in Berlin, welcher eine Note des deutschen Auswärtigen Amtes beigegeben hat. Es wird darin über die Mißhandlung deutscher Soldaten durch britische und indische Truppen bei Aubers im März 1915 Klage geführt. Die Beschwerde wurde an den Marschall French gelangt, der antwortete, daß in der erwähnten Gegend von den Vorfällen nichts bekannt sei. Indische Truppen hätten sich zu der angegebenen Zeit überhaupt nicht in der Gegend befunden.

Beschlagnahme holländischer Post durch England.

Amsterdam, 29. Januar. (W. T. B.) Wie die Blätter melden, wurde die niederländische Post für Niederländisch-Indien, die am 22. mit dem Dampfer „Rembrandt“ abgegangen ist, durch die britischen Behörden angehalten. Auch die niederländische Post des Dampfers „Jelanda“ nach Süd-Amerika, die am 10. abging, wurde von den Engländern angehalten.

Gewerkschaftliches.

Berlin und Umgegend.

Eine Versammlung der Gärtler, Kronenschlosser und aller Arbeiter und Arbeiterinnen derjenigen Gärtnerbetriebe, welche Militäreffekten herstellten, tagte am Donnerstag. Fritz Karz hielt zunächst einen Vortrag über die Gestaltung der wirtschaftlichen Verhältnisse während des Krieges und in Zukunft. Zum Schluß bemerkte er: Es gebe Vertreter, die für die Zeit nach dem Kriege in wirtschaftlicher Beziehung goldene Berge erwarteten, und es gebe andererseits auch Vertreter, die da meinten, durch den Krieg werde man politische große Vorteile erzielen. Wides seien falsche Hoffnungen. Nur die Macht der Arbeiterkraft könne auch nach dem Kriege die Lage verbessern. Darum sei es angesichts des bekannten Streites unsere Aufgabe, zu verhindern, daß der alte Streit zwischen Partei und Gewerkschaften wieder daraus entsteht. Es sei vielleicht auf beiden Seiten gesündigt worden. Höchst bedenklich sei es, solche Wortverdrehungen vorzunehmen zu müssen, wie die von Landsberg und Heine. Und wenn man auf einen Zwischenruf eines Abgeordneten zurufen höre: „Schämen Sie sich als Deutscher!“, dann gebe das viel zu weit. Andererseits könne er auch den Standpunkt nicht billigen, der in dem Blatt der General-Kommission dahin vertreten sei, daß man der Verhandlung der Wahlrechtsvorlage erst nach dem Kriege zustimmen könnte. Es wäre besser, wenn sich beide Seiten der Streitenden ein klein wenig Zurückhaltung auferlegen würden. Die gemeinschaftliche Basis der Arbeiterbewegung müsse erhalten bleiben, sonst seien unsere Gegner nach dem Kriege der lachende Dritte. Mit allen Mitteln müsse für die Einigkeit der Arbeiterschaft eingetreten werden. (Lebhafte Beifall.)

Eine Diskussion wurde nicht beliebt. Jezusch erstattete dann den Jahresbericht. Es fanden 24 Kommissionssitzungen und 90 Werkstattversammlungen statt. In einer Reihe von Betrieben wurden Lohnerhöhungen und sonstige wirtschaftliche Verbesserungen erzielt. In der Militäreffektenbranche erreichte man indessen nicht, was man erhoffte. Richard Jezusch wurde wieder zum Vertreter des im Felde befindlichen Branchenvertreters bestellt.

Die Mübelpolierer besahen sich in einer Branchenversammlung mit der Frauenarbeit. In Berlin hat die Frauenarbeit ebenso wie in anderen Städten teilweise sehr stark Eingang gefunden und in vielen Tischlereien stehen dabeilbst Frauen an Stellen, wo sonst nur Männer arbeiteten. Dadurch droht die Gefahr, daß die Löhne und Arbeitsbedingungen in den Holzbetrieben verschlechtert werden. Die maßgebenden Arbeitgeberkreise haben sich dem auch bereits mit der Frage beschäftigt und der Mitarbeiter Klub der „Arbeiter-Zeitung“ ist zu der Schlussfolgerung gelangt, daß nicht die Löhne der Arbeiterinnen zu niedrig, sondern die der Arbeiter zu hoch seien. Unter diesen Umständen haben die Arbeiter alle Veranlassung, die Entwicklung der Frauenarbeit aufmerksam zu verfolgen, damit hier nicht eine Schmutzkonkurrenz großgezogen wird, die für die Organisationen verhängnisvoll werden könnte. Einzelne Gewerkschaften haben sich schon in dieser Hinsicht beim Neuabschluss von Verträgen gesichert. Auch für die Holzarbeiter dürfte es sich als notwendig erweisen, in Zukunft bei Lohnbewegungen und Tarifabschlüssen der Frauenarbeit das regste Interesse zu schenken.

Die Kommission hat besonders im Osten Berlins eine größere Zunahme der weiblichen Arbeit feststellen können. Polierinnen und Weizerinnen sind reichlich eingestellt worden und zwar zu Anfang weniger aus Mangel an männlichen Arbeitern als aus Rücksicht darauf, daß die Männer höhere Löhne bekommen. Die Umfrage hat die Kommission statistisch dargestellt. In einem Betrieb arbeiten die Frauen 51 Stunden und erhielten 42 Pf. die Stunde. Sie haben nachträglich 45 Pf. verlangt und der Unternehmer hat ihnen geantwortet: „Gut, das sollt ihr bekommen, aber — drei Tagen müßt ihr pro Tag machen, sonst werdet ihr entlassen.“ Der

Referent sagte, daß man unter „Tagen“ viel verstehen könne, jedenfalls sei den Frauen eine genügend große Leistung aufgebau worden. In einem Betriebe erhalten die Arbeiterinnen 19,50 M. Wochenlohn bei einer Arbeitszeit von 54 1/2 Stunden pro Woche. Diese Frauen verrichten dieselben Arbeiten wie die Männer. Bei Zetter u. Plathen werden über 20 Frauen beschäftigt, die 10—15 M. Wochenlohn erhalten. In manchen Betrieben stehen Frauen schon an Kreisl- und Bandagen, ein Zustand, den niemand vor dem Kriege sich hätte träumen lassen. Jedenfalls geht die Frauenarbeit rapide vorwärts und es ist zu verstehen, daß jede Organisation, die davon betroffen wird, auch dazu Stellung nehmen muß. Pflicht eines jeden Arbeiters ist aber, unter den arbeitenden Frauen regste Agitation zu betreiben und sie der Organisation zuzuführen. Die Frauen zu verdrängen, liegt nicht in der Absicht der Organisationen, sie aber den Aufgaben und Bestrebungen der Arbeiterverbände zugänglich zu machen, ist ein Gebot der Selbsterhaltung.

Deutsches Reich.

Einigungsverhandlungen wegen der Entlohnung für die neue Offiziersuniform.

Am 25. und 26. Januar haben in Nürnberg zwischen Vertretern der Unternehmer und der Arbeiter des Schneidergewerbes erneute Verhandlungen wegen der Regelung des Lohnes für die neuen Offiziersuniformen stattgefunden. Die Verhandlungen tagten unter Vorhild der unparteiischen Herren Dr. Hiller-Frankfurt a. M. und Dr. Prentner-München. Zwischen den Zentralvorständen der Verbände der Unternehmer und der Arbeiter wurde eine vollständige Einigung erzielt. Die Berechnung der Bluse und des kleinen Rockes für die Offiziersuniform soll überall so erfolgen, daß der Waffenrock plus eines Lohnaufschlages für drei Stunden Lohn als Grundlage genommen wird.

Außer der weiteren Regelung einiger Extrarbeiten bleiben die Schiedsprüche der Unparteiischen vom November vorigen Jahres für den Waffenrock und den Mantel bestehen. Die in Berlin bereits vorher erzielte Einigung wird von dieser neuen Vereinbarung nicht berührt.

Die Dresdener Fleischergefallen protestieren!

Im Amtsblatt der Stadt Dresden erschien kürzlich ein Artikel, der sich mit der Festsetzung eines Höchstpreises für Mut durch den Oberbefehlshaber in den Marken beschäftigt. Darin wird behauptet, daß die Schlachthofgefallen bisher mit dem Mut einen schwunghaften Handel betrieben und dadurch Einkünfte von wöchentlich 1200 M. erhalten hätten. — Hiergegen nahmen die Dresdener Fleischergefallen in nachstehendem Protest Stellung, den wir mit einigen durch die Zeitverhältnisse gebotenen Kürzungen wiedergeben: „Aus dem Artikel liest man heraus, daß wohl auch hier in Dresden solche Verhältnisse bestehen sollen, und da gegenwärtig System darin zu liegen scheint, daß man die Fleischergefallen als Fleischverteuerer hinstellen versucht, so wollen wir nur feststellen, daß in Dresden die Fleischergefallen mit dem Mut keinen Handel treiben können, weil das Vieh, das durch die Fleischermeister geschlachtet wird, dem Besitzer des Tieres gehört, und die Tiere, die für die Konserbendabrik geschlachtet werden, an einen Zwischenhändler verkauft werden, der allerdings mit 100 Proz. Aufschlag weiterverkauft. Mit vollem Recht weist der Vorstand der Dresdener Fleischerinnung den ganzen Verdacht zurück und gibt auch die Löhne der Fleischergefallen mit dem Tringeld der Wahrheit entsprechend auf 40 bis 60 M. wöchentlich an. Wir wollen noch darauf hinweisen, daß diese Löhne für eine 8 1/2stündige Arbeitszeit in der Woche gezahlt werden, es kommt also ein Stundenlohn von 50 bis 70 Pf. heraus. Dabei muß die Arbeit in kalten Räumen und mit großer Kraftanstrengung geleistet werden, ohne daß es jetzt möglich ist, geregelte Essenspausen einzuhalten. Wohl sind sich die

Arbeitgeber wie auch die Gefallen darüber einig, daß die Arbeitszeit zu lange dauert, aber durch die Einberufungen von Fleischergefallen zum Heeresdienst ist es eben unmöglich geworden, weitere Arbeitskräfte einzustellen. Alle Versuche, Gefallen zu bekommen, sind erfolglos geblieben. Die gewerkschaftliche Erziehung hat in den Kreisen der Fleischergefallen die Einsicht bewirkt, daß sie sich auf Kosten der konsumierenden Bevölkerung nicht wucherisch bereichern dürfen. . . . Zu allem Ueberflus bringt auch die „Dresdener Rundschau“ in ihrer letzten Nummer einen Artikel darüber, wie gut es die Fleischergefallen haben. Sie schildert ein Vorkommnis aus Berlin, dessen Sachverhalt, wie sie selbst zugibt, nicht geklärt ist. Aber schlankweg wird trotzdem behauptet, daß in Dresden bei der Reichsschlachtung ein Gefelle pro Tag 25 M. erhält und an Schlachttagen sogar noch eine Extravergütung! Diese Behauptung wollen wir nur tiefer hängen. Sie ist absolut erfunden und kennzeichnet sich dadurch selbst.“

Der 16. ordentliche Verbandstag der Schuhmacher wird trotz des Krieges am 10. Juni und in den auf ihn folgenden Tagen in Stuttgart abgehalten werden. Man hofft die Arbeit des Verbandstages in 3—4 Tagen erledigen zu können. Der Vorstand hat den Verbandstag einberufen, obgleich erhebliche Bedenken dagegen sprechen. Auf der anderen Seite sind aber auch eine Reihe von Fragen zu erörtern, die noch vor Beendigung des Krieges geklärt sein müssen. Dazu gehört vor allen Dingen die wichtige Frage der Beschäftigung von Kriegsinvaliden und die Frage der Frauenarbeit. Ausschlaggebend für die jegliche Einberufung des Verbandstages war auch die Ueberzeugung des Vorstandes, daß der Verband bei Verschiebung der Tagung bis kurz nach Beendigung des Krieges mit ganz anderen wirtschaftlichen Verhältnissen zu rechnen habe, die der Entscheidung wichtiger Fragen auch nicht förderlich sein können. Der Kriegsverbandstag soll sich nur freiheitlich auf die Erledigung des Allerwichtigsten beschränken. Insbesondere sollen keine Statutenänderungen vorgenommen werden. Die einschneidende Beschlüsse können natürlich nicht von einem Verbandstage gefaßt werden, an dessen Beratungen zwei Fünftel der Mitglieder nicht teilnehmen vermögen.

Ausland.

Aufhebung des 50 Meter-Erlasses gegen kämpfende Arbeiter in Basel.

Im Sommer 1912 war in Basel ein Schlächtergeschäft von der organisierten Arbeiterschaft boykottiert worden und zur Durchführung des Boykotts wurden in der Nähe des Geschäfts an das Publikum Boykottzettel verteilt. Der Kampf drehte sich um den Abschluß eines Tarifvertrages, den der Lebens- und Genussmittelarbeiterverband von der betreffenden Firma verlangt, diese aber verweigert hatte. Auf Verreiben der Basler Metzgermeisterinnung erließ die Polizei ein Verbot, auf eine Entfernung von 50 Metern von dem Geschäft Posten zu stehen, oder Zettel zu verteilen. Die organisierte Arbeiterschaft wehrte sich gegen diese ungesetzliche Parteinahme der Polizei für die boykottierte Firma, und nunmehr nach 3 1/2 Jahren hat die Regierung den Polizeierlass als gesetzwidrig aufgehoben. Seinen damaligen Zweck hatte er freilich erreicht, indem er die Arbeiterschaft an der erfolgreichen Durchführung des Boykotts hinderte, so daß der Geschäftsbespotismus der Metzgermeister triumphieren konnte.

Eingegangene Druckschriften.

Die Lösung der Boden- und Wohnungsfrage durch Staat und Gemeinde. Von C. Harz. 80 Pf. Verlag: Gebr. Harz, Altona a. E.
 Dokumente des Fortschritts. 2. Jahrg. Frauenarbeit. Internationale Revue, herausgegeben von Prof. Dr. R. Preba. Jährlich 4 Hefte, 5 M. M. Drehsel, Bern.
 Mikroskop. Zeitschrift für angewandte Mikroskopie. 9. Jahrgang. Heft 8—10. Jährl. 12 Hefte und 2 Buchh. 5,50 M. — Bulgarien und die Bulgaren. Von Dr. A. Floride. Broch. 1 M. — Brand, Stuttgart.

A. WERTHEIM

G. M. B. H.

Damen-Wäsche

Taghemden mit Langellenbesatz	2.10
Taghemden mit Stickerei	2.65 2.90
Taghemden mit gestickten Passen	2.25 2.75 3.25
Nachthemden m. Stickerei u. Umlegekrag	4.50 6.75
Nachthemden mit Stickerei, halsfrei	5.25
Nachjacken m. Stickerei u. Umlegekrag	2.65 bis 3.25
Nachjacken mit Stickerei, halsfrei	2.75 3 M.
Beinkleider aus Wäscheleinen mit Stickereinsatz	2 M. bis 3.25
Hemdhosens aus Wäscheleinen mit Stickereinsatz	4.25 4.60
Hemdhosens aus Wäscheleinen mit Stickerei-Einsatz und Ansatz	5.65 bis 8 M.
Stickerei-Röcke moderne Form	von 4 M. bis 7.75

Tischzeuge

Jacquard-Tischtücher gebleicht, Gr. 130-160	2.60
Mundtücher dazu passend, Größe 60-60, Dutzend	5.80 4 M.
Jacq.-Tischtücher, Größe 130-160, 160-200	1.80 3.25 4 M.
Jacquard-Tischtücher	
115 125 130-130 130-160 130-200	2.30 2.90 3.60 4.50
Mundtücher dazu passend, 60-60 cm . . Dutzend	7 M.
Jacq.-Tischtücher Reinleinen 130-130 cm 130-160 130-200	3.20 4 M. 5.60
Mundtücher dazu passend, 65-65 cm . . Dutzend	7.60
Kaffee-Gedeck mit 6 Mund-	
lädern, weiß mit farbiger Kante	130-130 4 M. 130-160 4.75
bunt gestreift	125-125 cm 3.80 mit farbiger Kante 130-130 cm 6.25
Spitzen-Decke mit Einsatz und Spitze, 60-60 cm	1.65
Spitzen-Decke mit Einsatz und Spitze, 60 cm rund	1.20
Spitzen-Läufer mit Einsatz und Spitze, 35-130 cm	1.65

Handtücher

Stubenhandtücher Gerstenkorn, Gr. 48-90 cm, Dtz.	9 M. Drell 48-110	11.50
Stubenhandtücher Gerstenkorn m. Jacq., 48-110		12 M.
Stubenhandtücher Gerstenkorn, 50-100 cm . .		11 M.
Küchenhandtücher grau Drell m. Kante 40-105 cm		8.40
Küchenhandtücher Gerstenkorn m. Kante, 48-110 cm		9.80
Wischtücher Reinleinen 55-56 cm	5.60 55-80 cm	8 M.

Stickerei-Garnituren

Dam.-Hemden	2.40	2.95	3.60	4 M.	4.75	5 M.
Beinkleider	2.40	3.25	3.60	4 M.	4.75	5 M.
Nachthemden	5.90	6.75	6.75	7 M.	8 M.	

Spizengarnituren

Taghemden	3.75	5 M.
Beinkleider	3.40	5 M.
Nachthemden	6.50	7.25

Damenhemden 235

im Stoff gestickt mit Langellen

Untertailen 135 bis 375

mit Stickerei, Vorderschluss von

Untertailen 130 bis 375

m. Stickerei, Rückenschluss, ohne Stangen v.

Spitzen-Mitteldeden und -Läufer

weiss, mit Einsatz und Spitze 55-56 cm	95 Pf.	33-115 cm	95 Pf.
--	--------	-----------	--------

Spitzen-Reste und Abschnitte

in Klöppel, Valenciennes Tüll und Spachtel

besonders preiswert

Blusen

aus Paillette-Seide, halsfreie od. hochgeschlossene Form, verschied. Farben 9.75

aus Paillette-Seide, moderne, rundgezogene Form mit Vorderschluss . . 11 M.

aus schottisch kariertter Seide, halsfreie oder hochgeschlossene Form . . 10.75

Unterröcke

Moirette-Rock mit plissiertem Ansatz 3.25

Gestreift. Satin-Rock 3.75

Moiré-Rock Ansatz plissiert . . . 5.75

Alpaka-Rock Ansatz mit Frisuren 6.50

Politische Uebersicht.

Von der Pressezensur.

Der Reichstag hat bekanntlich beschlossen, daß bei allen Generalkommandos den Presseabteilungen Zivilpersonen beigeordnet werden sollen, um die Häften der Zensur zu beseitigen oder zu mildern. Nicht gerade ermutigend ist das Echo, das dieser Beschluß im Bereiche des VII. Armeekorps fand. Dort hatte das Generalkommando Pressekonferenzen eingerichtet, in denen über die Zensur nicht geredet werden sollte. Als das trotzdem geschah, wurden die Konferenzen seltener und hörten dann ganz auf. Jetzt sind diese Pressekonferenzen wieder eingeführt worden, doch über die Zensur soll nur möglichst wenig geredet werden, eine politische Erörterung oder die Besprechung der Berechtigung einzelner Zensurmaßnahmen ist nicht gestattet.

Mit dieser Einrichtung ist der Beschluß des Reichstags durchaus nicht erfüllt. Der Reichstag hat eine aktive Teilnahme von journalistisch gebildeten Zivilpersonen an der Ausübung der Zensur gewünscht.

Die „Begehrlichkeit“ der Kriegerfrauen.

Der Landrat des Kreises Stuhm hat folgende Bekanntmachung erlassen:

Die wohlwollende Behandlung, die der Kreisrat seit Beginn des Krieges den Anträgen auf Gewährung von Familienunterstützungen hat angedeihen lassen, hat bedauerlicherweise bei vielen Frauen in Stuhm und Umgebung die Begehrlichkeit in einer Weise gesteigert, daß hierdurch eine ordnungsgemäße Bearbeitung begründeter Ansprüche gefährdet wird. Ich ordne daher hiermit an, daß in der Zeit vom 25. Januar bis zum 7. Februar keine Frau aus Stuhm, Pappaken und Rehborn persönlich auf dem Landratsamt einen Antrag oder eine Beschwerde in Familienunterstützungsangelegenheiten vorbringen darf. Weder ich noch mein Bureau werden derartige Frauen empfangen, sie werden vielmehr aus dem Kreisbureau verwiesen werden. Wenn hierdurch bedauerlicherweise auch einzelne begründete Anträge in ihrer Bearbeitung unliebsamer Verzögerung erfahren sollten, so wollen sich die dadurch Betroffenen bei ihren jeden Pflichtgefühl baren verlogenen Mitbewerbern bedanken.

Das ist eine ganz unerhörte Sprache gegenüber Frauen, deren Männer im Felde stehen und auf Ratshilfe und Hilfeleistung durch andere geradezu angewiesen sind.

Die Neubefragungen in das Herrenhaus.

Folgende Persönlichkeiten sind neu in das Herrenhaus berufen worden:

- 1. Kardinal Erzbischof Dr. jur. F. von Hartmann zu Köln. 2. Bischof Dr. Adolf Vertram zu Breslau. 3. der Präsident des Evangelischen Oberkirchenrats D. A. E. W. Voigt, Wirklicher Geheimrat. 4. Generalsuperintendent a. D. Hesel (Wernigerode). 5. Klosterprobst Reichgraf von Platen-Hallermund. 6. Fideikommissbesitzer Graf von Walderssee auf Waternverstorff bei Panitzsch im Kreise Plön. 7. Geheimrat Kommerzienrat von Friedländer-Fuld (Berlin). 8. Dr. phil. Karl von Martius in Berlin. 9. Kommerzienrat Generaldirektor Dr.-Ing. Friedrich Springorum in Dortmund.

Wer darf die Wählerlisten einsehen?

Das Abgeordnetenhaus hatte am 27. März 1914 beschlossen, die Staatsregierung zu ersuchen:

- a) die zuständigen Behörden (Landräte) darauf hinzuwirken, daß die Wählerlisten zu jedermanns Einsicht auszuliegen sind, nicht nur für die ordnungsmäßigen Wähler, b) unter Bezugnahme auf die im Jahre 1909 beschlossene Resolution, da die Zahl der für die jetzige Wahl gebildeten Wahlbezirke mit 6 und 4 Wahlmännern noch zu bedenken Anlaß gebe, auf tunliche Verminderung solcher Bezirke bei künftigen Wahlen hinzuwirken.

Gefangene Russen beim Straßenbau.

Opferequartier, 28. Januar 1916. Regen, Sonnenschein, Schnee, Tauwetter in schneller wechselnder Folge, das ist an der Ostfront seit Wochen das unangenehme Wetterprogramm. Den Soldaten und auch den in mangelhaften Wohnungen hausenden Einwohnern bereitet diese Witterung mancherlei Beschwerden. In vielen Orten gestaltet sich die Heizung der Dörfer schwierig, denn das für den Winterbedarf für normale Bedürfnisse getrocknete Brennholz ist längst verbraucht. Nun muß man grünes Material, kurz vorher gefällte Bäume nehmen. Dieses Holz brennt nicht, es beschwilt und entwidelt wenig Hitze. Inmitten ungeheurer Wälder, gewaltiger Holzvorräte schäht man sich glücklich, wenn man gelegentlich eine kleine Menge Kohlen erlangen kann. Als eine tüchtige Leistung ist es anzuerkennen, daß nun an den Hauptpunkten hinter der Front Kohlen überhaupt zu erlangen sind. Um in der Bedarfsbefriedigung soweit vorwärts zu kommen, mußten zunächst ganz ungewöhnliche Schwierigkeiten überwunden werden. Gibt es hier doch in Aurland und Litauen Landstriche, fast so groß wie eine preußische Provinz, die von keiner Eisenbahn durchschnitten werden, in denen aber auch kein Netz von befestigten Straßen den Verkehr von Ort zu Ort erleichtert. Außer der großen Reichstraße, die von Riga über Ritsau, Schaulen, Tauroggen nach Deutschland hineinführt, findet man keine durchgehenden Straßen, die bei jeder Witterung mit Lastwagen befahren werden könnten. Bei lang anhaltenden Regengüssen und bei Tauwetter kann der Fuhrverkehr in nur begrenztem Umfange aufrechterhalten werden. Es klingt sehr unwahrscheinlich und doch ist es richtig, daß zum Beispiel nicht einmal Kowno und Wilna, also Städte von über 100 000 und annähernd einer Viertelmillion Einwohnern, durch eine feste Straße miteinander verbunden sind. Und berücksichtigt man außer dem Mangel an Verkehrsmöglichkeiten und Transportmitteln, der trotz gewaltiger Anstrengungen doch nur in begrenztem Umfange geboten werden konnte, die Tatsache, daß man hier im Osten seit Jahrzehnten keinen so kalten, jedoch auch keinen so milden Winter gekannt hat wie den im Kriegsjahr 1915/16, dann läßt sich verstehen, welche Riesensarbeit bei der Bewegung von Truppen, Kriegsmaterial, Lebensmitteln und anderen Bedürfnissen geleistet werden muß. Heute fährt man aber schon in 28 Stunden von der Danfront über Ritsau nach Berlin. Soweit hatten es die Russen selbst in Friedenszeiten nicht gebracht.

An der Verbesserung und der Ausgestaltung der Verkehrswege wird an dauernd unter dem Einsatz vieler Kräfte gearbeitet. In ziemlich bedeutendem Umfange sieht man gefangene Russen bei dieser Tätigkeit. In großen Mengen hat man zunächst Steine und Sand an den Straßen gelagert. In bestimmten Abständen sieht man kleine Gefangenentruppen und einige Landstürmer in deutscher Uniform mit dem Zerklümmern großer Findlinge beschäftigt; andere füllen Löcher im Straßenboden mit Schotter und Sand aus. Wieder andere errichten oft kilometerlange Schneefänger, wobei die gefangenen Russen eine große Kunstfertigkeit

Die Regierung hat darauf folgende Antwort erteilt: „Im Sinne des Beschlusses zu b sind entsprechende Anordnungen getroffen.“

Gegen die Durchführung des Beschlusses zu a) bestehen dagegen gewichtige Bedenken. Die für die Reichstagswahlen geltende Vorschrift, wonach das Recht zur Listeneinsticht — und das im allgemeinen darin einbegriffene Recht der Abschriftnahme — jedermann zusteht, ist in den preußischen Wahlvorschriften nicht enthalten. Die Kürze der Auslegungsdfrist und der Umfang des Listeninhalts lassen die Gefahr einer Verkümmernng des gleichen Rechts anderer sehr viel größer erscheinen, als bei der Reichstagswahl. Außerdem besteht die Befürchtung, daß die Listenangaben über die Steuerverhältnisse der Wähler von den Einsichtnehmenden mißbräuchlich benützt werden könnten. Bei Berücksichtigung der durch die Besonderheiten des Wahlverfahrens gebotenen Einschränkungen dürfte allen berechtigten Wünschen genügt sein, wenn die Wählerlisten zur Einsicht aller, nicht nur der ordnungsmäßigen Wahlberechtigten ausgelegt werden. Dieser Rechtsstandpunkt wird den wahlführenden Behörden gegenüber vertreten werden.“

Junggefallensteuer.

Eine „umgekehrte Junggefallensteuer“ fordert Dr. Dertel in der „Deutschen Tageszeitung“:

„Das jetzige Kinderprivileg (in der Steuerleggebung) ist nur ein Anlaß; es muß nach allen Richtungen hin weiter ausgedehnt werden. Es darf nicht auf die kleinen und mittleren Einkommen beschränkt bleiben, es muß nach der Zahl der zu unterhaltenden Familienmitglieder abgestuft und gestaffelt werden. Das wird am zweckmäßigsten durchgeführt, wenn wir künftig die Steuerlast im ganzen erheblich erhöhen und von diesen erhöhten Einnahmen nicht nur den Verordneten zahlreicher Familienmitglieder, sondern schon den kinderlosen Verheirateten Abzüge ermöglichen. Die Erhöhung der Steuerlast für den Ledigen müßte allerdings ziemlich stark sein, da der Ertrag der Einkommensteuer im ganzen in Zukunft noch menschlicher Vorursicht weit höher sein muß. Wird dadurch der Ledige erheblich stärker herangezogen als jetzt, so ist das, wenn man so sagen darf, nur der Zweck der Uebung; ein Ueberheiterer, der nur für sich zu sorgen hat, kann gut und gern doppelt soviel Einkommensteuer bezahlen wie der kinderlose Verheiratete, drei- und viermal mehr als der mit Kindern reich gesegnete Familienvater.“

Ausländische Falschmeldung.

Köln, 29. Januar. (W. T. V.) Die in der ausländischen Presse verbreitete Meldung, in Köln seien vier Männer und zwei Frauen wegen Spionage erschossen worden, ist, wie Wolffs Telegraphen-Bureau an zuständiger Stelle erfährt, glatt erfunden.

Krisenluft in Holland.

Aus Amsterdam schreibt man uns: Ein Ereignis in der inneren Politik scheint nicht nur dem längst morlichen Bürgerkrieg den Rest zu geben, sondern auch die Koalition der Linken zu sprengen und den Bestand des Ministeriums in Frage zu stellen. Meinungen zwischen Majoritätsgruppen, vor allem der Arbeiterpartei und einzelnen Ressortministern hat es schon früher gegeben, jetzt aber steht man vor einer Art Staatsstreich des leitenden Kopfes der Regierung, des Finanzministers Treub. Das von der Regierung eingebrachte Reformprogramm, das die Erfüllung des Koalitionspakts darstellte, umfaßte drei Entwürfe, die die Verfassungsdrevision, die allgemeinen Staatspensionen und die Steuerreform zum Inhalt haben. Das Pensionsgesetz sollte in der zweiten Kammer zuerst erledigt werden. Der Finanzminister hat aber plötzlich erklärt, daß zuvor einige Steuerentwürfe auf die Tagesordnung gesetzt werden müßten, die die Ausgaben des Pensionsgesetzes decken sollen. Das Verlangen hat auf der Linken das äußerste Befremden hervorgerufen und der Vorsitzende der zweiten Kammer hat sich über die Forderung des Ministers, die festgesetzte Tagesordnung umzustellen sehr scharf geäußert. Wahrscheinlicherweise ist die Versammlung am stärksten bei der Arbeiterpartei, die auf ihrem Ansehen

Kongreß in der ersten Januarwoche eine energische Aktion für die Durchsetzung der Reformen und ihre Verbesserung beschloßen hat. Die vom Minister geforderte Umfassung würde aber die Erledigung der von den Arbeitern mit Ungebuld erwarteten Pensionsvorlage, die die beabsichtigte Verdrängung einer jahrzehntelangen Forderung darstellt, in dieser Parlamentsperiode unmöglich machen. Die Rechtsparteien, die die allgemeine Altersversorgung auf Staatskosten — aus „prinzipiellen Gründen“ — bestig bekämpfen, sind natürlich über den jähen Szenenwechsel höchlich erfreut. „Het Volk“ aber greift Treub in einem Artikel, worin es ihm geradezu des Verrats an der Staatskasse bezichtigt, mit äußerster Schärfe an und fordert das Parlament auf, seine, ihm in einer Demokratie zustehende Autorität geltend zu machen. Ob es indes zu einem Konflikt zwischen der Kammermehrheit und der Regierung oder zu einer Auflösung des Blocks der Linken kommen wird, ist nicht vorauszuweisen. Es heißt, daß der Finanzminister aus Gründen privater Natur zurücktreten will. Vielleicht ist sein jetziges Auftreten nur bestimmt, um ihm dazu eine politische Gelegenheit zu geben. Allerdings muß man sagen, daß man von einem Politiker von der Bedeutung des Herrn Treub erwartet hätte, daß er einen anderen Abgang wählen würde als diesen, der ihm ein späteres Wiederauftreten in einer demokratischen Regierung nicht erleichtern würde.

Das tägliche Brot.

Der Veirat für Volksernährung.

Amlich, Berlin, 29. Januar. (W. T. V.) In der am Sonntag abgehaltenen Sitzung des Veirats für Volksernährung wurden zunächst Anregungen seitens der Veiratsmitglieder der konservativen Partei besprochen, und zwar über die Besserung der Futtermittelverhältnisse; Maßnahmen zur Versorgung mit Saat an Lupinen, Seradella, Widen und Beluschken, Klee und Gräsern, Förderung der Herstellung von Fischfüttermehl als Viehfutter in der Landwirtschaft, über eine Organisation des Absatzes von Gemüsen und der Herstellung von Dörrgemüse, Maßnahmen zur Förderung des Anbaues von Leinen und Hanf, über die Bildung von Vereinen des Kleinhandels in den Kommunen zur gleichmäßigen Verteilung von Lebensmitteln. Sodann kamen Haser und Grichpreise sowie die Maßnahmen zur Förderung der Schweinezucht zur Erörterung.

Gegen die Erhöhung der Höchstpreise.

Im badischen Landtag teilte der Minister des Innern bei der Beratung der wirtschaftlichen Maßnahmen während des Krieges mit, daß Baden im Bundesrat gegen die Erhöhung der Höchstpreise für Brotgetreide sowie für Haser und Gerste gestimmt habe. Auch gegen die Erhöhung der Kartoffelpreise werde die badische Regierung stimmen. Es sei beabsichtigt, ähnlich wie im Reiche eine Lebensmittelmittellzentrale mit parlamentarischem Veirat zu bilden.

Sichert die neue Kartoffelverordnung genügende Zufuhr?

Diese Frage wird von einer Kartoffelgroßhandelsfirma verneint. Sie schreibt: „Obwohl eine formelle Aufhebung der Höchstpreise nicht stattgefunden hat, sind durch die Maßnahmen der Reichskartoffelstelle die bisher geltenden Höchstpreise nunmehr gegenstandslos geworden. Für Speisekartoffeln haben die Kommunalverbände bzw. deren Kommissionäre Zuschläge von 1,25 M. für den Zentner zu zahlen für Fabrikkartoffeln zu Erdenzwecken können 22 Pf. für das Stärkeprozent, jedoch nicht über 3,75 M. für den Zentner ab Verladestation gezahlt werden. Den Kommissionären werden besondere Ausweislisten zum Einkauf zur Verfügung gestellt, welche berechtigen, „ohne Bindung an die gesetzlichen Höchstpreise“ diese entsprechend zu überschreiten. Nachdem nunmehr auch die Höchstpreise für Kartoffeln aufgehoben sind, welche als Speisekartoffeln zum Verkauf kommen, bestehen die alten Höchstpreise nur noch der Form nach. Diese Maßnahmen haben infolgedessen eine gewisse Beunruhigung hervorgerufen, als diejenigen Produzenten, welche gemäß den An-

daraus ihre Nahrung zieht. Es mag vorhanden sein, aber hier bei den Gefangenen merkt man nichts davon. Das Gemeingefühl wird stark überdeckt von den nächsten Jah-Interessen. Das Zusammengehörigkeitsgefühl erfährt nur die eigene Familie und sonst noch nahestehende Personen. Außer dem Gefühl der Todesgefahr, den Leiden und Beschwerden des eigentlichen Kriegsdienstes entriekt zu sein, sowie der Bewußtheit, nach Friedensschluß die Angehörigen und die Heimat wiederzusehen, und endlich der Hoffnung, dann in friedlicher Arbeit vorwärts zu kommen, berührt kaum noch etwas Gemeinfaunes die Psyche der Gefangenen. Sichtlich befehlt sie auch kein Haß gegen die deutschen Soldaten. Wehremale hörte ich, wie sich Gefangene und ihre Aufseher mit „Kamerad“ anredeten. Von Störlichkeit ist bei den gefangenen russischen Soldaten nichts zu spüren. Harmlos schauen sie drein; vielen allerdings hat geistige Starre den Stempel aufgedrückt; sie sind unwissend, stupid, dabei aber doch fast alle gutmütig. In rührender Ungezogenheit vergißt mancher seine Lage, läßt die Arbeit ruhen, holt seine Zigarette hervor oder ein Stück Brot, knüpft mit dem Nachbar eine Unterhaltung an. Ein Jurus des bärtigen Aufsehers erschreckt ihn nicht; ganz ruhig, ohne Haß schauen sie naiv verlegen lächelnd zu dem deutschen Soldaten hinüber, beginnen dann wieder in ihrer gemessenen Weise zu schaulen.

Auf dem Markt in Schaulen sah ich Gefangene beim Einkauf. Nichts verriet, daß sie sich unter Zwang und Aufsicht fühlten. Sie suchten unter den Vorräten herum, feilschten mit den Verkäuferinnen, scherzten mit ihnen und wollten recht große Brote haben. Brot, viel Brot verlangten sie stets. Sie müßten sich nun mit einem geringeren Quantum begnügen als sie sonst zu essen gewöhnt waren; Brot ist ihnen lieber als Fleisch und Gemüse. Darum kaufen die meisten Gefangenen Brot, wenn sie ihre Löhnung erhalten haben.

In ihrer Ungezogenheit, mit ihren Gemeinfinden in ihre jetzige Lage kommt eine Wandlung in der seelischen Verfassung der Gefangenen zum Durchbruch. Besonders unter den Gefangenen der ersten Kriegsmomente sah man viele, denen Furcht und Besorgnis vor dem Kommenden auf dem Gesicht stand. Würde man sie peinigen, morden, wie ihnen in schauderterregenden Bildern geschildert worden war? Werden die vordringenden Deutschen ihre Angehörigen töten, ihre Frauen und Kinder schänden? — Das waren quälende Gedanken und Zweifel, die bei manchem übermogen, die den Glauben und die Hoffnung, nun wenigstens das Leben gerettet zu haben, minderten. Nun hat die Erfahrung sie über solche Besorgnisse im allgemeinen beruhigt. Nicht wenige mögen jetzt sorgloser leben als früher. Erblickt ihnen die Zukunft nun vielleicht auch noch im trüben Licht, genau so wie allen Menschen, in deren Leben der „Ira“ hineingespielt, das schlimmste, der Tod oder größte Schicksalsschlag, schreckt sie nicht mehr. Für sie kann noch alles gut werden. Das macht sie ruhig. Rot leiden sie eigentlich auch nicht. Ihre Ernährung ist ausreichend. Und es sind durchweg kräftige und gesunde Gestalten, die da draussen mit Schaufel, Hammer, Säge oder sonstigen Gerätschaften herumhantieren. D ü w e 11, Kriegsberichterstatter.

ordnungen des Gesetzes ihre Pflichtmenge rechtzeitig abgestellt haben, von dem nunmehr bewilligten Zuschlag nichts erhalten, während diejenigen Landwirte, welche die Ablieferung ihrer Pflichtkartoffeln verzögert haben, davon Vorteile haben.

Beim Großhandel herrscht vielfach die Meinung, daß die Erhöhung der Höchstpreise, die dieses Jahr etwa vier Wochen früher gekommen ist wie im vorigen Jahre, ausnehmend verzögert angeordnet worden ist. Es wird befürchtet, daß mit Rücksicht auf die geringe Spannung von 25 Pf., die zwischen den Preisen von Speise- und Fabrikkartoffeln nunmehr festgelegt worden ist, Speisekartoffeln in genügender Menge nicht zum Angebot gelangen werden.

Die Kartoffeln in Halle.

Die Stadtverwaltung in Halle mußte in der Stadtverordnetenversammlung zugeben, daß der Handel bei der Versorgung mit Kartoffeln völlig verlagert habe. Aber erst nachdem Frauen in größerer Anzahl, Kartoffeln fordernd in das Rathaus sich begeben hatten, telegraphierte man an die Reichskartoffelstelle, daß dem Rotstand sofort abgeholfen werden müsse. Die Antwort lautete, daß 10 Waggons Kartoffeln sofort nach Halle kämen, und der nächste Tag brachte wieder eine Depesche, daß weitere zehn Waggons nach Halle dirigiert seien. Einen Teil dieser Sendungen wird die Stadtverwaltung wieder selbst an die Einwohner verlaufen, den andern Teil aber den Kleinhändlern zum Vertrieb überlassen, die schon seit Wochen keine einzige Kartoffel mehr zu verkaufen hatten. — So hat das energische Vorgehen von Frauen zu rascher Abhilfe geführt.

Aus der Partei.

Die Internationalen in Oesterreich.

Die Baumeisterliche Korrespondenz (Z. N.) vermeldet in einer ihrer letzten Nummern einen umfangreichen Aufruf „Die Internationalen in Oesterreich an die Internationalen aller Länder“. Dieser bedeutsame Aufruf ist bereits Anfang Dezember vorigen Jahres in der Parteipresse erschienen. Er enthält eine Darstellung der politischen und wirtschaftlichen Zustände Oesterreichs während des Krieges, schildert die Lage der österreichischen Arbeiterklasse und nimmt vom international-sozialistischen Standpunkt aus zu den wichtigsten Kriegsfragen Stellung. Der Aufruf begründet die Zimmerwalder Konferenz und schließt mit den Worten: „Wir sind (in Oesterreich) erst wenige, und die Aufgabe ist riesengroß. Aber wir lassen uns nicht einschüchtern und sind in der Erinnerung an den Bund der Kommunisten, dem die weltgeschichtliche Bewegung des Proletariats entsproß, Mag man uns belächeln und verfolgen, unsere Sache muß dennoch siegen: Denn sie töten den Geist nicht, ihr Brüder.“

Das Anschwellen der englischen Arbeiterpartei.

Nach dem jährlichen Bericht der Arbeiterpartei beträgt, wie „Evening Standard“ vom 24. Januar mittelt, die Mitgliederzahl dieser Partei 2 098 365 gegen 1 607 807 im vergangenen Jahre. Die Section der Gewerkschaftler weist 2 053 735 Mitglieder auf, die sich auf 111 Vereine verteilen. Die sozialistischen Verbände zählen 32 833 Mitglieder, d. h. 892 weniger als im vergangenen Jahre. Die unabhängige Arbeiterpartei mit einer Mitgliederzahl von 30 000, die Gesellschaft der Fabrier und der Verein der Arbeiterinnen müssen wie früher der Organisation zugezählt werden. Die Rechnungsbilanz zeigt einen Kreditsaldo von 15 282 Pfund.

Arbeiter-Jugend.

Die folgenden erschienenen Nr. 3 des achten Jahrgangs hat u. a. folgenden Inhalt: Ein weibliches Verjähr? Von Luise Jieg. — So ging auch er dahin. . .! Skizze von August Wisodl, Hamburg. — Einmal über Kritik. — Salonik. Von L. Lessen. — Vereinstant. Gedicht von Friedrich Nietzsche. — Don Quixote, seine Zeit und sein Wert. Von Franz Diederich. (Schluß.) — Aus dem Sänne, der die Rosen begraben. Gedicht von B. D. Soudron. — Aus der Jugendbewegung. — Zur wirtschaftlichen Lage. — Ein Vorschlag.

Aus Industrie und Handel.

Eisen- und Stahlerzeugung Schottlands unter Regierungsaufsicht. Am 1. Januar 1916 hat, wie „The Economist“ vom 8. Januar mittelt, die englische Regierung die gesamte Aufsicht und Verwaltung der schottischen Hoheisen- und Stahlerzeugung übernommen — sowohl für die Erzeugung aller gewöhnlichen Arten wie für die Spezialarten. Es handelt sich um 16 verschiedene Werke, die gegenwärtig 71 Hoheisen- und 50 Stahlofen in Betrieb haben, von denen 50 für Spezialstahl, 21 für gewöhnliche Stahlsorten bestimmt sind.

Die Stahlwerte in Schottland waren bereits früher unter die Herrschaft der Regierung übergegangen, so daß jetzt die gesamte Herstellung von Eisen und Stahl in Schottland unter behördlicher Überwachung steht. Die davon Betroffenen sind sich völlig im Unklaren darüber, welche Folgen diese Maßnahmen haben werden. Inzwischen sind die Preise sämtlich niedriger geworden als vor zehn Tagen.

Ausfuhr der Vereinigten Staaten nach Russland. „Daily Graphic“ vom 22. Januar gibt folgende „Central News“-Meldung aus New York wieder: Die National City Bank in New York veröffentlicht den Jahresbericht ihrer ausländischen Abteilung, aus dem hervorgeht, daß die Gesamtausfuhr der Vereinigten Staaten nach Russland im vergangenen Jahre sechs mal größer war als in normalen Zeiten, trotz aller Verkehrshindernisse. Sie betrug 1915 etwa 80 000 000 Pfund Sterling gegen 8 400 000 Pfund Sterling im Jahre 1913. Hier von ging etwa ein Drittel nach Wladivostok, d. h. 10 000 Meilen via Panamakanal und weitere 6000 Meilen auf der Sibirischen Bahn. Der Rest ging fast vollständig über den Atlantischen Ozean nach Archangelsk.

Ein zweiter Stahltrust. Die Cambria Steel Co., die Lackawanna Co. und die Youngstown Steel u. Tube Co. haben sich zu einem zweiten Trust vereinigt, der mit einem Kapital von 250 bis 300 Millionen (ungefähr 1000 bis 1200 Millionen Mark) finanziert sein soll. Angehört an den neuen Stahltrust haben sich die Newport News Shipbuilding Co. und die New York Shipbuilding Co.

Schließung von Schwefelminen. Meldung des Reuterschen Bureaus. Die „Times“ erzählt aus Rom, daß die Schwefelminen auf Sizilien infolge des hohen Preises der für die Schwefelgewinnung nötigen Kohlen geschlossen wurden. Der Preis stieg auf acht Pfund Sterling die Tonne. Ungefähr 100 000 Arbeiter feiern.

Soziales.

Einkommen in Preußen.

Die dem preussischen Landtag vorgelegte Uebersicht der Ergebnisse der Veranlagung zur Einkommensteuer für 1915 weist als Gesamtjahresbetrag der zu erhebenden Steuer einschließlich der Zuschläge 420 940 163 M. auf. Das sind 21 851 898 M. oder 4,94 Proz. weniger als im Vorjahre. Von dem Gesamtjahresbetrag entfallen auf physische Personen 354 579 207 M. bei 41 088 081 Jeniten, auf nichtphysische Personen (Aktiengesellschaften usw.) 66 360 956 M. bei 12 057 Jeniten. Berlin trägt zu dem Gesamtjahresbetrag nicht weniger als 51 338 495 M. bei. Von diesem

Beitrag zahlen physische Personen 34 147 080 M. bei 618 047 Jeniten, nichtphysische Personen (1842 Jeniten) 17 790 826 M. Der Gesamtjahresbetrag in Berlin ergibt, verglichen mit dem Vorjahr, 4 338 076 oder 7,71 Proz. weniger.

Natürlgemäß weist die Einkommensteuer im ganzen wie bei fast allen Gemeinden ein niedrigeres Resultat auf wie im Vorjahr. Dennoch zeigt sich bei einigen Landkreisen (in den Regierungsbezirken Posen, Merseburg, Silesien, Osnabrück und Münster) sowie bei 23 Städten die gegenteilige Erscheinung. Von den günstigeren als im Vorjahr abschneidenden Städten weist Schneidemühl gegenüber dem Vorjahr ein Mehr von 29,89 Proz., Münster i. Westfalen 16,83, Essen a. Rh. 14,77, Stolp i. Pom. 14,54, Spandau 11,99, Weutheben i. O.-Schl. 10,90, Oepeln 8,42, Neumünster 8,44, Posen 7,45, Kiel 6,95, Stargard i. Pom. 5,88, Mühlheim a. Rh. 4,19, Silesien 3,46, Neuh. 3,29, Herne 3,06, Graudenz 2,63, Eisenleben 2,21, Forst i. L. 2,11, Reddinghausen 1,33 Proz., Celle, Bromberg, Danzig und Halberstadt unter 1 Proz. auf.

Verschlimmerung eines schlimmeren Leidens durch Unfall.

Wie schwer es mitunter hält, Unfallfolgen als solche nachzuweisen, zeigt folgender Fall:

Ein Drahtwickler erlitt am 18. Juni 1912 im Betriebe dadurch einen Unfall, daß ihm ein ca. 200 kilo schwerer Drahtseil beim Drahtwickeln gegen die rechte Seite schlug. Am 26. Juni hob der Arbeiter eine im Wege stehende Lore und verprügte dabei stehenden Schmerz in der rechten Seite. Bald darauf stellte sich Fieber ein. Der Verletzte mußte sich in ärztliche Behandlung begeben. Er wurde von mehreren Ärzten behandelt. Bei einer Operation wurde der durch Eiter zerstörte Gelenkkopf und Schenkelhals entfernt. Die Berufsgenossenschaft der Feinmechanik und Elektrotechnik lehnte den Anspruch auf Entschädigung ab, weil die Unfälle nicht erwiesen, andererseits das bestehende Hüftgelenkleiden weder durch einen der Unfälle hervorgerufen noch verschlimmert worden sei. Die Genossenschaft war der Ansicht, daß das Leiden auf eine bestehende Rückenmarkserkrankung zurückgeführt werden müsse. Auf erhobene Verurteilung holte das Oberverwaltungsamt Groß-Berlin ein Gutachten von seinem Vertrauensarzt Dr. E. ein. Dieser kam gleich den von der Berufsgenossenschaft gehörten Ärzten zu dem Ergebnis, daß der Unfall Folgen nicht hinterlassen hätte. Das Oberverwaltungsamt kam infolgedessen zu einer Abweisung der Verurteilung. Herborzuheben verdient noch, daß der erstbehandelnde Arzt infolge des scheinbaren Zustandes des Verletzten die Diagnose „Influenza“ gestellt hatte. Gegen die Entscheidung wurde Rekurs beim Reichsversicherungsamt unter Verweisung eines Attestes des den Verletzten während 10 Monaten behandelnden Arztes eingelegt. Das Reichsversicherungsamt benahm den Mitarbeiter, holte eine Auserkennung der Firma über die Tätigkeit des Verletzten und forderte dann ein Obergutachten von Herrn Prof. Dr. W. ein. Dieser Obergutachter kam zu dem Ergebnis, daß bei dem Verletzten ein Rückenmarkleiden bestanden hat, dieses aber durch den ersterleitenden Unfall den raschen unheilvollen Verlauf genommen hatte. Auf Grund dieses Gutachtens wurde die Genossenschaft verurteilt, dem Verletzten eine Teilrente von 60 Proz. ab 18. September 1912 zu gewähren. Das Reichsversicherungsamt hielt auf Grund der Zeugenaussagen den Unfall für erwiesen. Die Knochen des Beckens und der Oberschenkel hätten allerdings infolge der Rückenmarkserkrankung verminderte Widerstandsfähigkeit besessen, aber erst der Unfall habe den bis dahin völlig erwerbsfähigen Kläger erwerbsunfähig gemacht.

Leider gelingt es nicht in allen Fällen den Nachweis des Zusammenhangs eines Leidens mit dem Unfall zu führen.

Einfluß der Richtigkeit einer Ehe auf die Unfall-Witwenrente.

Geht eine Witwe, die Unfall-Witwenrente bezieht, eine Ehe ein, so erhält sie $\frac{1}{2}$ des Jahresarbeitsverdienstes als Abfindung. Lebt ihr Anspruch auf Zahlung der Unfallrente wieder auf, wenn ihre zweite Ehe für nichtig erklärt wird? Diese Frage hat das Reichsversicherungsamt in Uebereinstimmung mit dem Oberverwaltungsamt Lüneburg bejaht.

Die Witwe H. in Harburg a. E. bezog die Unfallwitwenrente. Im Jahre 1908 ging sie mit dem Arbeiter W. eine neue Ehe ein. Diese Ehe wurde durch Urteil des Landgerichts in Stade vom 5. Dezember 1912 für nichtig erklärt, weil es sich herausgestellt hatte, daß die erste Frau des W. noch am Leben war. Eine strafbare Handlung wurde in der ungültigen Eheschließung nicht gefunden.

Auf Grund der Richtigkeitsklärung der Ehe erhob die Witwe H. durch das Arbeiterssekretariat Harburg bei der Nordwestlichen Eisen- und Stahl-Berufsgenossenschaft Section 4 in Hamburg Anspruch auf Weiterzahlung bzw. Nachzahlung der Rente. Die Berufsgenossenschaft lehnte den Anspruch ab. Sie berief sich auf § 1344 des Bürgerlichen Gesetzbuches.

Das Oberverwaltungsamt Lüneburg verurteilte die Beklagte zur Nach- und Weiterzahlung der Rente. Auch der Rekurs der Beklagten wurde verworfen. Die beachtenswerte Begründung der Entscheidung des Reichsversicherungsamtes lautet:

„Das Oberverwaltungsamt hat den Anspruch mit Recht für begründet erachtet. Eine nach den §§ 1325 bis 1328 d. B. G. B. nichtige Ehe besteht von Anfang an nicht, sie ist für nichtig erklärt, nur dem Scheine nach gültig. Dem die Richtigkeit ausprechenden Urteile komme nur deklaratorische Bedeutung zu, es entscheidet dahin, daß die Richtigkeit von Anfang an bestanden hat. (Zu vergleichen Plan, B. G. B., 3. Aufl., Band 4 Seite 48, Vorbemerkungen zum dritten Titel unter II.) Im vorliegenden Falle ist demnach die Ehe der Klägerin mit dem Schuhmacher W. rechtlich so anzusehen, als ob sie überhaupt nicht geschlossen worden wäre. Daraus folgt, daß der Fall der Wiederverheiratung der Klägerin, der kraft Gesetzes die Abfindung zur Folge haben mußte, nicht vorgelegen hat, und das Recht der Klägerin auf die Hinterbliebenenrente ist mithin nach wie vor begründet. Zutreffend hat auch das Oberverwaltungsamt festgestellt, daß sich die Beklagte für ihre abweichende Ansicht nicht auf den § 1344 d. B. G. B. berufen kann, wonach einem Dritten gegenüber, der sich im Vertrauen auf die Gültigkeit der Ehe mit einem der Ehegatten auf ein Rechtsgeschäft eingelassen hat, aus der Richtigkeit der Ehe Einwendungen gegen die Wirksamkeit des Rechtsgeschäfts nicht entgegengehalten werden können. Denn diese Vorchrift beschränkt sich nicht auf den rechtsgeschäftlichen Verkehr, sie bezieht sich nicht auf den kraft des Gesetzes eintretenden Erwerb von Rechten. (Zu vergleichen Plan, B. G. B. a. a. O. Seite 79 Anmerkung 3 zu § 1344.) Bei der Abfindung der Witwe im Falle des § 16 Abs. 2 des Gewerbe- und Unfallversicherungsgesetzes handelt es sich aber nicht um ein Rechtsgeschäft im Sinne des § 1344 d. B. G. B., sondern um eine sich unmittelbar aus dem Gesetz mit Notwendigkeit ergebende Folge der neuen Eheschließung. Die Beklagte kann ferner auch nicht einwenden, daß die nachzuzahlende Rentenbezüge teilweise verjährt seien. Gemäß § 29 Abs. 3 der Reichsversicherungsordnung verjährt der Anspruch auf Leistung der Versicherungsbeiträge im allgemeinen in der Zeit, nach der Fälligkeit. Fällig ist ein Anspruch in dem Augenblick, in welchem die geschuldete Leistung vom Schuldner bewirkt werden muß (zu vergleichen § 271 d. B. G. B.). Wenn nun auch im vorliegenden Fall die neue Ehe als von Anfang an nichtig anzusehen, und deshalb der Anspruch der Klägerin auf die Hinterbliebenenrente niemals erlöschen gewesen ist, so konnte doch die Klägerin nach § 1329 d. B. G. B. den Anspruch so lange nicht geltend machen als nicht die Richtigkeit ihrer zweiten Ehe im Wege der Richtigkeitsklärung durch richterliches Urteil festgestellt war. Bis dahin konnte die Beklagte gestützt auf die formell bestehende

Eheschließung die Zahlung der Rente verweigern. Darin aber der Anspruch auf die Rente erst fällig mit der Richtigkeitsklärung, so ist Verjährung nicht eingetreten. Hiernach hat die Beklagte die Rentenbeiträge vom Tage der Einstellung der Rente ab nachzahlen. Daß sie dagegen die zu Unrecht gezahlte Abfindungsumme aufrechnen kann (§ 632 der Reichsversicherungsordnung) ist klar und wird von der Klägerin auch nicht bestritten.“

Amerikanische Arbeiterverhältnisse.

Der amerikanische Professor W. J. King hat in seinem Werke „Das Vermögen und das Einkommen in den Vereinigten Staaten“ Zahlen zusammengetragen, die ein bezeichnendes Licht auf die Verhältnisse des amerikanischen Proletariats werfen und beweisen, daß die soziale Lage der arbeitenden Massen dieses Landes der wirtschaftlichen Entwicklung und des Ueberflusses nicht besser geworden sind, sondern sich tatsächlich verschlechtert haben.

King stellt fest, daß die Löhne in den Vereinigten Staaten in den 30 Jahren von 1880 bis 1910 um 64 Proz. gestiegen sind. Der Unternehmergewinn aber ist in derselben Zeit um 235 Proz. gestiegen, also um viermal mehr als der Lohn der Arbeiter. Nun muß man aber berücksichtigen, daß die Preise für alle Bedürfnisse in diesen Jahren ebenfalls ganz gewaltig in die Höhe gegangen sind, und die Lohnerhöhung der Arbeiter fast vollständig durch die Steigerung der Preise für die Lebenshaltung ausgeglichen wurde. In den vierzehn Jahren von 1900 bis 1914 betrug diese Steigerung der Preise für die Lebenshaltung allein 60 Prozent. In diesen Jahren hat sich die Kaufkraft der Arbeiter, wenn man die entsprechende Lohnerhöhung für diese Periode auch noch einlegt, um 18 Proz. vermindert. Dazu kommt, daß sich auch in den Vereinigten Staaten die Zahl der Personen, die in Gehalt und Lohn leben, fortwährend vermehrt. So betrug im Jahre 1910 der Prozentsatz der Personen, die Lohn und Gehalt bezogen, in den Vereinigten Staaten 75 Proz. der Gesamtbevölkerung. Diese 75 Proz. der Bevölkerung hatten 46,9 Proz. des Gesamteinkommens; während die restlichen 25 Proz. der Bevölkerung 53,1 Proz. des Gesamteinkommens der Bevölkerung der Vereinigten Staaten bezogen.

Aus aller Welt.

Noble Arbeitgeber.

Trotz gesteigerter Nachfrage nach Arbeitskräften in bestimmten Berufen und trotz gewaltiger Preissteigerung aller Bedarfsartikel finden sich immer noch Arbeitgeber, die für die Ware Arbeitskraft noch nicht einmal den in Friedenszeiten üblichen Lohn zu zahlen geneigt sind. So finden wir z. B. in dem Anzeigenteil des „Praktischen Ratgebers in Obst- und Gartenbau“ das nachstehende Inserat:

Zur Kriegsbereitstellung suche zu baldigem Eintritt tüchtigen
Gemüse- und Obstgärtner
(auch Kriegsinvalide),
erfahren in Frühbeet, Spargelbau im Felde, Treibhaus
vorhanden. Gehalt 20 Mk. monatl. bei freier
Station. Bewerb. m. Zeugn. erb. die
Gutsherrschaft von Schewe,
Ganzow bei Woldegk i. Mecklenburg.

Auch im Gärtnerberuf fehlen jetzt tüchtige Kräfte, trotzdem bietet die Gutsherrschaft in Ganzow einem tüchtigen Gärtner einen monatlichen Lohn von 20 M. Vielleicht rechnet sie gar nicht anders, als daß sie dafür nur einen Kriegsinvaliden bekommt, der keine Militärrente als eine Art Lohnzuschuß zu betrachten hat. Das soll aber noch dem Willen aller, die sich mit der Unterbringung der Kriegsbeschädigten befassen, nicht sein. Gegen eine Lohnverdrängung durch Verwendung Kriegsbeschädigter, wie sie hier vorzuliegen scheint, haben sich alle maßgebenden Kreise ausgesprochen.

Uebrigens scheint der anzuerkennende gute Wille, Kriegsbeschädigte zu normalen Löhnen zu beschäftigen, nur bei einem Teil der Arbeitgeber vorhanden zu sein. Wenigstens läßt der Brief eines Kriegsbeschädigten Gärtners, den die „Allgemeine Deutsche Gärtner-Zeitung“ kürzlich veröffentlichte, darauf schließen. Der Mann schreibt darin u. a.:

„Ich bin seit dem 15. April 1912 in hiesiger Schloßgärtnerei als Obergärtner tätig. Am 9. August 1914 wurde ich zum Kriegsdienst einberufen; im November 1914 durch Kopfschlag verwundet, habe ich in der Folge die Schraft des rechten Auges eingebüßt. Während ich im Lazarett lag, wurde mir von meiner gräflichen Dienstherrschaft wiederholt versichert, daß sie meine Stellung mit erhalten werde. Nachdem ich aber jetzt als dienstuntauglich entlassen worden bin und mich meiner Arbeitgeberin zur Verfügung gestellt habe, wird mir gesagt, ich soll mir andere Arbeitsgelegenheit suchen, man habe inzwischen einen anderen Gärtner für dauernd angestellt. Ich sei ja doch nicht mehr voll arbeitsfähig. — Ich habe mich daraufhin an den Herrn Grafen selbst, der zurzeit im Felde steht, gewendet, aber eine streng abweisende Antwort erhalten. Ich darf noch solange in der Wohnung bleiben, bis ich andere Arbeit gefunden habe, soll mich aber beileben, damit die Wohnung möglichst bald geräumt wird.“

Das in dem Briefe Gesagte steht in krassem Gegensatz zu den Versprechungen, die zum Teil in tönenden Worten den Arbeitern gemacht worden sind. Die Arbeiter wollen aber keine schönen klingenden Worte, sondern Taten sehen, die ihnen allein nur nützen können.

Gauster.

In Daaden (Rheinland) wurden auf Veranlassung der Behörden in mehreren Ortschaften der Bürgermeisterei bei Landeuten Hausinspektionen abgehalten. Dabei wurde festgestellt, daß eine ganze Anzahl von Bauern große Mengen von Mehl, Hafer und Butter verborgen gehalten hatten. Ein Bauer hatte u. a. nicht weniger als fünfzig Sad Hafer und Stroh versteckt; bei anderen wurden derart große Butter- und Fettmengen festgestellt, daß man glauben sollte, sieben Hungerjahre ständen bevor. Gegen die Befitzer der großen Vorräte soll gerichtliche eingeschritten werden.

Bei der kürzlich erfolgten Bestandsaufnahme an Vrotgetreide fand sich an vielen Orten noch „verhüngenes“ Getreide, sogar in den Gemeinden des industriellen Westens. In der kleinen Gemeinde Wiede des Landkreises Dortmund wurden jetzt noch 180 Zentner Weizen und 600 Zentner Roggen mehr festgestellt, als bei der ersten Bestandsaufnahme. Im Amte Wraedel (Landkreis Dortmund) beträgt der jetzt festgestellte höhere Bestand sogar siebentausend Zentner Roggen mehr als im November.

Es scheint, daß die Landwirte fast überall schlechte Jähler und schlechte Schätzer sind.

Schweres Eisenbahnunglück im Rheinland. Sonnabend vormittag gegen 10 Uhr fuhr bei dichtem Nebel ein Güterzug, der anscheinend ein Halbesignal überfahren hatte, auf einen in der Einfahrt in Calcum (Rheinland) begriffenen Lazarettzug. Hierbei wurden nach den bisherigen Feststellungen ein Passagier des Güterzuges getötet, der Lokomotivführer erbschlichen, der Lokomotivheizer und vier Reisende leichter verletzt. Aus den beschädigten Wagen des Lazarettzuges wurden ein Toter und 47 Verwundete herausgeschafft. Wie viele hier von schwer oder leicht verwundet, und wie weit die Verletzungen auf den Zusammenstoß oder auf frühere Verletzungen im Felde zurückzuführen sind, muß noch näher festgestellt werden.

Mordmord. In dem bei Angermünde gelegenen Dorf Guntterberg wurde in der Nacht zum Sonnabend die 64 Jahre alte Gutsherrin Luder von einem früher auf ihrem Hofe be-

schäftigen Knecht, dem 17jährigen aus der Fürstliche entwichenen Willi Palm, durch Weisheide getötet. Der Mörder, der einige hundert Mark erbeutet hatte, wurde auf der Flucht nach Berlin auf dem Bahnhof Veit bei Eberwalde verhaftet. — In Regensburg wurde ebenfalls in der Nacht zum Sonnabend an der 88jährigen Witwe Christine Weis ein Raubmord verübt. Der Mörder erschlug die allein wohnende Frau und gändete das Haus an. Der Täter, ein aus dem Zuchthaus entlassener Arbeiter Joseph Göpfert, wurde festgenommen. — Aus Bamberg wird gedruckt: Freitag vormittag wurde am Ufer des sogenannten Altmains bei Wischberg die 23jährige Bauerntochter Babette Dillig von Gollstadt bei Bamberg mit eingeschlagenem Schädel tot aufgefunden. Die Leiche war außerdem noch durch Messerschnitte furchbar zugerichtet. Auch in diesem Falle wird ein Raubmord vermutet.

Explosionskatastrophe. Die Korrespondenz Hoffmann meldet aus Rosenheim (Bayern): Sonnabendvormittag ereignete sich in einer privaten Pulverfabrik bei Rosenheim eine leichte Explosion. Der Materialschaden ist anscheinend nicht bedeutend; dagegen fielen der Explosion leider einige Menschenleben zum Opfer.

Eine Familientragödie. In einem Reich bei Kiel wurden der seit dem 11. Dezember ver-nichte kriegsunvalide Arbeiter Kühl und seine drei Kinder als Leichen aufgefunden. Kühl, der schwermütig war, hatte von seinen sechs Kindern die drei jüngsten mit in den Tod genommen.

Fünzig Menschen bei einem Deichbruch ertrunken. Reuters Bureau meldet aus San Diego (Kalifornien): Infolge von Ueberschwemmungen fand ein Deichbruch statt. Fünzig Menschen ertranken, hunderte sind obdachlos. Der Materialschaden ist groß.

Eine flüssigste Halskammerhaube, die größere Mengen Jahnmarktscheine anfertigte, ist in Duisburg von der Polizei bei der Arbeit überrascht und verhaftet worden. Die Halskammer hatten in einem Hause eine mit allen zu ihrem „Handwerk“ nötigen Instrumenten versehenen Werkstätte eingerichtet.

Gesellschaft. Der gegenwärtig tagende 64. Kongress der Vereinigten Staaten dürfte in bezug auf die eingebrachten Gesetzentwürfe einen Konterford darstellen. In den ersten zwölf Tagen des Kongresses wurden 6781 Gesetzentwürfe (Bills) und 168 Resolutionen eingebracht. Gegenüber der letzten

63. Kongresssitzung, wo „nur“ 3320 Bills eingebracht worden sind, hat sich also die Zahl der zur Erledigung stehenden Gesetzentwürfe mehr als verdoppelt.

Deutscher Arbeiter-Vanderbund „Die Naturfreunde“. Ortsgruppe Neudöllin) versammelt am Sonntag, den 23. Februar, abends 7 Uhr, in den Bassage-Festsaal, Bergstr. 161/162, einen Volksliederabend. Eintrittskarten a 30 Pf. sind in der Geschäftsstelle, Edmundstr. 10, und bei den Führern, sowie im Vereinslokal, Ideal-Kaffee, Weichselstr. 8, im Gasthause „Lied“, Berliner Str. 14, und im Sparvereinslokal von Blum, Jannstr. 1, Ecke Kaiser-Friedrich-Strasse, zu haben.

Arbeiter-Samariterbund. Kolonne Groß-Berlin. Lehrstunde haben nächste Woche, abends pünktlich 8 1/2 Uhr: III. und VI. Abt. Schönberg, Vorbergr. 11 (Restaurant Quenbel), Freitag, den 4. Februar. IV. und I. Abt. Lichtenberg, Schannewed., Ecke Kronprinzenstrasse (Restaurant Schulz), Montag, den 31. Januar. Vortrag von Dr. Rosel und des Bundesvorsitzenden E. Stein. Nach dem Vortrag praktische Verbandsübungen. — Gäste haben einmaligen freien Zutritt.

Wetterausichten für das mittlere Norddeutschland bis Montag mittag. Im Binnenlande noch ziemlich neblig; sonst trocken und ziemlich heiter; größtenteils gelinder Frost, im der Küste meist bewölkt und etwas Erwärmung; nachher: geringe Niederschläge.

Nur noch kurze Zeit

**INVENTUR
Ausverkauf**

günstige
Gelegenheit
zum Einkauf unserer
enorm billigen
**Rest- & Einzel-
Paare.**

Preisen

Friedrichstraße 129 Moabit, Turmstraße 50
Taubenstraße 20 Mühlbergstraße 3a
Königstraße 34 Oranienstraße 34
Leipziger Straße 65 Neudöllin, Bergstr. 7/8
Oranienstraße 47a Friedenau, Rheinstr. 14

Neue Blusen Neue Röcke

Sonntags
geschlossen.



Königstraße 33
am Bahnhof Alexanderplatz

Chausseestraße 113
Beim Stettiner Bahnhof

Weiße Seiden-Bluse mit reizendem Spitzenkragen, waschbar und daher gern gekauft **7.75**

Farbige Seiden-Bluse beste Qualität in unendlicher Manierausstattung sehr schöner Farben **9.00**

Popeline-Bluse mit dem neuesten Kragen und hübscher Schleife in entzückenden Farben **4.50**

Hoches Seiden-Bluse aus allerbesten Krepp-Seide in satten Farbtönen **15.50**

Moderner Straßenrock mit sehr apartem Gürtel, Verarbeitung, gute Ware **12.50**

Neue Form! Welt glückselig fallend, mit eleganter Tuffengarnierung **15.50**

Eleg. Kostümrock in blau und schwarz, mit reichem Treppenbesatz **24.00**

Mod. Schottenrock mit der beliebtesten Tasche. Gute, reinwollene Ware **9.75**

Die Straßenbahnschaffnerin.

Zur Ermittlung der Lohn- und Dienstverhältnisse der Straßenbahnschaffnerinnen hat der Deutsche Transportarbeiterverband eine Erhebung veranstaltet, deren Ergebnisse im Verbandsorgan veröffentlicht wird. Die Statistik erstreckt sich auf 70 Straßenbahnbetriebe, die im Oktober v. J. weibliches Personal in ihren Diensten hatten. Unter diesen Betrieben befinden sich die namhaftesten und bedeutendsten. Es sind 26 städtische oder kommunale und 44 privatskapitalistische Betriebe, die insgesamt 18 954 weibliche Personen, darunter 2799 Ehefrauen der zum Kriegsdienst eingezogenen Straßenbahnbediensteten beschäftigen. Von den insgesamt beschäftigten weiblichen Personen sind 12 546 Schaffnerinnen, 9 Wagenführerinnen und 1399 sonstige Hilfsarbeiterinnen.

Die Entlohnung der Schaffnerinnen zeigt sehr große Unterschiede, die sich nur zum geringsten Teile aus den örtlichen Verhältnissen ergeben. Im Durchschnitt bewegen sich die Stundenvergütungen zwischen 30 und 35 Pf. Es kommen aber auch Stundenlöhne von 25 Pf. und solche von 47 1/2 Pf. vor. In den meisten Fällen ist die Bezahlung eine ganz ungenügende.

Die tägliche Arbeitszeit ist ebenfalls sehr verschieden. Von durchschnittlich fünf Stunden bis 11 1/2 Stunden oder, wenn man die längste und kürzeste Arbeitszeit in Betracht zieht, von vier Stunden bis zu 15 Stunden, werden die Schaffnerinnen in Anspruch genommen. Die durchschnittliche tägliche Dienstzeit beträgt in zehn Betrieben weniger als acht Stunden, in zwölf Betrieben acht Stunden, in elf Betrieben über acht bis neun Stunden, in 28 Betrieben über neun bis zehn Stunden und in sieben Betrieben mehr als 10 bis 11 1/2 Stunden. Für zwei Betriebe fehlen die Angaben bezüglich der Arbeitszeit.

Bezüglich der freien Tage sind für 65 Betriebe Angaben gemacht worden. Es werden 2, 3, 4, 5 und 6 freie Tage im Monat gewährt, in einem Falle 8 Tage. In den überaus zahlreichsten Fällen werden drei bis vier freie Tage monatlich gewährt. 25 Betriebe bezahlen auch die freien Tage entweder voll oder zum Teil. Die Städtische Straßenbahn in Köln a. Rh. bezahlt zwar keine freien Tage, vergütet aber, wenn die Schaffnerin an einem ihr zustehenden freien Tage zum Dienst herangezogen wird, den Lohn mit 33 Proz. und an Sonntagen mit 50 Proz. Aufschlag.

Einige Straßenbahnen gewähren ihren weiblichen Bediensteten und auch den männlichen eine Teuerungszulage, so daß sich das vorher genannte Dienstverdienst um etwas erhöht.

Die Ausbildungszeit einer Straßenbahnschaffnerin ist von einer sehr unterschiedlichen Dauer, die vielleicht vier Tage oder auch vier Wochen betragen kann. Eine Ausbildung ist sicher nötig, aber die Straßenbahnverwaltungen legen dabei eine sehr unangebrachte Engbergigkeit an den Tag. Bei der Berliner Städtischen Straßenbahn dauert die Ausbildungszeit sieben Tage. Die Auszubildenden erhalten während dieser Zeit pro Tag 1,80 M. Lohn. Wie ungenügend schwer wird es einer Person gemacht, sich diesem Berufe zu widmen; denn wie soll sie mit dem geringen Lohn bei dem anstrengenden Dienst eine Woche leben? In Kassel dauert die Ausbildungszeit sechs Tage. Eine Entschädigung für diese Zeit wird den Auszubildenden im Betrage von zehn Mark erst nach einem Vierteljahr, wenn sie solange im Dienst verbleiben, ausbezahlt. In Dresden und Halle a. S. wird für die sechs Tage dauernde Ausbildungszeit der volle Lohn gezahlt, jedoch erst nach vier Wochen. Wer vor der Zeit den Dienst verläßt, erhält für die sechs Tage nichts. Wer also den schweren Dienst nicht aushalten kann, wird noch besonders dafür durch Vorenthaltung eines vollen Wochenlohnes bestraft. In Hannover zahlt man den Schaffnerinnen während einer vierzehntägigen Ausbildungszeit täglich eine Mark Lohn, und die Bergische Kleinbahn in Elberfeld zahlt für dieselbe Ausbildungszeit gar nur zwölf Mark, und in Posen, wo die Ausbildungszeit 10 bis 14 Tage beträgt, wird für diese Zeit überhaupt kein Lohn gezahlt.

Ob sich Frauen und Mädchen für den Straßenbahnschaffnerdienst im allgemeinen eignen, das dürfte sich wohl erst nach einem längeren Zeitraum mit Sicherheit feststellen lassen. Jedenfalls aber wird überall von den Schaffnerinnen dieselbe Dienstleistung verlangt wie von den Schaffnern. Gerechterweise müßte also ihnen auch dieselbe Entlohnung und müßten ihnen alle sonstigen aus dem Dienstverhältnis sich ergebenden Vorteile zuteil werden. Diese Konsequenz ziehen aber die Straßenbahnverwaltungen in der Regel nicht. Den Grundsatz, für gleiche Arbeit auch gleicher Lohn, haben sich nur ganz wenige zu eigen gemacht. Zu diesen Ausnahmen zählt auch die Städtische Straßenbahn in Mannheim; Dienst und Bezahlung sind dort für die Schaffnerinnen die gleichen wie für ihre männlichen Kollegen. Für Extratouren erhalten die Schaffnerinnen in Leipzig 35 Pf., dagegen die Schaffner 75 Pf. Die Allgemeine Deutsche Kleinbahn zahlt den Schaffnerinnen einen Lohn von 42,25 bis 72,25 M. monatlich. Schaffner dagegen erhalten ein Anfangsgehalt von monatlich 84,50 M. Ähnliche Beispiele könnten mehr angeführt werden. Es mag hier noch genügen, darauf hinzuweisen, daß solche ungleiche Bezahlung für die gleiche Arbeit den ungünstigen Einfluss ausüben muß auf die Gestaltung der Lohnverhältnisse der Straßenbahnbediensteten nach dem Kriege, sofern die Weiterbeschäftigung weiblicher Personen nicht aus anderen Gründen dann wieder erheblich eingeschränkt werden muß.

Aus Groß-Berlin.

Die Ausnutzung der Friedhöfe.

Die Liegefrist.

In weiten Kreisen besteht die Meinung, daß Grabstellen 30 Jahre lang bestehen müssen, ehe die Liegefrist abgelaufen ist; erst dann könne das Grab eingeebnet werden, wenn nicht etwa Angehörige die Stelle neu erwerben und damit die Liegefrist verlängern. Diese Meinung ist eine irrtümliche, wenigstens findet sie keinerlei Stütze in gesetzlichen oder in ministeriellen Bestimmungen. Es besteht nirgends eine feste Bestimmung, wie lange die Liegefrist dauert; es wird immer nur auf die Ortsüblichkeit verwiesen. In Berlin nahm man früher allgemein eine Liegefrist

von 30 Jahren an, in den letzten Jahren hat man sich aber mehr und mehr auf eine Frist von 20 Jahren beschränkt. Diese Praxis, die sich herausgebildet hat, hat ihre Ursache wohl in dem Bestreben, die zu Begräbniszwecken zur Verfügung stehenden Flächen mehr auszunutzen und mehr Gebühren aus dem Boden herauszuwirtschaften. Die Stadt Berlin hat eine Liegefrist von 20 Jahren für die auf ihren Friedhöfen beigelegten Leichen festgesetzt. Diese Frist kann verlängert werden, wenn die Stelle neu erworben wird. Auf dem städtischen Friedhofe in der Seestraße liegen die Verhältnisse ein wenig komplizierter. Dieser Friedhof war früher der Charité-Friedhof und ist von der Stadt erworben worden. Für die Leichen, die früher von der Charité hier beerdigt wurden, besteht aber die 30jährige Liegefrist; diese Frist kann von der Stadt nicht ohne weiteres befristet werden, es sei denn, es sind Angehörige nicht vorhanden.

Die Verweilungsfrist der Leichen ist erheblich unter 20 Jahren. Im Sandboden in Friedrichsfelde ist nach etwa 12 bis höchstens 15 Jahren die vollständige Verwesung der Leichen eingetreten, während im Lehmboden, wie er auf dem neuen städtischen Friedhofe in Buch-Carow vorhanden ist, die Verwesung sehr viel langsamer vor sich gehen dürfte als im Sand- oder Kiesboden.

In neuerer Zeit mehren sich die Bestrebungen, Friedhofsgelände immer teurer zu verwerten. Die Stadt Berlin steht dabei nicht etwa zurück. Sie hat in Friedrichsfelde besondere Anlagen — den sogenannten Kinderberg — geschaffen, um außerordentlich hohe Grabstellengebühren zu fordern. Je nach Größe und Lage kosten die einzelnen Grabstellen mehrere hundert Mark. Das noch freie Gelände auf dem städtischen Friedhofe in der Seestraße wird nur noch unter der Bezeichnung „Wahlstelle“ im Gegensatz zu dem „Reihengrab“ verkauft und es wird somit die doppelte Gebühr wie früher erhoben. Es wird hier die reinste Terrainspekulation getrieben.

Die Kirchengemeinden verfahren nicht minder nach dem Grundsatz, das Friedhofsgelände stark auszunutzen. Dafür liefert folgende von einer Korrespondenz verbreitete Mitteilung einen Beitrag:

Die Thomas-Gemeinde beabsichtigte u. a. aus sogenannten Reihengräbern „Wahlstellen“ zu machen, deren Wiedererwerb dann mehr als das Doppelte, 47,25 M. statt 21 M. kostet. In diesem Falle hatte das Kgl. Konsistorium dem Gemeindefiskusrat empfohlen, den Beteiligten „entgegenzukommen“. Als diese Anregung nicht fruchtete, wurde angeklagt der zweifelhafte Rechtslage auf den Prozeßweg verwiesen. Jetzt wird ein noch krasserer Fall bekannt. Die Jerusalems- und Neue Kirchengemeinde will nämlich auf dem an der Wllicher- und Jostener Straße gelegenen Teile des Friedhofes Erbgräbnisse anlegen lassen, von denen jedes etwa 150 M. einbringt. Infolgedessen hat die Kirchhofverwaltung allen Gemeindegliedern, die hier Angehörige haben beerdigen lassen, mitgeteilt, daß „die weitere Erhaltung der Grabstätten nicht mehr möglich sei“ und die Plätze „geebnet“ werden sollen. Wer also vor zwanzig und mehr Jahren hier unter der Voraussetzung, daß später der übliche Wiedererwerb des Grabes möglich ist, einen Angehörigen hat zur letzten Ruhe bestatten lassen, kann das zwei Jahrzehnte lang treu gepflegte Grab nicht mehr erhalten, er muß zusehen, wie es „eingeebnet“, d. h. zerstört wird.

Es ist überhaupt eigentümlich, daß den Kirchengemeinden nach jeder Richtung hin irgendwelche Schranken gezogen sind und daß das Publikum sich ruhig alles gefallen lassen muß. Man sollte meinen, daß in den Gemeindefiskusräten weniger die finanzielle Ausnutzung der Friedhöfe im Vordergrund der Interessen stehen sollte als der Umstand, daß Friedhöfe Ruhestätten der Toten sein sollen.

Zweckverbandfragen.

Der Vorsitzende des Verbandes Groß-Berlin Oberbürgermeister Vermuth hat die Mitglieder des Verbandsausschusses zu einer Sitzung am Montag, den 14. Februar, nach dem Berliner Rathaus eingeladen. Zur Beratung gelangen Haushaltsfragen, eine Baupolizeiverordnung und Verkehrsangelegenheiten, u. a. der Antrag der A. E. S.-Schnellbahn A. S. auf Zustimmung zur teilweisen Einstellung der Bauarbeiten. Ferner wird sich der Verbandsausschuß mit einigen Bebauungsplänen beschäftigen, so mit dem Vorschlag für die Abgrenzung des Dauerwaldes in Niederhörsenweide-Adlershof und mit der Zurückziehung der bereits in der Verbandsversammlung gemachten Vorlage über die Festsetzung von Grundstücklinien für den Breitenbachplatz im Gutsbezirk Berlin-Dahlem.

Schließlich stehen noch einige Freilandensachen auf der Tagesordnung, u. a. Behandlung des Geländes der ehemaligen Kaiser-Wilhelm-Akademie an der Friedrichstraße zur Schaffung einer Freilände und die Stellungnahme zu der Frage, ob das Freibad Wannsee in diesem Jahre in Angriff genommen werden soll.

Die Gültigkeit der Margarinearten.

Wie der Magistrat zu Berlin festgestellt hat, muß sich noch eine erhebliche Anzahl von Margarinearten in den Händen des Publikums befinden. Da diese Karten nach dem Ausdruck mit dem 31. Januar ihre Gültigkeit verlieren würden, so hat der Magistrat beschlossen, die Gültigkeit der Margarinearten welche den Ausdruck „gültig bis zum 31. Januar 1916“ tragen, bis zum 6. Februar einschließlich zu verlängern. Mit dem 7. Februar wird Margarine auf diese Karten nicht mehr abgegeben werden.

Von der Tätigkeit der Preisprüfungsstelle.

In der Sitzung des Hochausschusses für Hallenmärkte, Reis, Getreide, Graupen, Kolonialwaren, Konerven der Preisprüfungsstelle vom 28. d. M. wurde es in Anbetracht der augenblicklichen Teuerungsverhältnisse als empfindlicher Mangel bezeichnet, daß im Gegensatz zu Süddeutschland hier in der Regel die Preise von Gegenständen des täglichen Lebensbedarfes bei Abgabe kleiner Mengen auf volle 5 bzw. 10 Pfennige nach oben abgerundet werden. Die Preisprüfungsstelle wird ihre Wirksamkeit auf die weitere Einführung der Feinnrechnung in Groß-Berlin, wie sie bereits in den Warenhäusern und sonst bei einigen Waren üblich ist, richten. Sie muß von dem Kleinhandel ein genaues Kalkulieren verlangen.

Von neuem wurde in der Sitzung darüber geklagt, daß häufig die Preise für Liebesgaben- und Festopferartikel in keiner Weise dem Wert der Waren entsprechen. Oft ist der hohe Preis nur auf die teure Ausstattung zurückzuführen. Die Preisprüfungsstelle fühlt die Verpflichtung, das Publikum auf diese Mißverhältnisse aufmerksam zu machen.

Es wurde ferner festgestellt, daß viele Händler die Vorschriften der preussischen Ausführungsbestimmungen zu der Bekanntmachung des Herrn Reichsanwalters über die Preise von Warmeläden vom 14. Dezember 1915 nicht berücksichtigen, welche bereits am 15. Januar in Kraft

getreten sind. Nach dieser Verordnung müssen die Verpackungen in leicht erkennbarer Weise einen Vermerk tragen, aus dem sich ergibt, welche Sorte (I-V der Bekanntmachung des Herrn Reichsanwalters) den Inhalt der Verpackung bildet. Ferner muß das Gewicht angegeben sein, und zwar entsprechend den Festsetzungen des Herrn Reichsanwalters, bei Verpackung in Kästern oder sonstigen Behältern über 15 Kilogramm das Nettogewicht, bei anderen Verpackungen das Rohgewicht.

Bereitung von Weizen- und Roggenbrot.

Der Magistrat erläßt folgende Bekanntmachung:

Gemäß Ermächtigung des Ministers für Handel und Gewerbe vom 15. März 1915 wird in Verlängerung der bereits geltenden Erlaubnis gestattet:

1. daß bei der Bereitung von Weizenbrot Weizenmehl in einer Mischung verwendet wird, die weniger als 30 Gewichtsanteile Roggenmehl unter 100 Teilen des Gesamtgewichtes enthält,
 2. daß bei der Bereitung von Roggenbrot das Roggenmehl bis zu 30 Proz. durch Weizenmehl ersetzt wird.
- Diese Erlaubnis gilt bis zum 31. März 1916.

Das Feuerlöschwesen in Weihensee.

Uns wird aus Weihensee geschrieben: Die beiden letzten großen Brände in Weihensee haben in der Bevölkerung Beunruhigung hervorgerufen, weil die freiwillige Feuerwehr nicht auf der Höhe war. Der fortwährende Wechsel durch Einberufung zum Heeresdienst läßt für die Heranbildung neuer Mannschaften wenig Zeit. Nun hat die Gemeinde mit der Berliner Wehr einen Vertrag, wonach diese beim Anruf sofort hilfsbereit ist. Die Leitung der freiwilligen Wehr glaubt anscheinend stark genug zu sein, selbst die Vorkarbeiten zu verrichten. Und so kommt es, daß oft zu spät die bewährte Berliner Hilfe in Anspruch genommen wird, sehr zum Schaden der Betroffenen und zur Beunruhigung der ganzen Umgebung.

In der Nacht vom Montag zum Dienstag brannte in der Langhansstraße eine Tischlerei vollständig aus. Die Heulsignale trat zweimal in Tätigkeit, die Mannschaften zu rufen. Die Flammen schlugen haushoch und gefährdeten eine in der Nähe liegende Mähderei, in der allein 10 000 Zentner Schweinefleisch lagerten. Ein unglücklicher Zufall und die ganze Umgebung hätte in Flammen gestanden. Die Berliner Wehr wurde in diesem Falle nicht gerufen.

Am Dienstagabend brannten die Magnesiawerke vollständig aus. Bevor die Feuerwehr zur Stelle war, hatten Mannschaften der hiesigen Einquartierung hilfreiche Dienste geleistet. Weiter stellte sich heraus, daß die Wassermengen nicht mit dem genügenden Druck die Feuergräben vernichten konnten. Wenn in diesem Falle wohl die Berliner Wehr mit der Dampfspritze eingriff, so doch jedenfalls zu spät. Nach Meinung der Beteiligten hätten auch hier viel Werte gesichert werden können. Der Ehrgeiz so mancher freiwilligen Feuerwehr, jedes Feuer als Rational-eigentum zu betrachten, hat schon manchen Schaden gebracht, und es ist nicht zu verstehen, daß die Gemeindefiskusräten mit berühmten Juristen Verträge betreffs Hilfeleistung abschließen und dann die unteren Organe selbständig diese Abmachungen nicht beachten.

Der „Lokal-Anzeiger“ und die städtischen Arbeiter.

Vom Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter, Filiale Groß-Berlin, wird uns geschrieben:

Der „Lokal-Anzeiger“ bringt in seiner Morgenausgabe vom Freitag, den 28. Januar, 1. Heft, unter der Spitzmarke: „Die Teuerungszulagen der städtischen Arbeiter“ über unsere Mißliebige Versammlung vom Donnerstag, den 27. Januar, einen „Bericht“, der sich lediglich durch seine Hygigkeit, nicht aber durch Richtigkeit auszeichnet. Es heißt z. B. in diesem Bericht, daß sich die Versammlung mit den vom Magistrat gewährten Teuerungszulagen einverstanden erklärt habe. Das Gegenteil ist richtig! Die Versammlung erklärte vielmehr, daß sie in den vom Magistrat gewährten Teuerungszulagen wohl eine annehmbare Abschlagszahlung erblickt, die aber bei weitem nicht ausreichend ist, um auch nur einen annähernden Ausgleich zwischen dem ungeheuerlich gestiegenen Lebensmittelpreisen und den nur mäßig gestiegenen Arbeitslöhnen herbeizuführen. Mit dem Hinweis auf die „Tätigkeit“ der Kartoffelinteressenten, auf die weitere Steigerung der Kartoffel-, Gemüse- und Zuckerpreise usw. wurde noch besonders zum Ausdruck gebracht, daß mit diesen Preissteigerungen die Steigerung der Löhne Schritt halten müsse. Ja, die Dinge stehen zurzeit so, daß eigentlich jede Teuerungszulage bei ihrem Inkrafttreten durch die Preissteigerungen bereits wieder illusorisch gemacht und überholt worden ist.

Es wurden außerdem Klagen laut darüber, daß selbst die bereits bewilligten Zulagen nicht in der sicherlich auch vom Magistrat gewünschten prompten Weise zur Auszahlung gelangen.

Diese Klagen kamen in der Versammlung zum Ausdruck und fanden dort ein vielfaches Echo. Doch aber dem „Lokal-Anzeiger“ selber auch derartige Klagen zugegangen sind, war uns bisher unbekannt. Wir wundern uns, oder vielmehr wir wundern uns nicht, daß der „Lokal-Anzeiger“ diesen Klagen bisher keinen Ausdruck verleiht hat.

Für die „Lokal-Anzeiger“-Leser unter den städtischen Arbeitern sollte das eine kaum mißzuverstehende Mahnung sein, sich in Zukunft an eine Zeitung zu halten, deren Aufgabe es zu jeder Zeit war, in erster Linie die Arbeiterinteressen wahrzunehmen, und das ist und bleibt der „Vorwärts“. Die Ortsverwaltung.

Arbeiterbildungsschule.

Heute Sonntag, den 30. Januar, abends 7 1/2 Uhr, findet der vierte und letzte Lichtbildvortrag des naturwissenschaftlichen Vortragszyklus über die Veränderungen der Erdoberfläche und ihre Ursachen statt. Genossin Käthe Dunder wird darin die Wirkungen von Eis und Wind behandeln.

Der Vortrag findet im Hörsaal der Schule, Lindenstr. 3, IV. Hof rechts 3 Treppen, statt. Das Eintrittsgeld beträgt 10 Pfennig.

Die nächsten vier Sonntage werden einen vier Abende umfassenden Vortragszyklus aus dem Gebiete der darstellenden Kunst bringen. Herr Dr. Bernoulli, Assistent der königlichen Museen, wird über das Gesamthema: „Kunst im täglichen Leben in Vergangener und Gegenwart“ sprechen und seine Ausführungen durch eigene Lichtbilder erläutern.

Lehrgänge der königlichen Gärtnerlehranstalt für Kriegsbeschädigte.

Lehrgänge über Gartenbau für Kriegsbeschädigte hat die königliche Gärtnerlehranstalt in Berlin-Dahlem eingerichtet.

Sie finden im Jahre 1916 als Sonderlehrgänge statt. Der erste Lehrgang für Kriegsbeschädigte bildet einen allgemeinen Gartenbaukursus und findet vom 20. bis 25. März statt. Ein zweiter Lehrgang vom 24. bis 29. Juli bildet die Fortsetzung des ersten Kurses. Ein dritter Lehrgang für Kriegsbeschädigte umfasst den Obstbaumschnitt und Pflege und findet vom 16. bis 21. Oktober statt. Für die Lehrgänge für Kriegsbeschädigte wird keine Vergütung beansprucht. Es wird aber als erforderlich bezeichnet, daß die Bewerber Lust und Liebe zur Natur, praktische Veranlagung für den Gartenbau und entsprechende Vorbildung besitzen. Die Lehrpläne der einzelnen Lehrgänge werden auf Wunsch 4 Wochen vor Beginn jeden Lehrganges zugesandt. Meldungen sind möglichst frühzeitig an den Direktor der königlichen Gärtnerlehranstalt zu richten. Durch Vorträge, praktische Vorführungen und Übungen wird den Teilnehmern Gelegenheit gegeben werden, ihr Wissen und Können zu mehren. Den Kriegsbeschädigten soll durch Wort und Bild der Wert einer Heimstätte nahegebracht werden.

Vom städtischen Rettungswesen.

Beifalls Gewährleistung erster ärztlicher Hilfe an die Bürgerchaft bei Unfällen und plötzlichen Erkrankungen sind von der Stadt Berlin über das Reichbild verteilt dreißig Rettungsstellen eingerichtet, die Tag und Nacht geöffnet sind und ständigen ärztlichen Dienst haben. Die Hilfe wird nötigenfalls auch außerhalb der Rettungsstelle gewährt. An dem unteren Ringe jeder Anschlagssäule ist vermerkt, wo die nächste Rettungsstelle sich befindet. Auch mehr als hundert Transparentlaternen weisen auf die Rettungsstellen hin. Ferner hat die Stadt Blechschilder mit Hinweis auf jede Rettungsstelle anfertigen lassen, die sich zum Anbringen in den Hausfluren eignen und an jeden Hauseigentümer usw. wochentags zwischen 8 und 3 Uhr im Zimmer 114 des Rathauses kostenlos abgegeben werden. Es empfiehlt sich im Interesse der Bürgerchaft, daß in jedem Hause ein solches Schild angebracht wird. — Die Rettungstellen stellen auch ihren Fernsprecher zur Bestellung von Krankenwagen zur Verfügung.

Die „Gefinde-Belohnungs- und Unterstützungsanstalt“.

Die von der Stadt Berlin verwaltete Sonderanstalt für das „Gefinde“, die früher „Gefinde-Belohnungs- und Unterstützungsfonds“ hieß, erhielt im Jahre 1912 für ihre längst veraltete Satzung endlich eine neue. Sie verzichtete auf die bisher den Dienstmädchen beim Eintritt des ersten Dienstes und bei jedem Wechsel der Dienststelle abgeforderten Zwangsbeiträge, wandelte sich hiermit in eine regelrechte Wohltätigkeitsanstalt um, milderte die Bedingungen für die Gewährung ihrer Hilfe und nannte sich fortan „Belohnungs- und Unterstützungsanstalt für das Gefinde“. Für das von ihr unterhaltene Altersheim, das frühere „Gefindehospital“, das schon seit einer Reihe von Jahren nicht mehr voll besetzt war, wurde von der durch die neue Satzung herbeigeführten Aufnahmemeiherleichterung eine Beförderung der Inwohner erwartet. Die Hilfe der Stiftung, sei es Aufnahme im Heim, sei es Unterstützung nur mit Geld, kann denjenigen durch Alter, Krankheit oder Unfall dienstunfähig gewordenen Dienstmädchen gewährt werden, die entweder im ganzen fünfzehn Jahre oder ununterbrochen die letzten fünf Jahre in Berlin Stellung gehabt haben. Gegenüber den Bedingungen der älteren Satzung ist die erforderliche Mindestzahl der in Berlin geleisteten Dienstjahre ermäßigt worden; auch hat die Stiftung in ihrer neuen Satzung den früheren Erbanpruch auf die Hinterlassenschaft der Sterbenden Anstaltsinsassen preisgegeben. Unter dem Einfluß dieser Erleichterungen ist, wie gehofft wurde, die Anstaltsbesetzung allmählich besser geworden, aber von einer vollen Besetzung kann auch jetzt noch lange keine Rede sein. Bis zum 31. März 1912 war die Besetzung, bei überhaupt 110 Plätzen, die in der Anstalt vorhanden sind, nach und nach auf nur 74 gesunken. Nachdem dann am 1. April 1912 die neue Satzung in Kraft getreten war, stieg bis zum 31. März der Jahre 1913, 1914, 1915 die Zahl der Heiminsassinen auf 77, 87, 90, es fehlten mithin nach drei Jahren immer noch 20 an der vollen Besetzung. Daß alle 110 Plätze besetzt waren, hat man in der Anstalt schon seit zwanzig Jahren nicht mehr erlebt. Neben der in den letzten drei Jahren zustande gekommenen Zunahme der Anstaltsbesetzung sehen wir leider keine gleichzeitige Mehrung derjenigen Pflanzlinge der Stiftung, die als erwerbsunfähig gewordene Dienstmädchen eigene Wohnung haben, aber aus der Stiftung mit barem Geld unterstützt werden. Seit 31. März 1905, wo 209 Personen so unterstützt wurden, ist die Zahl der Unterstützten unauhaltbar gesunken, so daß am 31. März 1915 nur noch 89 Personen eine Unterstützung erhielten. Alljährlich scheidet viele Unterstützte aus, aber nur wenige kamen neu hinzu. Die Minderzahl ist nicht etwa darauf zurückzuführen, daß die einzelnen Unterstützungsbeiträge erhöht worden wären. In demselben Maße, wie die Unterstützten, hat auch der Gesamtbetrag der Unterstützungen sich gemindert, von 18 231 M. in 1904/05 auf nur noch 8 278 M. in 1914/15. Die Einkünfte der Stiftung haben durch den Wegfall der den Dienstmädchen abgenommenen Zwangsbeiträge, die schon seit vielen Jahren immer weniger gebracht hatten, keine Schwächung erlitten. Seit 1912 stehen der Stiftung zum Erlay dieser Beiträge die Zinsen eines Kapitals zu, das ihr von der Stadt auf zunächst 20 Jahre überlassen wurde. Die Haupteinnahme war in 1911/12 aus Dienstmädchenbeiträgen noch 16 740 M. und aus dem älteren Kapital 21 255 M. Zinsen, dagegen in 1914/15 aus dem jetzigen Kapital 42 058 M. Zinsen. Die Kosten des Altersheims — 31 208 M. im letzten Jahr — bilden die Hauptaussgabe.

Die Neuköllner Gemeinde-Gewerbesteuer und die Meierei Volke. Neukölln hat eine besondere Gemeinde-Gewerbesteuer gemäß den Bestimmungen des kommunal-Abgabengesetzes. Danach werden auch gewerbliche Unternehmungen, die auswärts ihren Sitz haben, zur Steuer herangezogen, wenn sie in Neukölln eine Niederlassung haben oder wenn Neukölln für sie Betriebsort ist. Auf Grund der Steuerordnung war die bekannte Meierei Volke vom Neuköllner Magistrat für das Jahr 1913 zur Gemeinde-Gewerbesteuer herangezogen worden.

Sie klagte auf Freistellung und machte geltend, daß Neukölln nicht als Betriebsort für sie angesehen werden könne. Da die Firma 1913 auch keine Niederlage in Neukölln hatte, könne sie nicht zur Gemeinde-Gewerbesteuer in Neukölln herangezogen werden.

Der Magistrat betonte demgegenüber seine Auffassung, daß die Meierei Volke einen Betriebsort in Neukölln habe, weil dort ihre Wagen hinführen und auf den Straßen aufgestellt nähen, damit der Käufer am Wagen die Ware verkaufe, während der Begleiter andern Kunden Ware ins Haus trage.

Der Bezirksausschuß gab der Klage der Firma Volke statt und stellte sie frei.

Das Oberverwaltungsgericht als Revisionsinstanz, belieh es bei der Freistellung mit folgender Begründung: So, wie sich der Betrieb der Firma in den Straßen gestalte, gebe es über den Rahmen des Wandergewerbes nicht hinaus. Durch das Aufstellen der Wagen während des Ablasses der Ware entstehe kein Verfüßungsrecht über die Straße. Ein Betriebsort der Firma liege demnach in Neukölln nicht vor. Daraus ergebe sich die Freistellung.

Totgequetscht.

Im Dienste tödlich verunglückt ist Freitagabend der 29-Jährige alte Rangierer Ernst Riey aus der Möckernstraße, der auf dem Anhalter Güterbahnhof beschäftigt war. Hier geriet er beim Verloppeln zweier Wagen zwischen die Puffer und wurde so schwer gequetscht, daß er nach kurzer Zeit starb.

Unter dem Verdacht des vierfachen Mordes und der Brandstiftung steht ein Mann der kürzlich von den hiesigen Behörden bei einer Streife aufgegriffen wurde und als ein Schmied Balckowski betrachtet wird. Er soll die Person sein, die am 31. Oktober in Hochstäblau bei Preuß Stargard die Mutter, die Frau und zwei Kinder des Mühlensbesizers Schredowski ermordet hat. Der Festgenommene bestreitet, der Gesuchte zu sein; Klarheit besteht über die Persönlichkeit noch nicht.

Hygienische Vorträge.

Die Zentralkommission der Krankenkassen Berlins und der Vororte veranstaltet auch in diesem Jahre wiederum hygienische Vorträge, die nachstehend aufgeführt sind. Der Zutritt zu diesen Vorträgen ist unentgeltlich.

Am Montag, den 31. Januar 1916, spricht im Bürgeraal des Berliner Rathauses Herr Professor Dr. Kofin über das Thema: „Häufigere Ursachen der Herzkrankheiten und Möglichkeiten ihrer Verhütung.“

Am Donnerstag, den 3. Februar 1916, spricht in der 46. Gemeindefschule, Laufferstr. 8, Herr Dr. W. Flehner über das Thema: „Nervenkrankheiten.“

Am Freitag, den 4. Februar 1916, spricht in der 228./279. Gemeindefschule, Pasteurstr. 5, Herr Sanitätsrat Dr. Schönfeldt über das Thema: „Gesundheitspflege von Raie und Ohr.“

In Berlin-Steigly, in der Gemeindefschule Plantagenstr. 8/9, spricht am Mittwoch, den 2. Februar 1916, Herr Sanitätsrat Dr. Foh über das Thema: „Innere Krankheiten.“

Sämtliche Vorträge beginnen pünktlich abends 8 Uhr.

Jugendweihe.

Die diesjährige Jugendweihe findet am Sonntag, den 26. März, und 2. April 1916 statt. Es kommen hierfür alle schulentlassenen Kinder in Betracht, die an keiner kirchlichen oder sonstigen Einsegnungsfeier teilnehmen. Anmeldungen zur Jugendweihe müssen bis Ende Februar erfolgen und zwar an folgenden Stellen:

- Richard Rebbod, N 20, Turneyherstr. 7,
- Kurt Schönfelder, N 58, Kopenhagener Str. 42,
- Willi Franke, O 34, Eberthstr. 29,
- Emil Voeste, SW 69, Lindenstr. 2.

Alle Arbeiterkinder werden gebeten, die Anmeldung rechtzeitig zu veranlassen!

Eine Ausstellung für Kaninchenzucht ist vom Landesverband deutscher Kaninchenzüchter in Neukölln in den Passage-Beständen, Vergl. 151, gestern eröffnet worden. Die Ausstellung ist noch heute von morgens 9 Uhr bis abends 10 Uhr zugänglich.

Eine volkswirtschaftliche Ausstellung für Obst- und Gemüsebau findet in der Zeit vom 1. bis 6. Februar d. J. im Festaal des Rathauses zu Charlottenburg, Berliner Str. 72, auf Veranlassung des Vereins zur Förderung des Obst- und Gemüseverbrauchs in Deutschland unter Mitwirkung des Charlottenburger Frauenvereins statt. Die Ausstellung ist an allen Tagen von 10 Uhr morgens bis 7 Uhr abends geöffnet. Der Eintrittspreis beträgt 30 Pf., am letzten Tage, Sonntag den 6. Februar, 20 Pf.

Arbeiter-Samariterbund Kolonne Groß-Berlin. Die Jahresgeneralversammlung der Kolonne fand am 26. Januar statt. Aus dem Tätigkeitsbericht des Vorstandes entnehmen wir folgende Hauptpunkte: Lehrstunden wurden abgehalten: 1. Abt. 9, 2. Abt. 27, 3. Abt. 12, 4. Abt. 8, 5. Abt. 16, 6. Abt. 5. Mitglieder waren vorhanden: 23 männliche, 47 weibliche. Kursteilnehmer: 33 männliche, 18 weibliche. Eingegeben zum Militär und zur Krankenpflege 133 Mann. 908 Zeitungen wurden an diese verhandelt. Bei 37 Dienstleistungen wurden 40 männliche und 33 weibliche Mitglieder verwendet. Die Übung am 16. Mai war von 45 männlichen, 26 weiblichen Teilnehmern und 2 Ärzten besucht. Die Kreisübung am 22. August fand nur unter geringer Beteiligung der Kreiskolonnen statt. Es waren vertreten von Berlin 50, Lindenwalde 5, Wilhelmstr. 14, Tempelhof 1, Friedrichshagen 5 Mitglieder und Teilnehmer. Mitgliederversammlungen fanden 9, Vorstandssitzungen 13 und ein ärztlicher Vortrag statt. Zur Befreiung der Kinder von Kriegsteilnehmern waren 292 20 M. eingegangen. 98 Kinder erhielten je 3 M. Der Kassenericht hat eine Einnahme von 2826,35, eine Ausgabe von 2254,61 M. Eine allgemeine Zusammenstellung des Wertes des gesamten Inventars ergab die Summe von 7538 M. Dazu gehören die vier Zelte mit Ausrüstungen, das Inventar der sechs Abteilungen, sowie die Ausrüstung der Mitglieder. Neues Material ist im Werte von 156 M. vorhanden.

Die Vorstandswahl ergab folgendes: Vorsitzender: G. Dietrich, Kassierer: Vogt, Schriftführer: H. Vertbold; Abteilungsleiter wurden Plauda, Dietrich, Selau, Hellmuth, Müller und Stein; weitere wurden noch die Funktionäre, wie Vertragskassier, Kontrolleure und Bibliothekare, von der Generalversammlung bestätigt.

Am 21. April (Karfreitag) findet eine Übung auf Turnplatz „Fichte“ in Treptow statt. Am 16. März die Prüfung der Kursteilnehmer durch Herrn Dr. Moses.

Aus den Gemeinden.

Das Stadtbad Neukölln im Jahre 1914.

Nach der am 10. Mai 1914 erfolgten feierlichen Weihe des Stadtbades konnte der größte Teil desselben, die Schwimmhallen, Bannen- und Brausebäder am 22. Mai der Benutzung übergeben werden. Am 5. Juni folgten dann auch die Abteilungen für römisch-irische und Heißbäder nach. Bis zum 30. Juni 1914 wurden 53 847 und bis zum 31. Juli (in 10 Wochen) 131 588 oder wochentlich im Durchschnitt 13 150 Bäder abgegeben. — Außerordentlich nachteilig und störend wirkte der Beginn des Krieges auch auf den jungen Betrieb des Stadtbades ein. Während nämlich im Monat August in der Regel die Besuchszahl des Juli sonst noch fast erreicht wird, fiel die Besuchszahl von 77 741 im Juli auf 38 536 im August zurück, und nur nach und nach fanden sich die Bewohner Neuköllns zur Verwendung ihres Stadtbades wieder ein.

Das Stadtbad war im Rechnungsjahr 1914 am 307 Tagen geöffnet und wurde von 340 916 Personen besucht, so daß der tägliche Besuch im Durchschnitt 1110 Personen beträgt. Die höchste Verkehrsziffer wurde am 18. Juli mit 4591 Personen erreicht, während der 27. Dezember 1914 mit 270 Personen die niedrigste Besucherzahl aufwies. In den großen Ferien wurden an bedürftige Schulkinder im ganzen 17 034 Brausebäder unentgeltlich und außerdem an 800 Schüler und Schülerinnen Schwimmbadarten zu bedeutend ermäßigten Preisen verabfolgt. 75 Schulkinder und 75 Schulkinder erhielten außerdem noch Schwimmunterricht. Die Kosten für diese Schwimm- und Schwimmunterrichtsarten im Betrage von 2000 Mark wurden von der Schulverwaltung erstattet. An Militärpersonen in Uniform wurden vom August bis zum 31. März 10 586 Schwimm-, Bannen- oder Brausebäder unentgeltlich ver-

abfolgt. Den hiesigen Schwimm- und Sportvereinigungen wurde an 170 Abenden die Männer- bzw. Frauenhalle gegen eine Pauschalsumme für den Abend zur alleinigen Benutzung zur Verfügung gestellt. — An der Verkehrsziffer von 340 916 Personen ist das männliche Geschlecht mit 238 143 (69,83 Proz.), das weibliche Geschlecht mit 102 773 (30,15 Proz.) Personen beteiligt. — Die Gesamteinnahme betrug 89 128,98 M., die reine Einnahme aus dem Badebetrieb (ohne Mieten) 81 908,05 M. oder für ein Bad im Durchschnitt 24,0 Pfennig.

Von der Gesamteinnahme entfallen auf die 197 215 Schwimmbäder 47 826,80 M. oder auf 1 Bad 24 Pf. (einschl. 1235 Sonnenbäder), 51 473 Bannenbäder 17 530,55 M. oder auf 1 Bad 34 Pf., 86 761 Brausebäder 6892,10 M. oder auf 1 Bad 8 Pf., 5467 Heißbäder 10 159,20 M. oder auf 1 Bad 186 Pf.

Die reinen Betriebsausgaben betrugen 90 293,74 M. oder für ein Bad im Durchschnitt 26,5 Pf., so daß der reine Betriebsverlust für ein Bad 2,5 Pf. beträgt. — Bei Berücksichtigung der Verzinsung und Amortisation des Anlagenskapitals von 1894 516,77 M. steigen die Ausgaben um 113 199,11 M. auf 203 492,85 M. oder für ein Bad im Durchschnitt um 33,2 Pf. auf 59,7 Pf. — Der erforderliche städtische Zuschuß für ein Bad beträgt daher unter Berücksichtigung der Gesamteinnahmen von 89 128,98 M. (ein Bad 26,1 Pf.) 33,6 Pf.

Städtischer Eierverkauf in Lichtenberg.

Die Stadt beginnt in den nächsten Tagen mit dem Verkauf von frischen Eiern, die zum Preise von 15 Pf. pro Stück auf den Wochenmärkten abgegeben werden. Der Verkauf findet statt: Montag und Donnerstag, vormittags von 9 Uhr ab, auf dem Wochenmarkt an der Frankfurter Allee. Dienstag, vormittags von 9 Uhr ab, und Sonnabend, nachmittags von 3 Uhr ab, auf dem Wochenmarkt an der Sophienstraße. Mittwoch, vormittags von 9 Uhr ab, und Sonnabend, nachmittags von 3 Uhr ab, auf den Wochenmärkten am Viktoriapark und am Trapeplatz.

Mehr als 10 Eier auf einmal werden an eine Person nicht abgegeben.

Aus der Köpnicer Stadtverordnetenversammlung.

In der ersten Sitzung dieses Jahres wurde der bisherige Vorstand, darunter der im Felde stehende Genosse Galle, wiedergewählt. Die Vorlage des Magistrats über die unentgeltliche ärztliche Behandlung von unermittelten Kriegerfamilien durch von der Stadt dazu beauftragte Ärzte wurde angenommen. Die hiesige Körnerschule ist durch Ministerialerlaß als Volksschule anerkannt worden. Bei der Wahl zum Kuratorium dieser Schule wird Genosse Herbst gewählt. Zu der auf der Tagesordnung stehenden Gewährung von Feuerungszulagen an Gemeindeglieder und Beamte lag ein Kommissionsantrag vor, der eine Erhöhung der jetzigen Zulagen um 50 Proz. für Verheiratete und Ausdehnung des Kreises der Bezugsberechtigten bis zum Gehalt von 3000 Mark verlangte. Von den Genossen Blum und Boie wurden die in der Kommissionsberatung abgelehnten Anträge nochmals aufgenommen und begründet, jedoch von der bürgerlichen Mehrheit abgelehnt. Die vom 1. Januar 1916 ab zu zahlende monatliche Feuerungszulage beträgt also für Ledige bis zu einem Einkommen von 2000 M. 8 M., für Verheiratete bis zu zwei Kindern 15 M. und für Verheiratete mit mehr als zwei Kindern 18 M. Wo die Zulage inkl. des Gehaltes 3000 Mark übersteigen würde, wird der übersteigende Betrag nicht ausbezahlt.

Gerichtszeitung.

Lösung im Strafregister.

Durch den Erlaß des Kaisers vom 27. Januar ist, wie wir bereits mitteilten, angeordnet, daß im Strafregister und in den polizeilichen Listen alle Vermerke über die bis zum 27. Januar 1906 einschließlich von preussischen Zivilgerichten oder von Militärgerichten des preussischen Kontingents erkannten sowie über die bis zu dem bezeichneten Tage durch Verfügung preussischer Polizeibehörden festgesetzten Strafen gelöscht werden, wenn 1. der Bestrafte keine anderen Strafen erlitten hat als Gefängnis bis zu einem Jahr einschließlich der Festungshaft bis zu einem Jahr einschließlich oder Arrest oder Haft oder Geldstrafe oder Verweis allein oder in Verbindung miteinander oder mit Nebenstrafen, 2. gegen den Bestraften nach dem 27. Januar 1906 bis zum 27. Januar 1916 nicht wieder auf Strafe wegen eines Vergehens oder Verbrechens gerichtlich erkannt ist. Diese Lösungen im Strafregister beziehen sich nicht nur auf Kriegsteilnehmer, sondern auf alle in einem preussischen Strafregister verzeichneten Personen. Der Justizminister hat zur Ausführung des Erlasses angeordnet, daß diese Lösungen von Amts wegen ohne Antrag der Beteiligten zu erfolgen haben. Von der Löschung wird der Beurteilte nicht in Kenntnis gesetzt, ihm ist aber auf Anfrage Auskunft zu erteilen.

6000 Mark Schadenersatz wegen Nichtlieferung von Kartoffeln.

Der Verein für Kinderwaisenhäuser in Berlin bestellte bei einer Firma 15 000 Zentner Kartoffeln für 3,20 M. pro Zentner, lieferbar im Januar, Februar und Mai 1915. Die Firma lieferte nur 1000 Zentner und lehnte Weiterlieferungen ab, nachdem der Verein ihr freit bis zum 26. Februar gab unter der Androhung, daß sie den Schlussschein bei Nichtlieferung für aufgehoben erklären werde. Der Verein klagte darauf auf Schadenersatz in Höhe von 6000 Mark. — Das Reichsgericht wies am Freitag die von der Firma gegen ihre Verurteilung eingelegte Revision zurück.

Übermäßige Preissteigerung.

Das Landgericht Leipzig verurteilte drei Viehhändler wegen übermäßiger Preissteigerung (Wundestrafverordnung vom 23. Juli 1915), und zwar einen Angeklagten zu 1000, die beiden anderen zu je 1500 Mark Geldstrafe. Obwohl der Normalgewinn beim Verkauf von Rindvieh im Frieden 20 M. pro Stück beträgt, hatten die Angeklagten 44 Stück Rindvieh mit einem Reingewinn von 39 bis 102 M. verkauft.

Russische Arbeiter.

Ein russischer Arbeiter, der im Dorfe Schönfeld wohnt, war vom Landgericht Nordhausen von dem Vergehen freigesprochen, das Verbot des stellvertretenden kommandierenden Generals des 4. Armeekorps übertreten zu haben. Nach diesem Verbot dürfen russische Arbeiter ihren Wohnsitz ohne Genehmigung der Ortspolizeibehörde nicht verlassen. Der Angeklagte hatte sich zum Nachbarort zur Arbeit begeben. Seine Freisprechung wurde damit begründet, der Angeklagte habe glaubhaft versichert, daß er von dem Verbot keine Kenntnis gehabt habe. Das sei um so mehr anzunehmen, als nur 6 russische Arbeiter in dem Dorfe wohnten. — Das Reichsgericht bestätigte am Freitag dieses Urteil. Die Staatsanwaltschaft, die Revision eingelegt hatte, behauptete mit Unrecht, das Landgericht habe die Frage der Passirfähigkeit nicht hinreichend geprüft.

Ernennung.

Der Vorsitzende der 6. Strafkammer des Landgerichts I, Landgerichtsdirektor Geh. Justizrat Dr. Goebel, ist, wie wir hören, zum Ersten Staatsanwalt am Landgericht III ernannt worden. Geh. Rat Dr. Goebel war seinerzeit Staats-

entw. in 33n; er ist Verfasser eines Kommentars zum Strafgesetzbuch.

Abrechnung der Höchstpreise.

Die Leipziger Strafkammer verurteilte einen Fleischermeister, der den auf 42 1/2 Pf. für das Viertelpfund festgesetzten Höchstpreis auf 45 Pf. abgerundet hatte, zu 50 Mark Geldstrafe.

Verlustlisten.

Die Verlustliste Nr. 441 der preussischen Armee enthält Verluste folgender Truppen:

Infanterie usw.: Garde: 1. Garde-Reg. 3. P.; 7. Garde-Inf.-Reg.; Garde-Gren.-Regimenter Alexander und Augusta. Gren.-bzw. Inf.- bzw. Pfl.-Regimenter Nr. 2, 4, 5 (f. Inf.-Reg. Nr. 344), 10, 11, 13, 14, 16, 17, 41, 43, 45, 47, 49, 50, 51, 53, 54, 56, 57, 59, 60, 61, 67, 69, 73, 77, 78, 79, 82 bis einschl. 85, 87, 90, 92 bis einschl. 96, 111 bis einschl. 117, 128, 129, 130, 135, 136, 137, 140, 148, 153, 154, 155, 158 (f. Ref.-Inf.-Reg. Nr. 88), 159, 160, 161, 162, 164, 166, 168 bis einschl. 171, 174 (f. auch Ref.-Inf.-Reg. Nr. 88), 175, 176, 184, 185, 333, 336, 342, 344, 372 (f. Inf.-Reg. Nr. 873), 373. Ref.-Inf.-Regimenter Nr. 13, 22, 46, 53, 59, 61, 65, 67, 68, 72, 76, 77, 79, 80 (f. auch Ref.-Inf.-Reg. Nr. 88), 81 bis einschl. 84, 86, 87, 88, 90, 92, 93, 94, 111, 116, 118, 130, 206, 208 bis einschl. 211, 213, 215, 230. Ref.-Erf.-Inf.-Reg. Nr. 2. Landw.-Inf.-Regimenter Nr. 1, 2, 11, 12, 20, 21, 22, 48, 51, 52, 60, 61, 65, 68, 71, 72, 75, 78, 82, 83, 85 (f. Ref.-Inf.-Reg. Nr. 79), 87, 116. Landw.-Erf.-Inf.-Regimenter Nr. 1 und 2. Landw.-Brig.-Erf.-Bat. Nr. 13 (f. Landw.-Erf.-Inf.-Reg. Nr. 2), 26, 27 (beide f. Landw.-Erf.-Inf.-Reg. Nr. 1). Jäger-Bataillone Nr. 2, 4, 5, 7, 11; Ref.-Bataillone Nr. 3 und 24. Feld-Maschinengew.-Zug Nr. 23 (f. Ref.-Inf.-Reg. Nr. 81).

Kavallerie: Husaren Nr. 10; Ref.-Manen Nr. 1; Jäger zu Pferde Nr. 6.

Feldartillerie: Regimenter Nr. 52, 56, 58, 63, 80, 82, 93, 287; Ref.-Regimenter Nr. 65 und 89. Feldart.-Abt. Nr. 185; Landw.-Abt. des 1. Armeekorps.

Fußartillerie: 1. Garde-Reg. Regimenter Nr. 5 und 7; Ref.-Regimenter Nr. 1 und 7; Landw.-Bat. Nr. 6. Fußart.-Batterien Nr. 199, 215, 246, 334, 346, 425.

Pioniere: Reg. Nr. 19; 1. Bat. Nr. 16. Scheinwerferzug Nr. 252, Scheinwerferzug des 7. Armeekorps; Leichter Ref.-Scheinwerferzug Nr. 39. 7. Garde-Minenwerfer-Komp. Minenwerfer-Kompagnien Nr. 13, 117, 216, 217, 305, 312; Mittlere Minen-

werfer-Abt. Nr. 117; Schwere Minenwerfer-Abteilungen Nr. 6 und 57.

Der Schluss der jächischen Verlustliste Nr. 248, deren Inhalt gestern mitgeteilt wurde wird veröffentlicht.

Die württembergische Verlustliste Nr. 337 bringt Verluste des Stabes des Generallandwehr-Reg. Nr. 52; Gren.-Reg. Nr. 119; Inf.-Regimenter Nr. 120, 124, 127; Ref.-Inf.-Regimenter Nr. 120, 121; Pfl.-Reg. Nr. 122; Landw.-Inf.-Regimenter Nr. 122, 124, 126; Feld-Maschinengew.-Züge 222/223; Landw.-Feldart.-Reg. Nr. 2; Erf.-Feldart.-Reg. Nr. 65; 4. Landw.-Batteriefilone Nr. 7; Art.-Munitionskolonnen Nr. 4; Artillerie-Bat. Nr. 59; Verluste durch Krankheiten; Verdrückungen früherer Verlustlisten.

Die württembergische Verlustliste Nr. 338 meldet Verluste der Inf.-Regimenter Nr. 121, 125; Ref.-Inf.-Reg. Nr. 246; Verdrückungen früherer Verlustlisten.

Parteiveranstaltungen.

Sichtbildervorträge im sechsten Wahlkreise.

Heute Sonntag, den 30. Januar, abends 7 1/2 Uhr, findet ein Sichtbildervortrag mit nachfolgender gefanglicher Unterhaltung in der Brauerei Pagenhofer, Turmstraße 26/28, statt. Zum Vortrag gelangt: „Von der mittelalterlichen Kleinstadt zur modernen Großstadt“. Villetts sind nur für Mitglieder noch bei Paersch, Didenburger Straße 10, zu haben.

Des weiteren findet heute Sonntag, abends 7 1/2 Uhr, ein Sichtbildervortrag mit nachfolgender Unterhaltung in den Pfarrensälen, Mühlstr. 142, statt. Der Vortrag lautet: „Indien, ein Stützpunkt der englischen Weltpolitik“. Villetts kosten 20 Pf. und sind für die Mitglieder noch bei Clawe, Liebenwalder Str. 4, zu haben.

Jugendveranstaltungen.

Zempelhof - Mariendorf. Heute Sonntag veranstaltet die Arbeiterjugend einen Ballabend im Jugendheim, Zempelhof, Kaiser-Wilhelm-Straße 76, parterre. Beginn 1/2 Uhr! Eintritt frei! Reichhaltiges Programm! Die Arbeiterkinder werden ermahnt, ihre aus der Schule entlassenen Söhne und Töchter auf diese Veranstaltung aufmerksam zu machen.

Mittwoch, 2. Februar: Vortrag; Mittwoch, 9. Februar: Fragekastenabend im Jugendheim.

Briefkasten der Redaktion.

M. A. 50. Es kann Nachmusterung erfolgen. — M. S. R. 26. Die Unterlegung wird bis zum 15. Jahre gestiftet. Sie können aber bei der Steuerzahlung von Unterlegung erlassen. — M. S. Von der Landesversicherungsanstalt wird nicht ein Zuschlag zur Rente gezahlt, sondern eine besondere Witwen- und Waisenrente. Waisenrente erhält die Frau allerdings nur, wenn sie selbst dem Sinne des Gesetzes im Invalid ist. Sie soll sich aber einen Anwartschaftsbescheid ausstellen lassen, um bei Eintritt ihrer Invalidität Anspruch auf Waisenrente geltend machen zu können. Für die Kinder wird sofort eine Waisenrente gezahlt. Der Antrag ist beim Versicherungsamt zu stellen. — M. S. 1. Ein Antrag auf Unterlegung ist in dem Falle aussichtslos, da der Ehemann für Ihren Unterhalt zu sorgen hat und tatsächlich ja auch Verdienst hat. — C. W. 99. 1. Ja. 2. Nein. Das Urteil ist schon schon durch Antrag als vollstreckbar erklärt. — Kris 101. 1. Auskunft würde Ihnen auf eine Nachfrage der Truppenteil nicht erteilt. 2. Die über 40 Jahre alten, nur garnisonfähigen Landsturmmleute sollen nach und nach aus dem Militärverhältnis entlassen werden. 3. Die Werdung Ihrer Arbeitsstelle könnte Ihnen Schwierigkeiten verursachen. — C. 100. 1. Wenn plötzlich ein dringender Anlass dazu eintritt, ist der Hauswirt nicht zur vorherigen Werbung verpflichtet. 2. Sie dürfen die Stiege selbst nicht entfernen. Wenn der Mann fallen sollte, haftet die Frau als Erbin für die Schuld, es sei denn, sie schlägt innerhalb sechs Wochen nach Kenntnis vom Tode des Mannes die Erbschaft aus. — M. W. S. Na. — 3. Pionier, Spandau. Sie haben Anspruch auf Verpflegungsgeld, wenn es sich nicht um eine häufig wiederkehrende Beurteilung handelt, wie etwa Sonntagsurlaub, was in Ihrem Falle bei der Nähe der Garnison vom Wohnort wohl der Fall sein wird. — R. 302. Wenn die Ehe nicht rechtlich gelöst ist, sind Sie verpflichtet, bei Krankheit der Ehefrau die Kosten zu zahlen. — M. G. 12. Der Verkäufer kann nicht gezwungen werden, Ihnen das angekaufte Geld herauszugeben oder Ihnen einen anderen Gegenstand dafür zu liefern. Der Kauf ist ordnungsgemäß zustande gekommen; er kann daher die Abnahme des Stoffes verlangen. — M. S. 78. Zur Beantwortung Ihrer Anfrage wäre es dienlich, wenn Sie angeben, welche Art von Faltungen Sie im Auge haben. — M. 29. 1. Und unbekannt. 2. Auskunftsbureau des Kriegsministeriums, Dorotheenstr. 48. — M. R. 100. Bei Alterspensionsansprüchen kann auch das unter 2000 M. jährlich betragende Einkommen geachtet werden. — M. S. 32. Nebenfalls ist in Ihrem Falle die nach dem Gesetz vorgeschriebene Bedürftigkeit nicht als vorliegend erachtet worden, weil Sie hauptsächlich Arbeit und Verdienst haben. — M. S. 89. Krampfadern, landwirtschaftlich, — M. S. 18. Da Sie erst im Januar 1914 aus der Landesliste ausgetreten sind, müssen Sie für 1914 und 1915 Kirchensteuern zahlen. — M. D. 100. Fordern Sie den Wert durch eingeschriebenen Brief auf Ersatz zu liefern und die Reparatur innerhalb der angegebenen Frist vorzunehmen und drohen Sie ihm an, falls das nicht geschieht, es auf seine Kosten machen zu lassen. — C. 2. 100. 1. Der alle Vertrag hat keine Gültigkeit mehr. Sie können also, wenn Sie zu gefälligem Gehalt nicht weiter in Stellung bleiben wollen, Anspruch auf Kündigung erheben. 2. Nein. 3. Ja. — M. 100. Nein. — M. 26. P. 1. Ja. 2. Nein. — M. R. 100. Sie sind dazu verpflichtet. Wenn Sie sich dessen weigern, können Sie durch einen Beschluss des Vormundschaftsgerichts dazu gezwungen werden.

Möbel-Engros-Lager Albert Gleiser Alexanderplatz G.M.B.H. Berlin C. 33 Alexanderstrasse 42

Bürgerliche Wohnungs-Einrichtungen in jeder Holz- und Stilleit, nur spezialisierte Ausführung zu konkurrenzfähigen Preisen. Best. Feuer- und Diebstahlversicherung. 2 Jahre Garantie Schlafzimmer: M. 183, 119, 270, 326, 428, 532, 640, 614, 997, 1088 bis 3500 Beste Feuer- und Diebstahlversicherung. Speisezimmer: M. 298, 333, 428, 505, 622, 781 bis 4000 Wohnzimmer: M. 242, 369, 429, 543, 738, 850 bis 2500 Herrenzimmer: M. 209, 328, 487, 550, 627, 752 bis 3000 Neuzittl. Küchen: M. 51, 58, 75, 93, 125, 169, 249, 450 Ständig. Lag. von ca. 500 Einrichtungen. Enorme Auswahl bis zu Anzeilenkosten. Illustriert. Katalog m. Referenzenliste gratis. Frankfurterweg durch ganz Deutschland direkt ab Fabrikgebäude. — Einzeilmöbel ohne Preisermäßigung!

GARBÁTY CIGARETTEN DEUTSCHES FABRIKAT TRUSTFREI

Steppdecken Spezialhaus Emil Lefevre Berlin Oranienstr. 158 einfarbig und bunt 4.35-6.75 Similiseide, alle Farb. 4.85-18.75 Normal-Schlafdecken 1.35 2.00 3.75 viele 1000 Schlafdecken von der Heereslieferung erübrigt sehr billig!

Kranzspenden sowie sämtliche Blumenarrangements liefert schnell und billig Paul Gross, Lindenstr. 69, Tel. 30pl. 7903.

Westmann's Trauermagazin Größte Auswahl. Billigste Preise. I. Mohrenstraße 37a Kolonnaden II. Or. Frankfurter Str. 115 (nahe Anhalterstr.) Auswahlanfragen sofort. Am Zentrum 7890. Sonntag 12-2 Uhr geöffnet.

Schneller Verdienst! Auftragsannahme für meine als erstklassig berühmten Gemüse, Blumen und Rübenamen (siehe auf allen Blättern in Arbeiterkolonien, großen Fabriksbetrieben und auf dem Lande. Provision kann acht Tage nach Eingang der Aufträge zugesandt werden. Bestellzettel und Kataloge stehen in jeder Zahl zur Verfügung. Theophil Ziegler, Erfurt 52.

In Erfüllung seiner Pflicht erfüllt den Geldentwurf am 10. Januar 1916 mein innigstgeliebter Mann, der treu- und liebevollster Vater meines Kindes, unser lieber Bruder, Schwager und Onkel, der Pionier Albert Kaufmann im kaum vollendeten 26. Lebensjahre. 1944. Im Namen der Hinterbliebenen Betti Kaufmann nebst Söhnchen Heinz.

Sozialdemokratischer Wahlverein Kreis Niederharnim. Bezirk Pankow. Am Freitag, den 29. Januar, verstarb nach langem, schwerem Leiden unser Genosse, der Lagerhalter Richard Danziger im 58. Lebensjahre. 243/6 Ehre seinem Andenken! Die Beerdigung findet am Montag, nachmittags 2 1/2 Uhr, von der Halle des 3. Pantower Friedhofes (Schönholzer Heide) aus statt. Um rege Beteiligung ersucht Die Bezirksleitung.

Am Freitag, den 28. Januar, morgens 5 1/2 Uhr, verschied nach langem Leiden mein innigstgeliebter Mann, unser herzlichster Vater, Richard Danziger. Dies zeigt in tiefstem Schmerz an 1876 Frau Louise Danziger geb. Wegener nebst Kindern. Die Beerdigung findet am Montag, den 31. Januar, nachmittags 2 1/2 Uhr, auf dem 3. Gemeindefriedhof Pantow-Schönholz (Schönholzer Heide) statt.

Am 28. Januar 1916, vormittags 11 Uhr, starb nach langem, schwerem Leiden unser lieber Kollege, der Schriftsetzerinvalide Ernst Hickethier geb. 21. August 1859 zu Berlin. Sein stets kollegialer Sinn schenkt ihm ein treues Gedächtnis bei den Kollegen der Norddeutschen Buchdruckerei, Berlin. Die Beerdigung findet am Montag, den 31. Januar, nachmittags 4 1/2 Uhr, auf dem 3. Gemeindefriedhof Schönholz, Spitzstraße, statt. Nachbestattung: Linie 70, 73 usw. bis Zempelhof, Friedrich-Wilhelm-Straße. 1885

TYPOGRAPHIA. Den Mitgliedern die betrübende Nachricht, daß unser langjähriges Mitglied, Kollege Ernst Hickethier am Freitag nach langem Leiden verschieden ist. Ehre seinem Andenken! Die Mitglieder werden gebeten, unserm lieben Kameraden das letzte Geleit zu geben. Beerdigung siehe vorstehend. 57/8 Der Vorstand.

Freunden und Bekannten die traurige Nachricht, daß am 26. Januar mein lieber Mann, unser guter Vater und Großvater Wilhelm Brinkmann im Alter von 60 Jahren verschieden ist. Um stille Teilnahme bitten Die trauernden Hinterbliebenen. Witwe Brinkmann und Kinder. Die Beerdigung findet am Montag, den 31. Januar, nachmittags 3 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Friedhofes der Dreifaltigkeits-Gemeinde aus statt.

Sozialdemokratischer Wahlverein i. d. 6. Berl. Reichstagswahlkreise. 10. Abl. Bez. 621. Am Donnerstag, den 27. Januar, verstarb unser Genosse, der Kollege Kasimir Kasprzyk Volkstr. 40. Ehre seinem Andenken! Die Beerdigung findet am Montag, den 31. Januar, nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des Sebastian-Kirchhofes in Reinickendorf aus statt. Um rege Beteiligung ersucht Der Vorstand. 221/11

Die Beerdigung des Genossen Wilhelm Brinkmann findet nicht wie beabsichtigt auf dem Friedhofe in der Seelstraße, sondern morgen Montag nachmittags 3 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Dreifaltigkeits-Friedhofes in der Doppelallee, aus statt. Verband d. Gemeinde- u. Staatsarb. Filiale Groß-Berlin. Den Mitgliedern geben wir hiermit Nachricht vom Tode des Kollegen Karl Stresse Pensionär. Ehre seinem Andenken! Beerdigung am Sonntag, den 30. Januar, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des neuen St. Johannes-Friedhofes in Wilmersdorf. Um rege Beteiligung bei der Beerdigung des Kollegen ersucht 32/6 Die Ortsverwaltung.

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme bei der Beerdigung meines lieben Mannes sage ich allen Freunden und Bekannten, insbesondere den Kollegen der städtischen Gasanstalt meinen herzlichsten Dank. Frau Elise Plötz, Soppstr. 5. 117/3

Verband der freien Gast- und Schankwirte Deutschlands. Zahlstelle Berlin. Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege Kasimir Kasprzyk Volkstr. 40, Bezirk 2 am 27. Januar verstorben ist. Ehre seinem Andenken! Die Beerdigung findet am Montag, den 31. Januar, nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des Sebastian-Kirchhofes in Reinickendorf, Gumboldtstraße, aus statt. Um rege Beteiligung ersucht Die Ortsverwaltung. 73/4

Deutscher Metallarbeiter-Verband Verwaltungsstelle Berlin. Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Kollege, der Bismarck-Bauarbeiter Bruno Kaiser am 26. Januar verstorben ist. Ehre seinem Andenken! Die Beerdigung findet am Sonntag, den 30. Januar, nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des Friedrichsriedhofes in Wilmersdorf aus statt. Um rege Beteiligung ersucht 11/7 Die Ortsverwaltung.

Gewidmet zum Sterbetage am 31. Januar 1915. Als Opfer des Weltkrieges fiel am 31. Januar 1915 unser lieber Schwager, der Landsturmmann August Schubert im Alter von 37 Jahren. Familie Petruschke. Familie Rentschel. Nun ist bereits ein Jahr verfloßen. Daß Du begraben liegt in Feindesland. Schon manche Träne haben wir um Dich vergossen. Weil enge Freundschaft uns verbindet. Ach könntest Du wieder bei uns weilen. Wenn einst der Friede wieder kehrt ins Land. Wir wollten Freudenbringer weilen und noch enger trübten unser Freundschaftsband.

Den Geliebten fürs Vaterland starb am 28. Januar 1916 unser lieber Sohn, Witze Alfred Meyer im 19. Lebensjahre. In schmerzlicher Erinnerung Friedrich Meyer u. Frau. Ruhe sanft in Feindesland. In der Blüte des Lebens, In der Fülle der Kraft, In des Friedens Augen Dich dahingerafft. 1855

Inventur-Verkauf Fabrik und Lager fertiger Pelzwaren jeder Art, von den einfachsten bis zu den elegantesten. Tausende Sachen auf Lager. Auch Einzelverkauf zu billigen Preisen. Garantiert streng reelle Ware. Sonntags geöffnet. Ferdinand Kalman Kürschnermeister nur Kommandantenstr. 15, I. Et. Kein Lad. Gegenüb. Beuthstr. Tel.: Zentrum 3917. Gegr. 1894

Reuters Werte 3 Bände 4 Mark Buchhandlung Vorwärts

Orts-Krankenkasse der Schlosser u. verwandte Gewerbe zu Berlin. Bekanntmachung. Auf Beschluss des Ausschusses vom 29. November 1915 werden mit Genehmigung des Versicherungsamts der Stadt Berlin, vom 31. Januar 1916 ab, die Kassengebühren von 4 1/2 auf 4 vom Hundert des Grundlohnes herabgesetzt. Sie betragen dann wöchentlich: für die Stufe A . . . 0.18 M. B 0.27 C 0.37 D 0.57 E 0.84 F 1.11 G 1.41 H 1.68



Dem Andenken unserer auf dem Kriegsschauplatz gefallenen Genossen!

Am 25. Februar fiel auf dem Schlachtfeld unser Mitglied, der
Schiffsteher

Otto Kilian
Bezirk 77.

205/5 Sozialdemokr. Wahlverein f. d. 2. Berl. Reichstagswahlkr.

Gefallen am 8. Januar 1916 der Schlosser

Artur Bernstein
Bezirk 296. 8. Abteilung.

209/3 Sozialdemokr. Wahlverein f. d. 3. Berliner Reichstagswahlkr.

Am 17. Dezember 1915 fiel im Alter von 38 Jahren der Bäcker

Martin Jäkel
Balladenstr. 44 (Bezirk 280 I).

Am 8. September 1915 fiel im Alter von 28 Jahren der
Werkzeugmacher

Artur Graumann
Warschauer Straße 56 (Bezirk 328).

Am 12. Januar starb im Alter von 39 Jahren der Steinarbeiter

Ewald Jahnke
Pettentofenstr. 17 (Bezirk 368).

211/12 Sozialdemokr. Wahlverein f. d. 4. Berl. Reichstagswahlkreis.

Am 25. Dezember fiel der 81jährige Metzger

Johannes Pawlitzki
Christianstr. 101 (19. Abt., Bez. 892).

Am 7. November fiel durch Brustschuß der im 37. Lebensjahre
stehende Rohrleger

Robert Drucks
Christinenstr. 38 (1. Abt., Bez. 484).

Am 30. Dezember fiel im Kampfe der Bäcker

Karl Hauck
37 Jahre alt, Kopenhagener Straße 46 (7. Abt., Bez. 588).

224/12 Sozialdemokr. Wahlverein f. d. 6. Berliner Reichstagswahlkr.

Am 15. Januar fiel infolge Kopfschusses der Genosse

G. Baumann
Tempelhofer, Stolbergstr. 8 a.

194/7 Sozialdemokr. Wahlverein Tempelhof.

Auf dem Schlachtfeld fielen unsere Mitglieder

Ernst Gille
Arbeiter

Reinhold Peisker
Maurer

194/5 Sozialdemokr. Wahlverein Zehlendorf u. Umg.

Am 17. Januar 1916 starb auf dem Kriegsschauplatz unser lang-
jähriger treuer Genosse

Albert Runge.

243/5 Sozialdemokr. Wahlv. Niederbarnim. Bez. Reinickendorf-Ost.

Am 14. Januar d. J. fiel als Opfer des Weltkrieges unser Genosse

Friedrich Manz jun.

248/4 Sozialdemokr. Kreiswahlv. Niederbarnim. Bez. Stralau.

Deutscher Transportarbeiter - Verband.

Bezirk Groß-Berlin.

Folgende Kollegen sind im Felde gefallen:

- Hermann Binder, Arbeitskutscher.**
- Hermann Göris, Stallmann**
- Oskar Haberlandt, Geschäftsdienner.**
- Wilhelm Hamme, Straßenbahner.**
- August Hoffmann, Industriearbeiter.**
- Franz Kuhring, Geschäftsdienner.**
- Walter Lahnt, Geschäftsdienner.**
- Paul Liedtke, Gerüstbauer.**
- Friedrich Mees, Geschäftskutscher.**
- Erich Passoke, Industriearbeiter.**
- Karl Sabarus, Geschäftsdienner.**
- Hermann Tengler, Droschkenschaffner.**
- Paul Wilke, Bader.**

Ehre ihrem Andenken!

61/12 Die Bezirksleitung.



Arbeiter-Radfahrer-Bund „Solidarität“ Mitgliedschaft Berlin.

Dem Andenken unserer als Opfer des Weltkrieges ge-
fallenen Bundesgenossen:

Am 12. Dezember 1915 fiel bei einem Sturmangriff

Wilhelm Rex, 2. Abteilung.

Am 17. Dezember 1915 verstarb im Lazarett

Georg Horsch, 4. Abteilung.

Am 22. Dezember 1915 im Lazarett zu Hofen verstorben

Willi Gänrich, 5. Abteilung.

Ehre ihrem Andenken!

9/2 Die Ortsverwaltung.

Deutscher Holzarbeiter-Verband

Zahlstelle Berlin.

Im Felde gefallen sind folgende Mitglieder:

- Paul Altmann, Tischler, 35 Jahre alt**
- Wilhelm Campowski, Tischler, 39 Jahre alt**
- Fritz Klamandt, Möbelpoller, 41 Jahre alt**
- Max Prenzlau, Tischler, 38 Jahre alt**
- Max Sietz, Rahmenmacher, 20 Jahre alt**
- Joseph Stroinski, Tischler, 41 Jahre alt.**

Ehre ihrem Andenken!

82/6 Die Ortsverwaltung.

Verband der Lithographen, Steindrucker und verwandten Berufe (Deutscher Senesker-Bund) Chemigraphen.

Dies erschüttert bringen wir hierdurch unseren Mitgliedern die
Nachricht, daß der Kollege, Kamerade

Georg Baumann

am 15. Januar durch Kopfschuß gefallen ist.

Wir verlieren in ihm einen unserer tüchtigsten Kollegen. Er hat
es verstanden, auf allen Posten, die er im Verbandsbestande, sich
stets Achtung zu verschaffen und die Interessen der Mitglieder zu
wahren. Als Vorsitzender unserer Filiale von 1908-1911, als Delegierter
1906 und 1910 auf unseren Generalversammlungen, als Tarif-
amtsmitglied 1908-1910 arbeitete er mit Eifer für die händliche Aus-
bauung unserer Organisation und der Tarifgemeinschaft.

Ein ehrendes Andenken bleibt ihm für dauernd gesichert!

Die Verwaltung Berlin IV.



Verband der Sattler und Portefeuller.

Ortsverwaltung Berlin.

Als Opfer des Weltkrieges fielen
die Kollegen

Ernst Axt
24 Jahre alt.

Karl Lahne
21 Jahre alt.

Helmut Hempel
27 Jahre alt.

Ehre ihrem Andenken!

Die Ortsverwaltung.

Am 17. Januar 1916 starb
nach langem Krankenlager unser
lieber Kollege

Karl Schlesak
im blühenden Alter von 29 Jahren.

Dies zeigt tiefbeträbt an

Frau Lina Schlesak geb. Junger-
berg nebst Töchtern Geborgen
und Verwandten.

Du schiedst so schwer von
Deinem Lieben und darfst zu
früh. Wer dich geliebt, vermisst
dich nie. 131/11

Deine untröstliche Gattin.

Sozialdemokratischer Wahlverein I. d. 4. Berl. Reichstagswahlkreis.

Stralauer Viertel. Bezirk 324.

Den Mitgliedern zur Nachricht,
daß unser Genosse, der Gattin

Johannes Jacoby
Ridersdorfer Straße 63
gestorben ist.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet am
Dienstag, den 1. Februar, nach-
mittags 3 Uhr, von der Leichen-
halle des Zentral-Friedhofes in
Friedrichshagen aus statt.

Um rege Beteiligung ersucht

211/11 Der Vorstand.

Allgemeine Orts-Krankenkasse der Stadt Berlin.

Am 27. Januar verstarb nach
langer Krankheit unser lieber
Kollege

Fritz Mayerhoff
im 60. Lebensjahre.

Wir werden sein Andenken
in Ehren halten!

Die Beerdigung findet am
Montag, den 31. Januar, nach-
mittags 3 Uhr, von der Halle des
Zentral-Friedhofes in Friedrichs-
hagen aus statt.

Um zahlreiche Beteiligung der
Kollegen ersucht

266/12 Der Personalausschuß.

Ferner verstarb am 28. Januar
nach langem Krankenlager unser
lieber Kollege

Richard Danziger
im 59. Lebensjahre.

Wir werden sein Andenken
in Ehren halten!

Die Beerdigung findet Mon-
tag, den 31. Januar, nach-
mittags 3 Uhr, auf dem Gemeindefriedhof
in Schönholz statt.

Um zahlreiche Beteiligung der
Kollegen ersucht

Der Personalausschuß.

Fern von seinen Lieben starb
am 17. Januar 1916 an den
Folgen eines Voltstreffers, welcher
für ihn trat, als er einem verwun-
deten Kameraden Hilfe leistete,
mein guter, herzlichgeliebter
Bräutigam, unser lieber, guter
Sohn, Bruder und Schwager, der
Kameradensoldat

Franz Kuhring
im 24. Lebensjahre.

Er folgte seinem lieben Bruder

Reinhold
welcher am 16. Februar 1915 im
21. Lebensjahre durch Kopfschuß
sein junges Leben lassen mußte.

Charlotte Munzel als Frau,
Wwe August Kuhring als Mutter,
Emil und Gertrud Puschke
als Schwäger und Schwester,
Ernst und Martha Balzer
als Schwager und Schwester,
Oskar und Frida Klop
als Schwager und Schwester,
Gustav und Toni Kuhring
als Bruder und Schwägerin,
Tante Schirmer,
Familie Munzel als Schwägereltern,
Max und Anni Munzel
als Schwager und Schwägerin.

Wenn ein großes Leid geschehen,
Dem wird ewig elend sein.
Blumen kann man wieder haben;
Herzen, die uns recht verstehen,
Wenn uns die verloren gehen,
Den Verlust bringt nichts mehr ein.

Dies schreibt Du Deiner Seele
zur Erinnerung; es wird ihr
ewig unversehrt bleiben!

Im ewigen Leben lehnen nicht zurück,
Vernichtet hat sie ein Augenblick.

Nach 14 1/2 monatigen schweren
Etraxagen und Entbehrungen fiel
am 12. Oktober 1915 durch
Granatsplitter am Kopf kurz vor
seiner Beförderung zum Unter-
offizier unser lieber Sohn, Bruder,
Schwager, Onkel und Neffe, der
Gelehrte

Georg Barlösius
Feld-Artillerie-Regt. 112, 1. Batt.

Ritter des Eisernen Kreuzes,
im 28. Lebensjahre.

Dies zeigt tiefbeträbt an
**Georg Barlösius nebst
Frau, Emma geb. Kube,
Geschwister und An-
verwandte,**
Ernst Kube als Stiefbruder,
Berlin, 131/11
Wilhelm-Stolze-Straße 29.

Lieber Sohn und Bruder schlaf
in Ruhe!

Unsere Liebe best. dich zu.

Am Mittwoch, den 26. Januar,
mittags 1 Uhr, verstarb nach
kurzem, schwerem Leiden mein
lieber, teurer Gatte, der Dreher

Rudolf Otto
im 26. Lebensjahre. 117/4

Dies zeigt tiefbeträbt an

Franz Klara Otto,
Reinickendorfer Str. 110.

Verband der Bureauangestellten Deutschlands.

Ortsgruppe Groß-Berlin

Am 27. Januar verstarb nach
langer Krankheit unser Mitglied,
Krankenfassenangestellter

Fritz Mayerhoff
im 60. Lebensjahre.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet Montag,
den 31. Januar, nachmittags 3 Uhr,
von der Halle des Zentral-Fried-
hofes, Friedrichshagen, aus statt.
Um zahlreiche Beteiligung der
Kollegen wird ersucht.

Ferner verstarb am 28. Januar
nach langer Krankheit unser aller
Mitglied, der Krankenfassen-
angestellte

Richard Danziger
im 59. Lebensjahre.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet Montag,
den 31. Januar, nachm. 2 1/2 Uhr,
auf dem Gemeindefriedhof in
Schönholz statt.

Um zahlreiche Beteiligung der
Kollegen ersucht

46/2 Die Ortsverwaltung.

Allen Freunden und Bekannten
die traurige Nachricht, daß mein
lieber Mann, der Gattin

Kasimier Kasprzyk
im Alter von 39 Jahren nach
kurzem Leiden am 27. Januar
1916 sanft entschlafen ist. 103/11

Die trauernde Witwe

Luise Kasprzyk, Vollenstraße 40.

Die Beerdigung findet morgen
Montag, den 31. Januar, nach-
mittags 3 Uhr, von der Leichen-
halle des St. Sebastian-Kirchhofes
in Reinickendorf, Humboldtstraße,
aus statt.

Ein Opfer des Weltkrieges
wurde am 17. Dezember 1915
unser einziger heißgeliebter Sohn
und Bruder, der Metzger

Walter Böker
im 22. Jahre seines hoffnungs-
vollen Lebens. Er fand den See-
manns Tod.

In tiefem Schmerz

**Karl Böker nebst Frau und
Tochter Irma
und allen Verwandten.**

Ein grausames Schicksal hat es
gewollt, daß Deinem jungen,
lebensfrohen Mut durch dieses
Vollbringen ein Ziel gesetzt
wurde. 182/6

Du warst unser Sonnenschein.
Nun liegt zerbrochen, was aus-
reicht uns hielt. Dein frohes
Lachen werden wir nicht mehr
hören, und heiße, bittere Tränen
fließen, daß wir uns nicht mehr
wiedersehen.

Ruhe sanft im Bestenrahe.

Als Opfer des Weltkrieges fand
dein Schiffuntergang den Tod
in den Wellen unser lieber Sohn,
Bruder, Onkel und Cousin

Alfred Böttcher.
Berlin-Bilmersdorf.

Familie August Böttcher.

Wozu trüb verziehst Du die
Deinen.

Die in der Heimat bitter Tränen
um dich weinen.

Woh hätten wir noch einmal dich
geseh'n.

Ober Warten wir zu Deinem
Grabe geh'n!

Drum, lieber Sohn und Bruder,
Ruhe still in Frieden!
Geliebt, beweint von Deinen
Lieben.

Nach kurzem aber schwerem
Leiden verstarb am 26. Januar
mein lieber Mann, Bruder und
Schwager, der Klempner

Adolf Rietzschel.
Dies zeigt tiefbeträbt an

Ida Rietzschel
nebst Angehörigen.

Die Beerdigung findet am
Montag, den 31. Januar, nach-
mittags 4 Uhr, von der Leichen-
halle des Zentral-Friedhofes in
Friedrichshagen aus statt. 85/11

Dankfagung.

Für die vielen Beweise herzlicher
Teilnahme bei der Beerdigung meines
lieben Mannes, des Schlichtermeisters

Paul Lampertius
sage ich allen Verwandten, Freunden,
Bekanntem und meiner wertigen An-
gehörigen meinen herzlichsten Dank. 79/11

Witwe **Anna Lampertius**
geb. **Schacht**, Balladenstraße 50.

Dankfagung.

Für die vielen Beweise herzlicher
Teilnahme bei der Beerdigung un-
serer lieben Mutter, Schwiegermutter
und Großmutter

Karoline Thörmer
lagen wir allen Verwandten, Freun-
den und Bekannten, ganz besonders
den Deutschen Buchbinder-Verband
(Zahlstelle Berlin) unseren herzlichsten
Dank.

Die trauernden Hinterbliebenen.